



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

JUNI 2020

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu



Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

Der rot-weiß-blaue Faden

Nationalfeiertag im Zeichen der Corona-Krise und der Solidarität

Von Marc Schlammes

Das Wetter präsentiert sich in prächtigstem Festgewand, als Großherzog Henri kurz nach 11 Uhr am Kanounenhiwwel von Chamberpräsident Fernand Etgen, Premierminister Xavier Bettel und Stadtbürgermeisterin Lydie Polfer zu den Klängen des „Wilhelmus“ empfangen wird. Ihre obligatorischen Schutzmasken sind das sichtbare Merkmal, dass ein Nationalfeiertag der besonderen Art zelebriert wird. Ein Nationalfeiertag, an dem der Begriff „kein“ allgegenwärtig ist: keine zivile Feier in der Philharmonie, keine Militärparade, kein feierliches Te Deum, kein Fakelzuch, keine Volksnähe mit Visiten von Großherzog und Großherzogin sowie des erbgroßherzoglichen Paares ...

„Es ist ein außergewöhnlicher Tag in einer außergewöhnlichen Situation.“ Gleich zu Beginn seiner Ansprache bringt es Premierminister Xavier Bettel denn auch auf den Punkt: Die Corona-Krise drückt dem 23. Juni 2020 ihren Stempel auf. Wie ein rot-weiß-blauer Faden zieht sich die Pandemie durch die Rede des Premierministers, von Fernand Etgen und von Großherzog Henri. Einen Punkt heben sie dabei mehrfach ganz besonders hervor: Die Solidarität, die Luxemburg getragen habe, seit das Land Mitte März vom Virus erfasst und der nationale Notstand ausgerufen wurde.

Dankbarkeit und Stolz

Während Etgen von einer „typisch luxemburgischen Tugend“ spricht, betont Bettel, dass er „dankbar und stolz“ auf das sei, was die Bürger gemeinsam geleistet hätten und bezieht wie Großherzog Henri die ausländischen Mitbürger und Grenzgänger in diesen Dank mit ein – denn mit den

einschneidenden Eingriffen habe man den Menschen „sehr viel zugemutet“, so Bettel.

Großherzog Henri zollt insbesondere den Angestellten im Gesundheits- und Pflegedienst seinen tiefen Respekt für ihr „beispielhaftes Engagement“ und lobt neben der Solidarität auch die Disziplin. Luxemburg wäre weitaus härter getroffen worden, wenn die sanitären Schutzbestimmungen nicht beherzigt worden wären: „Jeder hat sich vorbildlich verhalten.“ Anerkennende Worte vom Staatschef ernten Regierung und Parlament, die jene Maßnahmen getroffen hätten, die Leben schützen und Leben retten.

Die drei Redner gehen aber auch auf die Opfer ein, die die Krise gefordert hat und noch abverlangen werde – moralisch, physisch und wirtschaftlich, wie Fernand Etgen zu bedenken gibt. „Es sind Wunden entstanden, die nicht von heute auf morgen heilen“, mahnt Premier Bettel und fügt sogleich eine positive Note an: Er sei zuversichtlich, „dass wir die Krise gemeinsam meistern“.

Die Corona-Krise könne auch aufgrund einer starken Europäischen Union bewältigt werden, unterstreicht Großherzog Henri mit Blick auf das umfangreiche Hilfspaket den Stellenwert des Staatenbündnisses und plädiert dafür, dass Europa künftig in der Gesundheitspolitik stärker kooperiere. Fernand Etgen erinnert auch daran, was geschieht, wenn nationalpolitische Reflexe dominieren: „Wir wollen unser grenzenloses Schengen zurück“, kritisiert er die Grenzschließungen.

Die Bedeutung der Freiheit

Dass der Festakt zum Nationalfeiertag am Kanounenhiwwel stattfindet, wird ebenfalls in den Re-

den thematisiert. Das Monument national de la solidarité luxembourgeoise erinnere an die dunkle Zeit des Zweiten Weltkrieges, als die Luxemburger ihrer Freiheit beraubt wurden und unter schweren Opfern Widerstand gegen das Nazi-Regime geleistet hätten. Das werde nie vergessen, so Großherzog Henri. Und Premierminister Bettel hebt hervor, dass diese Gedenkstätte der passende Ort sei, um sich der Bedeutung der Freiheit stets bewusst zu werden.

Emotional werden die Redner, als sie jenes freudige Ereignis ansprechen, das sich während der Corona-Tage am 10. Mai zutrug: die Geburt von Prinz Charles, das erste Kind von Erbgroßherzogin Stéphanie und Erbgroßherzog Guillaume und „das ganze Glück seiner Eltern“, wie der Staatschef als stolzer Großvater verkündet. „Es war ein heller Lichtblick in dunkler Zeit“, betont seinerseits Fernand Etgen.

Nach etwas mehr als einer halben Stunde endet die Zeremonie mit der Europahymne und der Heemecht. Danach werden vom Fetschenhaff 21 Salutschüsse abgefeuert. Der Nationalfeiertag 2020 ist Geschichte.

● Solidaritéit a

● Kohesioun

*tëschent alle
Lëtzebuerger an
alle Leit, déi hei
liewen a schaffen,
dat sinn ons
beschten Atouten
an dëser Kris.*

Großherzog Henri

Die Auserwählten

Pandemiebedingt fand die Veranstaltung in kleinem Rahmen statt. Von Regierungsseite waren neben Premierminister Xavier Bettel (DP) nur die beiden Vize-Premiers Dan Kersch (LSAP) und François Bausch (Déi Gréng) anwesend. Die Stadt Luxemburg war durch Bürgermeisterin Lydie Polfer (DP) und Schöffe Serge Wilmes (CSV) vertreten; des Weiteren hatten sich für ihren ersten Nationalfeiertag als Hofmarschallin Yuriko Backes, der Doyen des diplomatischen Korps Carlos Fernandes Semedo, Armeechef Alain Duschène und Polizeichef Philippe Schrantz, die Spitze des Staatsrats um Präsidentin Agny Durdu, die drei Vizepräsidenten des Parlaments sowie Francis Delaporte und Jean-Claude Wiwinius als Vertreter der Magistratur in sicherem Abstand zueinander am Kanounenhiwwel eingefunden. *mas*

Sparflamme statt Feuerwerk

NATIONALFEIERTAG Zeremonie im Zeichen des Virus

Tom Haas

Völlig ohne den üblichen Bombast gingen die diesjährigen Feierlichkeiten am 23. Juni über die Bühne. Die Mienen und Themen waren ernst, die Anzahl der geladenen Gäste überschaubar. Der Nationalfeiertag stand im Zeichen der Covid-19-Krise. Gedankt wurde Ärzten und Pflegern, beschworen die nationale und die europäische Solidarität.

Um 11 Uhr traf gestern jener Mann am „Kanounenhüwel“ ein, um den sich an diesem Feiertag bekanntlich alles dreht: Großherzog Henri wurde von Lydie Polfer, Xavier Bettel und Fernand Etgen ein maskierter Empfang bereitet. Die diesjährigen Feierlichkeiten fanden symbolträchtig an der „ewigen Flamme“ statt, dem Monument der Solidarität und des Luxemburger Widerstands gegen das Naziregime – so wurde auch elegant an das Narrativ angeschlossen, welches die Covid-Krise zur größten Herausforderung Westeuropas seit dem Zweiten Weltkrieg stilisiert.

Auch die Anzahl der Gäste ließ die Zusammenkunft wahrhaft besinnlich wirken: Der Doyen des diplomatischen Korps, ein handvoll Parlamentarier, der Chef d'état-major der Armee und der Generaldirektor der Polizei hatten genug Platz auf den schlichten Klappstühlen vor dem Rednerpult, um dem agoraphoben Coronavirus jede Angriffsfläche zu nehmen. Drei Reden und zwei Hymnen – innerhalb von 50 Minuten war die Veranstaltung Geschichte. Und Geschichte schreibt das Jahr 2020 in Luxemburg ja tatsächlich.

Das Zauberwort Solidarität

Den Anfang bei den Reden machte Staatsminister Xavier Bettel (DP). Er unterstrich die

Geschichtsträchtigkeit des diesjährigen Feiertags und bedauerte den Bruch mit „liebgewonnenen Traditionen“. „Die elementaren Freiheiten eines jeden wurden eingeschränkt – mussten eingeschränkt werden.“ Bettel lobte in diesem Zusammenhang abermals die Akzeptanz, die Disziplin und die Solidarität der Luxemburger – Tugenden, die er in den vergangenen drei Monaten nicht müde wurde zu betonen. Auch wenn es dieses Jahr keine Zeremonie gebe, um besonders verdienstvolle Personen zu ehren, so wolle er doch hervorheben, „dass es im Moment sehr viele dieser Personen gibt“. Er danke allen, die in diesen schwierigen Zeiten zum Funktionieren des Landes beigetragen hätten – ob durch freiwilliges Engagement oder durch ihre Arbeit.

Zuversichtlich werde er nun in die Zukunft schauen, um „die Krise nach der Krise“ zu meistern. Die europäischen Werte und die Fundamente der Demokratie müssten weiter gestärkt werden, gegenseitiger Respekt und Solidarität würden Europa durch die Herausforderungen der nächsten Monate und Jahre führen.

Parlamentspräsident Fernand Etgen schloss thematisch an Bettel an und wiederholte das Lob der Luxemburger Solidarität, die sich ja auch bereits während der Okkupation vor 75 Jahren gezeigt habe. „Die Solidarität des Luxemburger Volkes gilt für jeden.“ Er dankte den Ärzten und Pflegern für ihren Einsatz an der „Front“, aber auch den freiwilligen Helfern. Die Corona-Krise habe „viel Leid hinterlassen, aber auch viel Menschlichkeit, Hoffnung und Kreativität hervorgerufen“. In der Krisenzeit hätte auch die großherzogliche Familie für Lichtblicke gesorgt – der schönste sei sicher die Geburt des Prinzen Charles. „Mit ihm ist die Kontinuität unserer Monarchie gesichert.“

„Viele Dinge können anders laufen“

Der Großherzog selbst ließ es sich nicht nehmen, Land und Leute für die konsequente Einhaltung der Regeln zu loben, welche die vergangenen Monate notwendig gemacht hätten. Er hob auch hervor, dass Luxemburg und Westeuropa bislang recht gut durch die Corona-Krise gekommen seien. Es sei noch zu früh, um vollständig Bilanz zu ziehen – die Bevölkerung habe indes gespürt, was auf dem Spiel stand, und überall im Land hätten sich neue Formen von Solidarität und gegenseitigem Respekt entwickelt. „Das war schön zu sehen, und wir haben alle dazu gelernt.“

Der Monarch scheute sich auch nicht, die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung anzusprechen. „Die Veränderungen müssen in unserem Land pragmatisch, zukunftsorientiert, sozial und umweltgerecht umgesetzt werden.“ Niemand dürfe ins Abseits geraten. Er gehe auch davon aus, dass Notlösungen aus der Krise zu innovativen neuen Lösungen würden und dass zum Beispiel Telearbeit Eingang in das normale Arbeitsleben finden werde. „Die Krise hat uns gezeigt, dass im gesellschaftlichen Leben, in der Wirtschaft und im sozialen Bereich viele Dinge anders laufen können.“

Auf Französisch richtete das Staatsoberhaupt gen Ende das Wort an die Grenzpendler und frankofonen Einwohner des Landes. Ohne sie und ohne ihre Verfügbarkeit, die sie trotz widrigster Konditionen gewährleistet hätten, wäre die Situation in Luxemburg nicht zu stemmen gewesen.

Zum Schluss bedankte Henri sich auch bei den Luxemburgern, die seinen Enkelsohn Charles „sofort ins Herz geschlossen“ hät-

ten – sehr zur Freude der großherzoglichen Familie. Er wünsche allen, trotz Covid, einen schönen Nationalfeiertag. Die Zeremonie endete mit der Europahymne und natürlich der „Heemecht“, bei der sich sowohl Xavier Bettel als auch der Großherzog als durchaus textsicher erwiesen.



Fotos: Fabrizio Pizzolante

Neben den offiziellen Gästen waren auch Schaulustige zugegen



Mit Abstand: Dies war der ungewöhnlichste Nationalfeiertag in Luxemburg seit langem

Sieben Bürgermeister, drei Länder, ein Ziel

SCHENGENER ABKOMMEN Dreiländereck an der Mosel erwartet mehr von Europa

Marco Goetz

Es ist nicht nur der Wein, der verbindet. Die Menschen im Dreiländereck an der Mosel, zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg, geben auch sonst ein gutes Beispiel für historisch gewachsene und tagtäglich gelebte Zusammengehörigkeit. Nicht alles ist perfekt, aber alles kann besser werden. Die EU und vor allem das Schengener Abkommen bieten die Grundlage, um in der Region Eigenarten zu wahren und doch näher aneinanderzurücken. Die Corona-Krise und vor allem die Grenzschießungen haben diese Entwicklung nicht gebremst, im Gegenteil. Das haben sieben Bürgermeister aus der Grenzregion zeigen wollen, als sie gemeinsam mit dem Bus zu einer Dreiländer-tour aufgebrochen sind. Im Zeichen der Freundschaft und der Solidarität.

Am Sonntag wird gefeiert: 35 Jahre Schengener Abkommen und ein klares Bekenntnis zu einem gemeinsamen und grenzenlosen Europa. Einmal mehr wird man bei dieser Feierstunde im Europazentrum in Schengen feststellen können, dass im Dreiländereck an der Mosel nicht nur hervorragender Wein gedeiht, sondern auch zusammenwächst, was zusammengehört. Und das nicht erst seit gestern!

Freundschaften und Solidaritätsbekundungen zwischen den Bewohnern gibt es hier seit ewigen Zeiten. Die Römer und die moselfränkische Mundart beispielsweise haben die Kulturlandschaft geprägt. Maßgeblich zur Entwicklung der Region beigetragen aber hat die Europäische Union und vor allem das Abkommen von Schengen. 35 Jahre sind es her, dass es im gleichnamigen luxemburgischen Moseldorf gegenüber von Deutschland und Frankreich unterschrieben wurde.

Dieses Abkommen und vor allem der daraus entstandene Wegfall der Grenzkontrollen vor 25 Jahren hat der Region zu noch mehr Dynamik und

Potenzial verholfen. Die Entwicklung ist nicht abgeschlossen, und der Wille ist vorhanden, sie weiter voranzutreiben. Bestehende bürokratische Hindernisse sollen beseitigt und die Region autonomer werden. Die Corona-bedingten Grenzschießungen haben diese Überzeugung bei den Menschen der Region nicht brechen können. Einen nachhaltigen Schaden werde der Ausnahmezustand nicht bewirken, erklären unisono die Gemeindeverantwortlichen aus der Region.

Bürgermeister fahren Bus

Um ihrer proeuropäischen Haltung und zukünftiger Absicht Ausdruck zu verleihen, haben sieben Bürgermeister aus dem Dreiländereck am vergangenen Samstag eine Busfahrt durch ihre Region unternommen. Kein gewöhnlicher Ausflug, sondern eine seit Wochen gemeinsam geplante Aktion – im Zeichen der Solidarität und der Freundschaft.

Emilie Feltz-Villain (Apach), Fernand Lucas (Contz), Rémi Schwenck (Rettel), Ralf Uhlenbruch (Perl), Steve Reckel (Mondorf), Jacques Sitz (Remich) und Michel Gloden (Schengen) wollen vor allem zeigen, dass sie sich nicht einschüchtern lassen von Entscheidungen, die weit weg und meistens über ihre Köpfe hinweg getroffen wurden. Sie wollen sich weiterhin gemeinsam für ihre Region einsetzen.

Das Dreiländereck an der Mosel muss man erleben, um es zu verstehen. Seine wirtschaftliche, kulturelle und kulinarische Dimension spüren und genießen. In dieser Optik kann man sich an vielen Stellen über die Möglichkeiten schlaumachen, zum Beispiel in Remich, im Tourist-Info auf der Esplanade, dort, wo die Bürgermeister-Reisegruppe startet. Nur wenige Meter entfernt liegen die Moselpassagierschiffe. „Nächstes Mal, wenn mehr Leute zusammenkommen dürfen, fahren wir mit dem Boot!“, sagt Michel Gloden: „Wir wollen unsere Zusammenarbeit in Zukunft noch öfters und auf verschie-

denste Art und Weisen zeigen.“ Diesmal ist aber erst mal Bus angesagt.

Von Remich nach Nennig

Von Remich aus geht es in die Gemeinde Schengen nach Remerschen zum Wasserturm. In seiner Grundstruktur stammt er aus dem Jahr 1934. Oben auf der rund 40 Meter hohen Plattform – wer trotz Aufzug Treppen steigt, ist selber schuld – wäre eine Kneipe nicht schlecht oder eine andere touristische Nutzung. Jedenfalls hat man von da oben einen beeindruckenden Panoramablick auf die Dreiländerregion. Auch bis nach Mondorf, wo der weitläufige Park des Thermalstädtchens und das Flugzeugmuseum die dritte Etappe der Reise bilden.

Weiter geht es nach Contz in Frankreich. Da die Grenzen zu Frankreich für Tourismus offiziell noch geschlossen sind, hat die Gruppe einen Passierschein dabei. Er wird nicht gebraucht. Keine Kontrollen. „Die gab es aber auch die vergangenen Wochen nicht oft“, sagt Gérard Sonntag vom Weingut Sonntag. Im nahen Rettel bestaunt die Reisegruppe die im 14. Jahrhundert im spätgotischen Stil erbaute „Maison de la Dîme“. Anschließend geht es nach Apach. Wie auch in Contz und Rettel wohnen hier viele Grenzgänger, die in Deutschland oder Luxemburg arbeiten. Die Alteingesessenen sprechen noch Luxemburgisch.

Mehr regionale Autonomie

Von Apach ist es ein Katzensprung bis nach Perl. Der deutsche Grenzort hat unter den Grenzschießungen besonders gelitten. Die ganze Geschäftswelt dort hat sich hinsichtlich der Kunden aus drei Ländern entwickelt. Wenn zwei wegbrechen, ist schnell Ende mit lustig. Deshalb freut man sich, dass die Luxemburger jetzt wieder zum Einkaufen kommen dürfen und die Franzosen hoffentlich ab Montag.

In der weitläufigen deutschen Gemeinde befindet sich auch die Villa

Borg, eine auf bestehenden Fundamenten originalgetreu aufgebaute Römervilla. Dort kann man übrigens sehr lecker speisen und vor allem aber erfahren, wie die Römer hier in der Region ihr Weltreich zelebrierten. Abschluss der Reise ist Schloss Berg in Nennig direkt gegenüber von Remich. In der gediegenen Atmosphäre vom historischen Schloss mit seinem Hotel, den Restaurants und dem Spielcasino darf Bilanz des zehnstündigen gemeinsamen Ausflugs durch die drei Länder gezogen werden.

Schön sei es gewesen, meinen alle. Interessant auch, vor allem, weil nicht jeder der Teilnehmer von sich behaupten kann, sämtliche Ortschaften der Reise bereits besichtigt zu haben. Und lecker sei es natürlich auch gewesen mit all den kleinen Verköstigungen von lokalen Spezialitäten wie zum Beispiel Erdbeeren, Ziegenkäse, Honig, Rieslingspastete oder Mettwurst nach Römerart.

Die Bürgermeister der sieben Dreiländereck-Ortschaften wollen sich in Zukunft öfters in dieser oder in größerer Runde treffen und sich gegenseitige Besuche abstatten. Eine Initiative, die es durchaus verdient, auch von Bürgern der Region nachgeahmt zu werden.

„Europa muss tagtäglich von seinen Bürgern gelebt werden“, sagt Michel Gloden: „Besonders im Rahmen der Großregion sollen lokale und regionale Initiativen viel mehr einfließen.“ Dem widerspricht keiner der Anwesenden. Sollte man also mehr Autonomie

für die Region fordern?

„Unbedingt mehr Selbstständigkeit, damit sich Situationen wie in den letzten Wochen nicht wiederholen“, fordert Rémi Schwenk. „Es ist schade, dass wir 35 Jahre nach Schengen immer noch von Paris abhängen, wenn es um grenzüberschreitende Projekte hier im Dreiländereck geht“, so Fernand Lucas. „In Paris sind sie sich nicht wirklich unserer besonderen geografischen Lage bewusst, sie wissen auch nicht, dass 60% unserer Einwohner Grenzgänger sind“, so Emilie Feltz-Villain. Erst seit kurzem ist sie Bürgermeisterin von Apach – und sehr motiviert. Auch sie ist Grenzgängerin und arbeitet bei einer großen Bank in Luxemburg. Als Luxemburgerin würden ihr mindestens 13 Stunden politischer Urlaub zur Verfügung stehen. Als Französin hat sie kein Recht darauf. „Das ist sehr bedenklich“, findet auch Michel Gloden. Zumindest ist es kein Ausdruck von Gleichbehandlung und von Respekt vor der regionalen – und von EU-Autoritäten immer gewünschten – Zusammenarbeit. Hier besteht also noch Luft nach oben.

Keine Alternative zu Schengen

„Durch mehr regionale Autonomie ließen sich insbesondere direkt den Bürgern vor Ort betreffende Entscheidungen nachvollziehbarer und transparenter darlegen“, sagt Ralf Uhlenbruch. „Wenn Meinungen und Überzeugungen von Grenzregionen nicht zählen und igno-

riert werden, kann Europa nicht zusammenwachsen!“ fügt Jacques Sitz hinzu. Steve Reckel will nicht unbedingt mehr Autonomie, „weil wir kein Europa in Europa wollen. Aber die politisch Verantwortlichen dort oben sollen wissen, wie wir Europa hier leben und dass es überall so sein sollte!“

Am Sonntag werden sich die Gemeindeverantwortlichen aus dem Dreiländereck vermutlich alle in Schengen bei der Jubiläumsfeier wiedersehen. Nicht alle werden eine Rede halten, dennoch ist ihre Botschaft klar. „Die vor 35 Jahren entstandene Idee ist heute wichtiger denn je“, so Reckel. „Das Abkommen ist eine richtige Entscheidung gewesen“, sagt Sitz. Fernand Lucas und Rémi Schwenk stimmen zu: „Wir müssen uns bewusst sein, wie zerbrechlich der Schengen-Raum ist.“ „Corona hat deutlich gemacht, dass wir noch stärker an einem gemeinsamen Europa arbeiten müssen“, sagt Ralf Uhlenbruch. „Es geht darum, die Grenzen ein für allemal zu überwinden, den Reichtum der Region zu teilen und solidarisch zusammenzuleben“, so Emilie Feltz-Villain.

Abschließend meint Michel Gloden: „Betont werden muss am Sonntag, dass wir aus den Fehlern der Vergangenheit, der jüngeren und der älteren, lernen müssen. Zu einem gemeinsamen Europa gibt es keine Alternative, zumindest keine bessere!“

In dem Sinne: bis am Sonntag 11 Uhr in Schengen.

35 Jahre Schengener Abkommen

In Schengen wird am Sonntag gefeiert. Genau 35 Jahren sind es dann her, seit am 14. Juni 1985 Staatssekretäre aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Deutschland und Luxemburg im Moseldorf das „Schengener Abkommen“ unterzeichnet haben.

Für das Großherzogtum unterschreibt Robert Goebbels. Es handelt sich um eine Absichtserklärung. 1990 folgt das Umsetzungsprotokoll „Schengen 2“, jener Vertrag, der regelt, wie und unter welchen Bedingungen die Grenzen geöffnet werden. 1995 wird der Vertrag in die Praxis umgesetzt. Die Grenzen

fallen. Von den ursprünglichen fünf Gründungsmitgliedern ist die Zahl der Mitglieder mittlerweile auf 26 angewachsen.

Das weltweit bekannte Schengener Abkommen gilt als Meilenstein europäischer Politik. Unumstritten ist es nicht. Dass es ohne Rücksicht auf Verluste einfach außer Kraft gesetzt werden kann, hat die Corona-Krise bewiesen. Die Feierstunde am Sonntag um 11 Uhr beim Europazentrum in Schengen soll, genau wie die Busfahrt der Bürgermeister, ein Zeichen dafür sein, dass man das nicht hinnehmen muss und darf.

„Die EU ohne Schengen ist keine EU wie die Bürger sie verdienen“

Am 14. Juni 1985 wurde der Schengen-Vertrag unterzeichnet - Feierstunde im Moseldörfchen

LUXEMBURG

LJ

Die zurückliegenden Monate haben gezeigt, wie wichtig den Europäern die Freizügigkeit ist und wie schnell sie ihnen eigentlich wieder weggenommen werden kann. Als der Covid-19-Erreger auch in der EU zu wüten begann, sausten - Ruckzuck - die Schlagbäume an den Grenzen wieder herunter. Erst jetzt sehen die Grenzkontrollen einem Ende entgegen und normalisiert sich der freie Reiseverkehr wieder.

Luxemburg und andere mussten heftig mit Nachbarländern um die Lockerung der Maßnahmen kämpfen, die nicht nur für die, für das Großherzogtum äußerst wichtigen Grenzgänger, eine Belastung waren, sondern auch für Familien, die hüber und drüber enge Verbindungen hegen. Der „Geist von Schengen“ stand auf dem Spiel. Gestern vor genau 35 Jahren hatten die Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens und den Niederlanden an Bord des Schiffs „Marie-Astrid“ in der Mosel vor Schengen ihre Unterschriften unter das Abkommen zur Aufhebung der Grenzkontrollen an ihren gemeinsamen Grenzen gesetzt. „Schengen“ wurde zum Synonym für offene Grenzen. Gestern fand am Jubiläumstag auf Einladung des Schengener Bürgermeisters Michel Gloden eine Feierstunde am Europamonument statt. „Die Europäische Union ohne Schengen ist keine EU wie die Bürger sie verdienen“, unterstrich Außenminister Jean Asselborn in seiner Rede. Ein Virus könne man nicht mit Waffen und Grenzsicherungen bekämpfen, sondern nur durch Wissenschaft und Medizin. ●



Zur Feierstunde waren neben luxemburgischen Politikern auch zahlreiche Mandatsträger und Diplomaten aus den Nachbarländern gekommen

Fotos: Editpress/Didier Sylvestre

EDITORIAL

Schengen lebt (wieder)

**NIC
DICKEN**

verabscheut
Grenzdenken.

Es mutet an wie Ironie des Schicksals und ist doch harte, unleugbare Realität: Der 35. Jahrestag der offiziellen Unterzeichnung des mittlerweile weltweit zu einem politischen und diplomatischen Begriff gewordenen Schengen-Abkommens erfolgt am Vorabend der erneuten Öffnung der meisten europäischen Binnengrenzen, die vor drei Monaten von den meisten Unterzeichnerstaaten geschlossen worden waren, um eine Ausbreitung des Corona-Virus auf dem europäischen Festland zu vermeiden und den Bürgern in den einzelnen Staaten eine (falsche) Sicherheit vorgaukeln sollten, die es in Wirklichkeit aber nicht gegeben hat. Ein Virus, das sich innerhalb einiger Wochen mit mehr oder weniger Intensität über den ganzen Globus, macht vor Landesgrenzen, und besonders in-nereuropäischen, die bisweilen mitten durch Ortschaften hindurch verlaufen, nicht Halt.

Symptomatisch dafür der Reflex, mit dem die meisten Länder trotz Schengen-Vereinbarung reagiert haben: Schlagbäume - von denen es immer noch welche gibt! - runter und Grenzen dicht: Der Virus bleibt draußen, oder sollte es zumindest. Obwohl wir heute wissen und es auch schon vorher hätten wissen müssen, tun sich einige Staaten immer noch schwer, die Grenzbäume wieder zu beseitigen.

Wohl gemerkt die entscheidenden Politiker bestimmen dies, nicht die Menschen, die an beiden Seiten der lange Zeit nicht mehr existierenden und urplötzlich wieder zu einem per Dekret unüber-

windlichen Hindernis gewordenen Grenzen wohnen und leben. Wie so vieles im Leben wird die grenzenlose Freiheit, die nach dem offiziellen Inkrafttreten des Schengen-Abkommens im Jahre 1995, also zehn Jahre nach der Unterzeichnung, sehr schnell wie eine Selbstverständlichkeit aufgenommen und gelebt wurde, nach ihrem Wegfall schmerzlich vermisst. Die letzten Wochen haben uns gelehrt, dass gewohnte Selbstverständlichkeiten nicht unbedingt selbstverständlich bleiben, wenn vermeintlich

andere Interessen auf dem Spiel stehen.

Nicht direkt im europäischen Kernland, der Schnittstelle von Frankreich, Deutschland und den Benelux-Staaten, aber an den Außenstellen war auch 2015 infolge der, mittlerweile weitgehend verebbten, Flüchtlingswelle der Vorhang zugezogen und die Grenzen, zumindest für Nicht-Europäer, unpassierbar gemacht worden. Dabei hat man doch vorher so oft und so gerne vom „global village“, also vom weltumspannenden Dorf gesprochen. Wir sind nach wie vor weit davon entfernt, sobald es um handfeste und ureigene Interessen geht, bzw. um das, was als solche empfunden wird.

Anstatt gemeinsam Freiheit zu genießen, fallen wir immer noch sehr schnell zurück auf die Pflege individueller Besonderheiten, die wir mit anderen zu teilen offenbar noch nicht bereit sind, auch 35 Jahre nach der Unterzeichnung des Schengen-Abkommens, das in anderen Weltregionen als Musterfall für gemeinsam gelebte politische und vor allem menschliche Realität gilt. Wirklich schlimm sind nicht Landesgrenzen, sondern Grenzen in den Köpfen. Da besteht noch Handlungsbedarf.

Sicher durch den Sommer

Regierung bereitet die Zeit nach dem Ende des Etat de crise vor

Luxemburg. Wenn der Ausnahmezustand endet, ist das Virus immer noch da. Damit nicht wieder alles von vorne losgeht, müssen die Hygiene- und Abstandsregeln also auch weiterhin eingehalten werden. Doch es gibt ein Problem: Mit dem Ende des Etat de crise werden nämlich sämtliche Verordnungen, die seit dem 18. März verabschiedet wurden, automatisch außer Kraft gesetzt. Wenn sich die Bevölkerung also weiter schützen soll, braucht es neue Vor-

schriften. Deshalb hat die Regierung gestern zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, die die gesetzliche Grundlage für die Schutzmaßnahmen liefern. Es gibt allerdings einen Haken: Die Zeit drängt, denn die Covid-Gesetze müssen vor dem 24. Juni in Kraft treten. Deshalb sind sowohl das Parlament als auch der Staatsrat in den nächsten Tagen gefordert.

DS

Vom Notstand in die Normalität

Wenn der Ausnahmezustand am 24. Juni endet, braucht es neue gesetzliche Vorgaben

von Dani Schumacher

Am Anfang geht alles sehr schnell. Als die Corona-Pandemie in Luxemburg auf den Höhepunkt zusteuert, reagiert die Regierung zunächst mit einem Arrêté ministériel auf Basis des alten Seuchenbekämpfungsgesetzes aus dem Jahr 1885. Die Verordnung vom 16. März enthält erste Maßnahmen, um die Pandemie in den Griff zu bekommen, etwa die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die Anordnung, die wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Aktivitäten herunterzufahren sowie spezifische Vorgaben für den Gesundheitsbereich: Luxemburg verabschiedet sich in den Lock-down.

Zwei Tage später, am 18. März, verhängt die Regierung den Notstand, dies auf Basis von Artikel 32, Absatz 4 der Verfassung. Das entsprechende Règlement grand-ducal gilt bis heute, wurde in der Zwischenzeit allerdings mehrfach ergänzt und angepasst. Da das Grundgesetz nur eine zehntägige Frist für den von der Exekutive verhängten Ausnahmezustand erlaubt, verlängert das Parlament den Etat de crise am 21. März einstimmig um drei Monate, einen längeren Zeitraum lässt die Verfassung nicht zu. Das Gesetz tritt am 24. März in Kraft, es gilt also noch bis zum 24. Juni.

Mehr als 130 Verordnungen

Während des Ausnahmezustands kann die Regierung schnell mittels Règlements grand-ducaux handeln. Der langwierige parlamentarische Prozess wird wegen der gebotenen Eile ausgespart. Seit dem 18. März wurden etwa 170 Texte im Zusammenhang mit Covid-19 im Amtsblatt veröffentlicht, darunter mehr als 130 großherzogliche Verordnungen, beziehungsweise deren Abänderungen. Die Bandbreite reicht vom Sonderurlaub aus familiären Ursachen über die erweiterte Kurzarbeiterregelung bis hin zu den verschiedenen Beihilfen für die Unternehmen ...

All diese Notstandsverordnungen werden automatisch null und nichtig, wenn der Ausnahmezustand am 24. Juni endet. Auch dies sieht die Verfassung explizit vor: „Tous les règlements pris en vertu de la présente disposition cessent leurs effets au plus tard à la fin de l'état de crise.“

Nur die Texte, die auch in Gesetzen gegossen und während des Ausnahmezustands vom Parlament verabschiedet wurden, haben Bestand. Konkret bedeutet dies, dass sämtliche Maßnahmen, die über den 24. Juni hinaus weiterlaufen sollen oder müssen – etwa die Kurzarbeit – eine gesetzliche Grundlage brauchen. Bisher sind im Zusammenhang mit Covid 19 nur neun Gesetze, beziehungsweise Gesetzesänderungen in Kraft getreten. Die ersten Beihilfen für die Unternehmen wurden beispielsweise gesetzlich verankert, auch einige Fristen wurden offiziell vom Parlament verlängert.

Weitere Gesetze befinden sich auf dem Instanzenweg, oder werden in den nächsten Tagen eingereicht. Sie betreffen beispielsweise arbeitsrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Kurzarbeit, verschiedene Beihilfen oder noch die Staatsgarantien für die Betriebe.

Die Covid-Gesetze

Dreh- und Angelpunkt für die Übergangszeit bis zur Rückkehr zur Normalität bilden die mit Spannung erwarteten Covid-Gesetze, die Premierminister Xavier Bettel (DP), Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) und Justizministerin Sam Tanson (Déi Gréng) den Mitgliedern der Präsidentenkonferenz und des Kammerbüros gestern präsentiert haben.

Die Ausarbeitung gestaltete sich recht schwierig. Von dem Vorhaben, ein allgemeines Pandemiegesetz zu schreiben, hatte man sich schnell distanziert, wohl auch deshalb, weil dies in der Kürze der Zeit kaum möglich war. Stattdessen

entschied man sich für ein Covid-19-Gesetz, aus dem zunächst zwei, am Ende sogar drei Entwürfe wurden.

In dem ersten Text geht es in der Hauptsache um die sanitären Regeln, die die Bürger bis auf Weiteres einhalten müssen, etwa die Abstandsregeln oder die Pflicht, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen. In dem zweiten Entwurf stehen die Regeln im Mittelpunkt, die die Betriebe oder ganz generell all jene Einrichtungen, in denen es Publikumsverkehr gibt, beachten müssen. Beide Texte beinhalten auch Sanktionen.

Nur einen Monat

Die Gesetzesprojekte schreiben also in etwa die Regeln aus dem Règlement grand-ducal vom 18. März fort. Sollte die Situation dies erforderlich machen, könnten sie noch einmal angepasst werden, bevor das Parlament darüber abstimmt. Die Gesetze haben eine Laufzeit von einem Monat. Wenn sich die Situation bis dahin nicht verbessert hat, müssen sie vom Parlament verlängert werden.

Mit dem dritten Entwurf wird der Ausnahmezustand formell beendet: Er hebt das Gesetz vom 24. März auf.

Eigentlich hätten die Texte schon Anfang der Woche vorliegen sollen. Doch der Teufel steckt wie so oft im Detail. Denn das Parlament hatte gefordert, dass die Texte so präzise wie möglich formuliert werden. Auf Ausführungsbestimmungen, wie bei den meisten Gesetzen üblich, wollten sich weder die Mehrheitsparteien noch die Opposition einlassen, aus Angst, die Covid-Gesetze könnten als Basis für eine Art „verkappter Ausnahmezustand“ dienen. Daher auch die Forderung der eng umrissenen Laufzeit der Gesetze. Man werde keinen Freibrief ausstellen, mit dem die Regierung auch nach dem Ende des Ausnahmezustands über den Weg von großherzoglichen Verordnungen im Krisenmodus weitermachen könne, so die parteiübergreifende Überlegung.

Eile ist geboten

Nun drängt die Zeit. Denn die Covid-Gesetze müssen noch vor dem 24. Juni in Kraft treten. Das bedeutet im Klartext, dass nur noch gut drei Wochen bleiben, um die parlamentarischen Hürden zu nehmen. Die Abgeordneten müssen also wohl oder übel auch in den Pfingstferien an den Texten arbeiten.

Damit das Timing überhaupt zu halten ist, muss auch der Staatsrat mitspielen. Da einige Regeln samt den Sanktionen aus den Verordnungen – die bislang nicht begutachtet wurden – einfach fortgeschrieben werden, wartet eine heikle Arbeit auf die Hohe Körperschaft. Es wäre besonders pikant, wenn die Räte bei Passagen, die aktuell gelten, die rote Karte zücken müssten.

Weil man offensichtlich mit diversen formellen Einwänden rechnet, hofft das Parlament, dass der Staatsrat mit seinen Gutachten auch gleich Verbesserungsvorschläge mitliefert, um Zeit zu gewinnen. Wenn die Gesetze rechtzeitig in Kraft treten sollen, dann müssen die Abgeordneten spätestens in der Woche zwischen dem 15. und dem 21. Juni darüber abstimmen.

- *Die Zeit drängt.*
- *Denn die Covid-Gesetze müssen noch vor dem 24. Juni in Kraft treten.*
- *Die Gesetzesprojekte schreiben also in etwa die Regeln aus dem Règlement grand-ducal vom 18. März fort.*

Um Schadensbegrenzung bemüht

Nach Ende des Lockdown werden in der Großregion Kollateralschäden immer stärker sichtbar

Von Hans Giessen

Das Saarland wirbt in Deutschland damit, das „französischste aller Bundesländer“ zu sein. Doch das war vermutlich nicht der Grund, warum die französische Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten, Amélie de Montchalin, auf ihrer ersten Reise nach Beendigung der Ausgangssperre in Frankreich ausgerechnet nach Saarbrücken fuhr. Eher im Gegenteil: Es ging um Schadensbegrenzung, um den Versuch, die saarländisch-französischen Beziehungen wieder zu verbessern.

So bedankte sich der hohe Gast, dass französische Corona-Patienten in vielen deutschen und darunter eben auch in saarländischen Krankenhäusern behandelt worden waren. Gemeinsam mit dem saarländischen Ministerpräsidenten Tobias Hans fuhr sie sogar zum Saarbrücker Winterberg-Klinikum. Dies sei ein Akt der Solidarität gewesen, bedankte sich de Montchalin.

Tatsächlich aber waren beide, Franzosen wie Deutsche, in den Hochzeiten der Corona-Krise wenig solidarisch. Beide schlossen früh die Grenzen zum Nachbarn, ohne dort überhaupt Bescheid zu sagen. Dabei kam auf deutscher Seite Bundespolizei zum Einsatz – wie auch an der Grenze zu Luxemburg. Aber gerade das „französischste aller Bundesländer“, das mäßigend hätte wirken können, erwies sich als besonders rigoros. Der saarländische Innenminister Klaus Bouillon ließ auch die kleinsten Grenzübergänge für Fußgänger verbarrikadieren. Die abgeriegelte Fußgängerbrücke über die Saar zwischen dem saarländischen Kleinblittersdorf und dem

lothringischen Grosbliederstroff war sogar der Zeitung „Le Monde“ einen Beitrag wert.

Die deutsche Zeitung „Handelsblatt“ hatte einen Bouillon-Satz zitiert, wonach jeder abgewiesene Franzose mehr Sicherheit für die Saarländer bedeute. Bouillon hatte später betont, „diesen Satz so nicht formuliert“ zu haben. Dennoch führt die rigorose Politik an der saarländisch-lothringischen Grenze zu unschönen Szenen.

Noch vergangene Woche wurde ein Lothringer aus Stiring-Wendel, einem französischen Grenzort zu Saarbrücken, von einem deutschen Bundespolizisten rüde abgewiesen, weil er an einem deutschen Kiosk direkt an der Grenze einen Lottoschein ausfüllen wollte. Es kam zum Handgemenge; der 65-Jährige wie auch der Polizist stürzten beim Gerangel zu Boden. Szenen wie diese und Beschimpfungen gab es mehrere. Dass es im 21. Jahrhundert so plötzlich zu erneuter nachbarschaftlicher Aggression gekommen war, ist unerwartet und hat auch im restlichen Deutschland für Aufsehen gesorgt. Die bundesweit vertriebene „Süddeutsche Zeitung“ untersuchte die neue konfliktbeladene Situation an der saarländisch-lothringischen Grenze sogar in einer großen Reportage auf ihrer berühmten „Seite 3“, die sich jeweils ausführlich einem brisanten gesellschaftlichen Thema widmet.

Natürlich gab es auf beiden Seiten auch Versuche, die Situation zu entschärfen und der gegenseitigen Abschottung entgegenzuwirken. Als der Saarbrücker Oberbürgermeister Uwe Conradt vom Fall des Lothringers aus Stiring-Wendel hörte, schrieb er sofort einen

Brandbrief an Bundesinnenminister Horst Seehofer: „Ich bin empört und protestiere gegen diese Art, Kontrollen durchzuführen“. Überhaupt – und das ist das positive Zeichen in dieser Zeit – gab es vor allem im direkten Grenzraum viele Versuche, trotz aller Widerstände die Kontakte zu erhalten.

Narben in der deutsch-französischen Freundschaft

Aber im Saarbrücker Europaministerium konnte oder wollte man Bouillon nichts entgegensetzen. Insgesamt ist viel Porzellan zerschlagen worden. Isabelle Prianon, die Geschäftsführerin des „Eurodistrict Saar Moselle“, zu dem sich verschiedene Gemeinden diesseits und jenseits der saarländisch-lothringischen Grenze zusammengeschlossen haben, meinte, dass die Corona-Zeit „Narben in der deutsch-französischen Freundschaft hinterlassen“ habe.

Gilbert Schuh, Vizepräsident des Eurodistricts und Bürgermeister von Morsbach in Lothringen, sprach von einem „Schock“. Und selbst die französische Generalkonsulin im Saarland, Cathérine Robinet, sonst immer sehr diplomatisch, drückte „große Enttäuschung“ aus.

Die saarländische Landesregierung, die noch vor kurzem eine „Frankreich-Strategie“ verfolgte, hat jedenfalls nicht nur verbal Öl ins Feuer gegossen. Nun müssen sogar Mitglieder der Pariser Politprominenz die saarländisch-lothringischen Scherben zu kitten versuchen.

Grande Région

Aus der Krise lernen

Großregion zieht erste Lektionen aus der Pandemie-Situation

SAARBRÜCKEN

DPA/LRS

Bei künftigen Krisen soll in der Großregion zwischen Mosel, Saar und Maas koordinierter und schneller reagiert werden können. Das erklärten Vertreter der Regionen aus vier Ländern am Donnerstag nach einem virtuellen Treffen unter saarländischem Vorsitz. Angeregt wurde eine Zusammenführung von Krisenstäben auf regionaler und lokaler Ebene - wie dies bereits bei einer Taskforce Corona Großregion der Fall gewesen sei. Die Krisenstäbe sollten helfen, neue Formen der Zusammenarbeit zu finden.

Der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) sagte nach dem „Zwischengipfel“ der Saar-Präsidentschaft, die Großregion wolle aus der Corona-Krise gemeinsame Lehren ziehen. Die Krise habe „wie ein Brennglas gewirkt und einen unverstellten Blick auf unsere Kooperation in der Grenzregion eröffnet“. Man sei sich einig, vor allem bei Gesundheit und Digitalisierung „gemeinsame und wegweisende Fortschritte“ machen zu wollen.

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) sagte: „Die zeitweiligen Schließungen vieler Grenzübergänge haben herbe Einschnitte für alle bedeutet. Es wird Zeit brauchen, bis wir wieder in bewährter Weise grenzüberschreitend zusammenarbeiten können.“ Deshalb seien der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit in der Großregion „wichtiger denn je“.

Corinne Cahen: im Falle einer neuen epidemiologischen Krise nicht „von der errungenen Freizügigkeit“ abweichen
Luxemburgs Ministerin für die Großregion, Corinne Cahen, begrüßte das Ende der Grenzkontrollen. Sie appellierte an die Nachbarländer, im Falle einer neuen epidemiologischen Krise nicht „von der errungenen Freizügigkeit“ abzuweichen: „Es ist Zeit, die Lehren aus dieser Gesundheitskrise zu ziehen, die uns mehr denn je gezeigt hat, wie wichtig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist“, sagte sie.

In der Großregion leben fast zwölf Millionen Einwohner - rund 230.000 Pendler überqueren in dem Raum täglich Ländergrenzen, um ihrer Arbeit nachzugehen. Neben dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Luxemburg gehören auch die ostfranzösische Region Grand Est und Teile Ostbelgiens dazu. ●

„Die Krise hat wie ein Brennglas gewirkt und einen unverstellten Blick auf unsere Kooperation in der Grenzregion eröffnet“

TOBIAS HANS, Vorsitzender des Gipfels der Großregion



Der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans und die luxemburgische Ministerin der Großregion, Corinne Cahen im Januar 2019. Damals übergab Luxemburg den Vorsitz des Gipfels der Großregion an das Saarland

Foto: Editpress/Claude Lenert

Benelux
Interview

Vie politique

„Das Laboratorium für Europa“

Patricia Creutz über die Bedeutung des Benelux-Raums und die Auswirkungen der Corona-Krise

Interview: Marc Hoscheid

Patricia Creutz (55) ist seit 2004 Abgeordnete im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) in Belgien und seit vergangenem Jahr Vizepräsidentin des Benelux-Parlaments. Im Interview spricht sie über Grenzkontrollen zwischen den Benelux-Staaten während der Corona-Krise, belgische Atommülldeponien an der Grenze zu Luxemburg und ein basisdemokratisches Experiment in Eupen.

Patricia Creutz, während der Corona-Krise kam es zu Grenzkontrollen zwischen Belgien und Luxemburg, wie sehr haben die zwischenstaatlichen Beziehungen darunter gelitten?

Ich kann nachvollziehen, dass die Staaten die Grenzen am Anfang der Krise als Vorsichtsmaßnahme geschlossen haben, aber die Öffnung hat zu lange gedauert. Das hat viele Menschen belastet, vor allem weil wir geschlossene Grenzen gar nicht mehr gewohnt sind. Es gab zudem einige über-spitzte Kontrollen, bei denen Strafzettel ausgestellt wurden. Jetzt ist es wichtig, dass die Länder eine gemeinsame Exitstrategie wählen. Die DG hat sich stets für Grenzöffnungen eingesetzt, sowohl bei den Nachbarländern als auch in Belgien selbst. Für uns war nicht immer verständlich, warum der belgische Innenminister so daran festgehalten hat.

Sie haben die Strafzettel angesprochen, diese wurden vor allem an der Grenze zum Norden von Luxemburg ausgestellt. Gab es Kommunikationsprobleme zwischen der nationalen und der regionalen Polizei in Belgien?

Das lag daran, dass die Grenzen in erster Linie durch die föderale und nicht die lokale Polizei bewacht wurden. Es lag wohl aber auch teilweise an Unwissenheit, so haben Menschen Strafzettel bekommen, weil sie beim Spazieren im Wald die grüne Grenze überquert haben, ohne sich dessen überhaupt bewusst zu sein. Das hat zu viel Unmut geführt, hier hätte man mehr Wert auf Verhältnismäßigkeit legen sollen.

Hat es in Belgien auch Kontrollen an den Grenzen zu den anderen

Nachbarländern gegeben?

Wir haben in Belgien mit einem Passierscheinsystem gearbeitet. Die Menschen konnten sich bei ihrer Gemeinde eine Bescheinigung ausstellen lassen, um zu ihrem Arbeitsplatz nach Deutschland oder in die Niederlande zu kommen, aber Aktivitäten wie Einkaufen oder die Fahrt zum Zweitwohnsitz ins Ausland waren nicht möglich. Es war wirklich eine Situation, die aufgearbeitet werden muss. Das werden wir auch im nächsten Halbjahr im Benelux-Parlament tun. Benelux war immer das Laboratorium für Europa, in dem Dinge ausprobiert wurden. Diese hervorragende Zusammenarbeit stand durch die Maßnahmen einzelner Länder auf dem Prüfstand. Deswegen wäre es wichtig, jetzt eine gemeinsame Exitstrategie zu entwickeln.

Im Rahmen einer Exitstrategie setzen manche Länder, beispielsweise Deutschland, auf eine Corona-App für das Smartphone. Die luxemburgische Regierung bevorzugt das analoge Tracing. Wie geht man in Belgien vor?

Ich kann nur für die DG sprechen, wir setzen auf lokales Tracing. Ich kann nachvollziehen, dass Menschen bei der App zurückhaltend sind. Vor ein paar Monaten hat man noch sehr laut Datenschutz geschrien und jetzt geben die Menschen er Politik diesen Freifahrtsehein eben nicht einfach. Da ist jetzt eine gewisse Skepsis, weil man den Menschen ein Stück weit Angst gemacht hat. Ich finde, man sollte an den gesunden Menschenverstand appellieren, die Politik hat in den vergangenen Wochen oft den Eindruck erweckt, dass sie den Menschen gar nichts mehr zutraut. Es geht aber nur mit Disziplin und Eigenverantwortung.

Wie ist eigentlich die aktuelle Situation in der DG?

Wir hatten Tote in Altenheimen und in Krankenhäusern, aber man muss dazu sagen, dass in Belgien jeder Fall gezählt wird. Das hat auch zu Verwirrungen geführt. Es waren nicht immer nachgewiesene Fälle und es wurde stets gesagt „mit oder am Virus gestorben“. Das führte mit dazu,

dass die Zahlen in Belgien plötzlich so explodiert sind. In der Nachbearbeitung muss man deswegen auch über mögliche Kriterien reden, die zukünftig angewendet werden.

An diesem Freitag (gestern, Anm. der Red.) beschäftigte sich das Parlament neben der Sicherheit auch mit dem Kampf gegen Rassismus in Fußballstadien. Wie präsent ist dieses Phänomen im Benelux-Raum?

Das Thema ist überall präsent und wird sehr ernst genommen. Wir haben uns mehrere Stadien angeschaut, beispielsweise in Lille und Dortmund und festgestellt, dass man unterschiedlich damit umgeht. Einige sprechen ein absolutes Stadionverbot aus, andere sind etwas weniger streng. In Dortmund und auch im belgischen Fußball wird darüber hinaus eine hervorragende Fan- und Basisarbeit geleistet. In dieser Frage sollten wir erst den Experten zuhören und dann ein grenzüberschreitendes einheitliches Konzept ausarbeiten.

Sie setzen sich persönlich für eine gegenseitige Anerkennung der Diplome in den Benelux-Staaten ein. Wie ist hier der aktuelle Stand?

Das Thema ist so ein bisschen mein Baby im Benelux, das vor einigen Jahren bei einer Konferenz in Eupen gestartet wurde. Wir haben gesagt, es kann doch nicht sein; dass Studenten Erasmus-Semester machen und tolle Erfahrungen sammeln aber nicht sicher sind, dass ihre Leistungen nachher auch anerkannt werden und das trotz Bologna-Prozess in Europa. Deswegen war es wichtig, dass die Benelux-Länder hier den ersten Schritt gemacht und die automatische Anerkennung von Bachelor-, Master- und Doktordiplomen eingeführt haben. Jetzt müssen wir noch weiter gehen und dies auf die Berufsausbildung ausdehnen.

Vor einigen Wochen gab es Diskussionen um geplante Atommüll-lager an der belgisch-luxemburgischen Grenze. Die luxemburgische Umweltministerin Carole Dieschbourg (Déi Gréng) hatte sich beschwert, weil Luxemburg nicht informiert wurde, obwohl Erdschichten kontaminiert werden

könnten, die zum Staatsgebiet des Großherzogtums gehören. Was sagen Sie zu dieser Kritik?

Ich kann den Unmut Luxemburgs und der Ministerin sehr gut nachvollziehen. Zahlreiche Gemeinden in der DG haben bereits Resolutionen zu dem Thema verabschiedet und auch unser Parlament wird das tun. Alle sind eiskalt erwischt worden und das zu einer Zeit, in der ein Versammlungsverbot bestand und keine Experten befragt werden konnten. Man hatte den Eindruck, dass davon profitiert werden sollte, um etwas durch die Hintertür durchzuputschen. Ganz schlimm war auch, dass wir es aus der Presse erfahren haben. Dabei geht es um die Lebensqualität der Menschen.

In Eupen gibt es seit vergangenem Jahr einen Bürgerrat, dessen Mitglieder per Los bestimmt werden. Wie fällt die Zwischenbilanz aus?

Da hat Covid uns einen ganz fieseren Strich durch die Rechnung gemacht. Der Bürgerrat hat jüngst seine Agenda festgehalten, in der die Pflege im Allgemeinen eine wichtige Rolle spielt. Es geht jetzt darum, dass der Bürgerrat durch die Aktualität um Covid und einen möglichen Sonderausschuss nicht überrollt wird. Die Mitglieder sind auf jeden Fall hoch motiviert bei der Sache und für mich stellt der Rat einen Mehrwert dar. Deswegen ist es wichtig, dass die Politik dieses Engagement sehr ernst nimmt und der Institution nicht nur eine Alibifunktion einräumt, denn so kann man Menschen ganz schnell frustrieren.

Die geschlossenen Grenzen haben viele Menschen belastet.

Pierre Gramegna wirft seinen Hut (noch mal) in den Ring

EUROGRUPPE Drei Bewerber wollen den Vorsitz übernehmen

BRÜSSEL Spaniens Wirtschaftsministerin Nadia Calviño, der irische Finanzminister Paschal Donohoe und der luxemburgische Finanzminister Pierre Gramegna bewerben sich um den Vorsitz der Eurogruppe. Calviño gilt als Favoritin. Würde die Wahl auf sie fallen, wäre sie nicht nur die erste Frau auf diesem Posten. Erstmals würde das Amt dann auch von einer Spanierin besetzt. Für Pierre Gramegna ist es bereits die zweite Bewerbung. Er hatte vor zweieinhalb Jahren seine Kandi-

datur für den einst von Jean-Claude Juncker gehaltenen Vorsitz der Eurogruppe gestellt. Damals fiel die Wahl jedoch auf den nun ausscheidenden portugiesischen Finanzminister Mario Centeno. Die Entscheidung wird am 9. Juli in der Runde der 19 Euro-Finanzminister fallen, vier Tage vor Centenos Amtsende. Der oder die Vorsitzende der Eurogruppe organisiert die monatlichen Beratungen der Finanzminister der 19 Euro-Länder und lotet Kompromisse aus.

Pierre Gramegna wirft (noch mal) seinen Hut in den Ring

EUROGRUPPE Drei Bewerber für Nachfolge von Mário Centeno

Um die Nachfolge von Eurogruppen-Chef Mário Centeno bewerben sich drei Kandidaten. Bis zum Bewerbungsschluss am Donnerstag erklärten neben der spanischen Wirtschaftsministerin Nadia Calviño auch die Finanzminister Irlands und Luxemburgs, Paschal Donohoe und Pierre Gramegna, ihre Kandidatur. Die Entscheidung über die Neubesetzung des Postens an der Spitze der Währungsunion soll am 9. Juli fallen.

In der Eurogruppe kommen monatlich die Finanzminister der 19 EU-Länder mit der Gemeinschaftswährung zusammen. Ihr bisheriger Chef Centeno hatte Anfang Juni mitgeteilt, dass er sich nicht für eine zweite Amtszeit bewerben wird. Er hatte den Posten seit Dezember 2017 inne. Der 53-Jährige galt Medienberichten zufolge schon länger als amtsüde.

Der Eurogruppen-Chef wird von den 19 Finanzministern der Währungsunion mit einfacher Mehrheit gewählt. Nötig sind damit bei der Eurogruppe am 9. Juli mindestens zehn Stimmen. Der neue Vorsitzende würde dann am 13. Juli das Amt antreten. Die Amtszeit beträgt zweieinhalb Jahre.

Centeno begrüßte die drei Bewerbungen um seine Nachfolge. Dies sei „ein ausgezeichneter

Pool von Kandidaten“, schrieb er auf Twitter. Er zeige, „wie wichtig die Eurogruppe heute ist, um Stabilität und Wohlstand“ in der Eurozone zu gewährleisten.

Die Spanierin Calviño hatte am Morgen als Erste ihre Kandidatur mitgeteilt. Sie wolle „für einen starken und wohlhabenden Euroraum arbeiten, von dem alle Bürger profitierten“, erklärte sie auf Twitter. Der sozialistische Ministerpräsident Pedro Sanchez erklärte, die Eurogruppe sei „ein Schlüsselorgan für die Zusammenarbeit und den Wiederaufbau eines Europas, das stärker und geeinter ist“.

Die 51-jährige Calviño ist seit Juni 2018 Wirtschaftsministerin. Die Volkswirtin und Juristin hatte ab 2006 zunächst in der EU-Kommission Karriere gemacht. Zuletzt leitete sie dort ab Mai 2014 als Generaldirektorin die Haushaltsabteilung. Ihre Berufung auf den Ministerposten der Regierung in Madrid wurde als Schritt gesehen, die Finanzmärkte nach den Turbulenzen der Schuldenkrise in ihrer Heimat zu beruhigen.

„Konsens und Kompromisse“

Irlands Paschal Donohoe zog am Nachmittag nach. Als einer der dienstältesten Finanzminister in der EU wäre es für ihn „eine große Ehre“, das Gremium in

den kommenden Jahren zu führen, erklärte der Liberal-Konservative. Er verwies darauf, dass Irland schon länger eine Rolle als „Brückenbauer“ unter den Mitgliedstaaten inne habe.

Der 45-Jährige ist seit Juni 2017 Irlands Finanzminister. Zuvor war er in der Dubliner Regierung unter anderem für Verkehr und Europa-Angelegenheiten zuständig. Seine Karriere hatte in der Wirtschaft beim US-Konsumgüterkonzern Procter & Gamble begonnen.

Der Luxemburger Gramegna folgte anderthalb Stunden vor Bewerbungsschluss. „Die großen Herausforderungen der heutigen Zeit erfordern Konsens und Kompromisse zwischen allen Mitgliedern der Eurozone“, schrieb er auf Twitter. „Ich werde meine sechsjährige Erfahrung, meine ganze Energie und Diplomatie für diese Aufgabe einsetzen.“

Der 62-Jährige ist seit Dezember 2013 Finanzminister des Großherzogtums. Seine Karriere begann er als Diplomat. Er war Botschafter in Südkorea und Japan. Der Liberale hatte bereits das letzte Mal Interesse an dem Posten gezeigt. Nach dem früheren Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker wäre Gramegna bereits der zweite Luxemburger auf dem Posten.

(AFP)



Die drei Bewerber (v.l.n.r.): Luxemburgs Finanzminister Pierre Gramegna, die spanische Wirtschaftsministerin Nadia Calviño und der irische Finanzminister Paschal Donohoe

„Das hat mich nicht überrascht“

Jean-Claude Juncker über die Gesundheitsministerin, Gramegna und den Großherzog

Interview: Marc Schlammes

Jean-Claude Juncker bleibt ein Anhänger der Tripartite. Ausnahmefälle wie die Corona-Krise verlangten danach, alle Kräfte zu bündeln, betont der langjährige Premierminister. Das gelte auch in der Europäischen Union, wo sich der frühere Kommissionspräsident immer noch „massiv verärgert“ zeigt über die Grenzschließungen.

Jean-Claude Juncker, wie haben Sie die Zeit des Etat de crise erlebt, sowohl als Privatmensch als auch als langjähriger Politiker?

Ich gehörte zu jenen Privilegierten, die diese Zeit mit Haus und Garten erleben durften. Ich habe allerdings darunter gelitten, nicht unter Menschen zu sein und meinen Mitmenschen aus dem Weg gehen zu müssen. Als Politiker war es nicht der Moment, die Empfehlungen der Gesundheitsbehörden und der Regierung, insbesondere von Gesundheitsministerin Paulette Lenert, die eine ausgezeichnete Arbeit geleistet hat, in Frage zu stellen. Meine Sorge, dass sich irgendwann eine gewisse Nonchalance im Umgang mit den öffentlichen Freiheiten einschleicht, war unbegründet. Ich habe mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass es in der Chamber ausreichend mahnende Stimmen gegeben hat.

Wie soll man jetzt mit der Situation umgehen, dass die Krise an sich ordentlich bewältigt wurde, dass aber die Folgen noch nicht absehbar und weitere Anstrengungen nötig sind?

Ich halte eine kontinuierliche Krisenbekämpfungsstrategie für notwendig, schon allein für den Fall, dass es zu einem neuerlichen Aufflammen kommt. Die Anstrengungen dürfen nicht nachlassen. Und doch müssen wir darauf achtgeben, dass es nicht zu einem systematischen Raubbau an den öffentlichen Freiheiten kommt. Es geht, wie so oft, um die gesunde Mischung.

Besonders aufgefallen ist die enorme Solidarität. Ist das eines der Kernmerkmale Luxemburgs, dass die Menschen enger zusammenrücken, wenn Gefahr droht?

Es ist ein typisches Merkmal im Charakterbild von kleinen Ländern, dass die Menschen im Fall einer Bedrohung näher zusam-

menrücken. Das hat mich nicht überrascht. Im Übrigen hat man diese Solidarität auch in anderen, größeren Staaten beobachten können. Demgegenüber stehen die unsäglichen und unverantwortlichen Grenzschließungen, insbesondere zwischen Deutschland und Luxemburg, die mich massiv geärgert haben. Ich habe meinen Missmut darüber auch in Berlin und anderweitig deutlich zum Ausdruck gebracht. Dabei habe ich feststellen müssen, dass gewisse Ressentiments, von denen wir glaubten, sie längst gebannt zu haben, wieder sehr stark zu spüren waren. Ich kann, wie ich es in meiner Abschiedsrede im Europäischen Parlament getan habe, nur eindringlich darauf bestehen, sehr viel Rücksicht auf das europäische Gebilde zu nehmen. „Prenez soin de l'Europe“ gilt mehr denn je.

Die Europäische Union stand in der Kritik wegen der Grenzschließungen. Ist das nicht ein typisches Beispiel dafür, dass das Negative oft auf Brüssel abgewälzt wird, obwohl es seinen Ursprung in den Mitgliedstaaten hat?

Wenn die Mitgliedstaaten zu Beginn der Pandemie nationale Maßnahmen getroffen haben, dann auch, weil es keine EU-Kompetenz für die Gesundheitspolitik gibt. Wenn daraus ein Gesamteindruck entsteht, als ob die EU handlungsunfähig gewesen sei, ist dies fast schon ein normaler Reflex. Dabei findet sich die Erklärung, wie beispielsweise auch in der Asylpolitik, in den europäischen Hauptstädten. Die EU-Kommission hat es in der Folgezeit zwar geschafft, die Verkehrsflüsse im Binnenmarkt zu gewährleisten; dennoch bleibt hängen, dass der initiale Umgang mit der Pandemie weit entfernt war von gehobener Staatskunst.

Kann diese für viele Bürger einschneidende Erfahrung mit geschlossenen Grenzen nicht auch zur Folge haben, dass sie wieder lernen, die EU stärker zu schätzen?

Das ist meine Hoffnung und teils auch meine Überzeugung. Die jüngst erlebte Wirklichkeit hat unter Beweis gestellt, dass Nationalstaaten in Anbetracht derartiger Krisen allein nicht über

die Mittel verfügen, um in angemessener Art zu reagieren. Es braucht eine gemeinsame europäische Antwort. Hinzu kommt, dass die Bürger entdeckt haben, mit wie vielen Vorteilen offene Grenzen einhergehen. In früheren Reden habe ich ein ums andere Mal gesagt, dass die Grenzen für ein paar Tage geschlossen werden müssten, damit die Menschen wieder Genuss an Europa finden würden. Nun haben wir die Veranschaulichung des Problems tatsächlich erlebt und ich hoffe, dass die Krise jetzt dazu führt, dass wir bessere Europäer werden.

Die Europäische Union hat nun auch ihre finanzielle Verantwortung übernommen. Sind Sie zufrieden mit dem Finanzpaket, das zur europäischen Bewältigung der Krise geschnürt wurde?

Ich hätte es begrüßt, wenn die Budgetvorschläge für die Jahre 2021 bis 2027, die die damalige Juncker-Kommission im März 2018 unterbreitete, genutzt worden wären, um in den verbleibenden beiden Jahren einen EU-Haushalt aufzustellen. Das ist aber nicht geschehen, mit der Folge, dass viele Programme zum Jahresende nicht spruchreif sind. Erschwerend hinzu kommt nun die Corona-Krise, wobei ich der Meinung bin, dass der Kommissionvorstoß, Zuschüsse über 500 Milliarden Euro und Kredite über 250 Milliarden Euro, eine gute Antwort darstellt. Vorausgesetzt, dass es in anderen Bereichen zu keinen Abstrichen kommt, ob beim Klima, der Forschung, der Entwicklungszusammenarbeit oder bei den Erasmusprogrammen. Das muss im Kern erhalten bleiben.

Wie kann in Luxemburg das Risiko gebändigt werden, dass bereits bestehende soziale Ungleichheiten infolge der Pandemie noch größer werden, beispielsweise in der Schule?

Sie sprechen einen der Folgeaspekte der Krise an, der mich am meisten umtreibt. Die Corona-Krise offenbart, dass Kinder aus bildungsnahen Schichten diese Herausforderung besser bewältigt haben als jene Schüler, die einem bildungsferneren Milieu angehören – trotz der herausragenden Bemühungen der Lehrer. Die Regierung muss folglich mit allen Akteuren dafür sorgen, damit diese benachteiligten Kinder die Rentrée im Herbst dennoch unter optimalen Voraussetzungen angehen können.

ren – trotz der herausragenden Bemühungen der Lehrer. Die Regierung muss folglich mit allen Akteuren dafür sorgen, damit diese benachteiligten Kinder die Rentrée im Herbst dennoch unter optimalen Voraussetzungen angehen können.

Sie waren immer ein großer Befürworter der Tripartite. Wie erklären Sie sich, dass das einst bewährte Sozialmodell nicht mehr funktionstüchtig ist?

Die Tripartite hat in der Tat gut funktioniert bis Anfang dieses Jahrzehnts. Nachdem wir 2006 ein Gesamtpaket geschnürt hatten, das in Teilen noch heute seine Gültigkeit hat, konnten keine Fortschritte mehr erzielt werden und ich musste ab 2011 als Premierminister bilaterale Runden einberufen, die insbesondere vom Patronat bevorzugt wurden – und bis heute werden. Wenn also seither keine Tripartite stattgefunden hat, wäre es falsch, die Regierung dafür zu kritisieren. Ich stehe eher auf der Seite der Gewerkschaften, die für Dreiergespräche plädieren, aufgrund des direkten Austauschs. Eine nationale Polykrise, wie wir sie erleben, verlangt geradezu danach, alle Kräfte um einen Tisch zu bündeln.

Die Corona-Krise hat auch die immense Abhängigkeit Luxemburgs von Arbeitskräften aus der Großregion vor Augen geführt, insbesondere im Gesundheitsdienst. Ist es nicht an der Zeit, das Miteinander in der Großregion zu überdenken?

Einzelne Akteure aus der Großregion haben vor allem zu Beginn der Krise nicht ihre Rolle gespielt. Mir kommt beispielsweise der saarländische Innenminister mit seinen unerhörten Äußerungen zu den französischen Grenzgängern in den Sinn. Die Stimmung war derart schlecht, dass es wenig Miteinander und stattdessen viel Gegeneinander gab. Vor diesem Hintergrund wäre ich nicht unfroh, wenn alsbald ein Gipfel der Großregion, den ich einst mit dem damaligen saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine ins Leben rief, einberufen würde, um gemeinsam die Lehren aus der Krise und den großregionalen Bekämpfungsfehlern zu ziehen.

Im Herbst 2008 hatten Sie als Premierminister die Finanzkrise mit deren weit reichenden Folgen zu bewältigen. Sehen Sie Parallelen im politischen Umgang mit diesen Herausforderungen?

Vieles ähnelt sich, aber es gibt auch Unterschiede. Beide Male war es ein nicht national verursachter Schock, der uns von außen traf. Wenn es diesmal ein symmetrischer Schock für alle Länder ist, so war es ab 2008 ein Schock, der die EU-Staaten unterschiedlich heftig traf. Luxemburg war damals stark betroffen, weil der Finanzplatz getroffen wurde und wir über Nacht Banken retten und uns verschulden mussten. Dies hat unter anderem dazu geführt, dass sich 2013 die damals neue Regierung, die mittlerweile schon alt aussieht, über den schlechten Zustand der Staatsfinanzen beklagte. Nun wird sie die Erfahrung machen, dass Krisenmanagement ohne öffentliche Verschuldung und ohne ein steigendes Haushaltsdefizit nicht einfach sein wird. Der große Unterschied in der politischen Bewältigung ruht für mich darin, dass es damals viele Widerstände gab, ob national bei der Bankenrettung oder auf europäischer Ebene bei den Hilfen für Griechenland. Diesmal versteht jeder, dass viel Geld in die Hand genommen werden muss, um die Herausforderung zu meistern. Insofern ist die politische Bewältigung heute wohl einfacher.

Wie schafft man es als Politiker, sich selbst und die Gesellschaft jetzt noch für die Bewältigung von weiteren Krisen zu begeistern? Die Klimakrise beispielsweise ist nicht ohne die Anpassung von Lebensgewohnheiten zu meistern.

Wenn es ihnen an den Pelz geht, sind die Menschen zu großen Anstrengungen fähig. Wenn es also gelingt, deutlich zu machen, dass die Klimakrise uns alle ähnlich direkt angeht wie die Pan-

demie, dann sollte die Bereitschaft gegeben sein, maximale Anstrengungen zu unternehmen.

Viele Staaten, nicht nur die USA, sind mit heftigen Rassismus-Ausinandersetzungen konfrontiert. Wenn es in Luxemburg verhältnismäßig ruhig ist, heißt das für Sie, dass es derartige Probleme in Luxemburg nicht gibt?

Rassismus und Ausgrenzung bekämpfen ist eine tägliche Aufgabe – ohne nachzulassen. Grundsätzlich sind die Luxemburger nicht auf Ausgrenzung bedacht, weil wir schon sehr lange mit vielen Nicht-Luxemburgern gut zusammenleben. In Ländern, wo der Ausländeranteil bei nur vier, fünf Prozent liegt, ist es weitaus leichter, den Menschen Angst zu machen, mit dem Argument, dass es stetig mehr werden. Das erklärt quer durch Europa die Wahlergebnisse der Rechtsextremen. In Luxemburg kann dieses Argument der Angst nicht greifen. Und dennoch habe ich meine politische Grundausrichtung stets daran orientiert, dass auch hierzulande extreme Stimmungen schlummern, die zum Leben erweckt werden, falls ein Leader auftauchen und sie bedienen würde.

Besonders am Nationalfeiertag offenbart sich der multikulturelle Charakter Luxemburgs. 2020 fallen allerdings all jene Veranstaltungen, bei denen das gesellschaftliche Miteinander geradezu vorbildlich zelebriert wird, pandemiebedingt aus.

Der Nationalfeiertag ist stets ein Augenblick des nationalen Miteinanders gewesen und ein großes Fest von allen, die in Luxemburg leben. In meinen Ansprachen, die ich als Premier zu Nationalfeiertag hielt, habe ich das auch stets zum Ausdruck gebracht und die ausländischen Mitbürger immer in meine Überlegungen einbezogen. Dass der Na-

tionalfeiertag in diesem Jahr nicht öffentlich gefeiert wird, stimmt mich traurig.

Am Nationalfeiertag steht auch die großherzogliche Familie im Mittelpunkt. Zuletzt sorgte der großherzogliche Hof ein ums andere Mal mit seinem Personalmanagement für negative Schlagzeilen. Hätten Sie aufgrund der Turbulenzen ebenso wie Premierminister Xavier Bettel gehandelt und eine Aufarbeitung der Verhältnisse in Auftrag gegeben?

Ich habe eigentlich nicht vor, diese Vorgänge und die Reaktionen der Regierung darauf zu kommentieren. Ohne jetzt zu wissen, was alles an Gesprächen zwischen dem Großherzog und der Regierung stattgefunden hat, kann ich nicht erkennen, dass die Regierung irgendwelche Fehler begangen hat. Darüber hinaus gilt für mich, dass der Großherzog eine Person und eine Institution ist, die respektiert werden soll.

Sie waren lange Jahre Leiter der Euro-Gruppe. Nun liebäugelt Finanzminister Pierre Gramegna mit dem Vorsitz. Ist er in Ihren Augen ein geeigneter Kandidat für diesen Posten?

Ich habe Pierre Gramegna ermutigt, Interesse an diesem Posten zu bekunden. In Gesprächen, die ich dazu führe, erkläre ich stets, dass Pierre Gramegna eine gute Besetzung sei. Es bedarf einer ausgewogenen Persönlichkeit, die ein gutes Verständnis für budgetäre und monetäre Notwendigkeiten hat und über ein ausgeprägtes Gespür für das südeuropäische Ambiente der Euro-Zone verfügt. Ich hoffe jedenfalls, dass Pierre Gramegna, diese Aufgabe wahrnehmen kann und dass er dann, anders als zu meiner Zeit, in Luxemburg nicht ständig dafür kritisiert wird, dass er zu viel Zeit in Brüssel verbringt.

Wenn es ihnen an den Pelz geht, sind die Menschen zu großen Anstrengungen fähig.

Es darf keinen systematischen Raubbau an den öffentlichen Freiheiten geben. Rassismus und Ausgrenzung zu bekämpfen, ist eine tägliche Herausforderung.

„Trump stört, Ungarn blockiert“

INTERVIEW Asselborn zu China, den USA und der europäischen Nahost-Politik

Von unserem
Korrespondenten
Eric Bonse, Brüssel

Jean Asselborn spricht im Interview über die großen Zerwürfnisse, die gerade die Weltgemeinschaft beschäftigen. Und derer gibt es zurzeit nicht zu wenige.

Tageblatt: Die Welt ist in Aufruhr. China bedrängt Hongkong, in den USA gibt es Massendemonstrationen und Unruhen, Präsident Donald Trump droht dem eigenen Volk mit dem Militär. Doch von der EU hört man wenig.

Jean Asselborn: Das würde ich so nicht sagen. Bei unserer letzten Videokonferenz am vergangenen Freitag haben wir als EU-Außenminister sehr ausführlich über die Lage in Hongkong und China gesprochen. Und wir haben auch eine gemeinsame Haltung festgelegt: An der Politik „ein Land zwei Systeme“ und der Autonomie, die Hongkong genießt, darf sich nichts ändern, China muss das weiter garantieren. Das ist sehr wichtig.

Und warum haben Sie zu den Vorgängen in den USA nach dem Tod von George Floyd geschwiegen?

Bei unserem letzten Treffen waren die Konsequenzen noch nicht abzusehen. Das hat sich erst am Wochenende in seiner ganzen Dramatik gezeigt. Das heißt jedoch nicht, dass wir zu den Vorgängen schweigen. Aus meiner Sicht wäre es sehr gut, wenn US-Präsident Donald Trump jenseits von Twitter verstehen würde, dass Amerika nur dann wieder „great“ werden kann, wenn der Rassismus klar verurteilt wird. Das Recht auf friedlichen Protest muss hundertprozentig garantiert werden. Ein Präsident ist nicht dafür da, die Kluft in der Gesellschaft zu vergrößern. Und er sollte auch endlich einsehen, dass die soziale Ungerechtigkeit in den USA eine tragende Ursache für den Aufstand ist. Die Situation ist sehr ex-

plosiv, sie kann nicht entschärft werden, wenn der Präsident die Kluft noch vergrößert.

Warum hat es so lange gedauert, bis sich die EU zu der Krise in den USA geäußert hat?

Wir sind nicht Russland, China oder die USA. In Brüssel gibt es keinen Knopf, den man einfach nur drücken kann, damit eine Erklärung herauskommt. Alles muss durch die europäischen Mühlén gehen ...

... und die mahlen sehr langsam. Ein weiteres Beispiel ist die Nahost-Krise. Israel bereitet die Annektierung der Westbank vor, doch die EU schaut zu.

Nein, die EU-Außenminister haben schon am 15. Mai vier Stunden über die Nahost-Krise beraten. Danach haben wir eine ganz klare Position formuliert – die Annexion wäre ein Verstoß gegen das Völkerrecht – und Israel vor diesem Schritt gewarnt. Dass dem 25 von 27 EU-Staaten zugestimmt haben, ist schon ein Erfolg.

Doch Ungarn und Österreich tragen die EU-Position nicht mit. Und Deutschland ist gegen Sanktionen. Ärgert Sie das?

Außenminister Heiko Maas hat sich klar gegen eine Annexion ausgesprochen. Das Problem ist vor allem Ungarn, das systematisch jede Stellungnahme zum Friedensprozess blockiert. Das ist höchst bedauerlich, dass wir nicht mit einer Stimme sprechen können.

Haben Sie Verständnis für die deutsche Haltung zu Israel?

Deutschland trägt immer noch schwer an seiner historischen Last, ich kann die deutsche Haltung zu Israel nicht kritisieren. Allerdings möchte ich eins festhalten: Wenn man den italienischen Ex-Innenminister Matteo Salvini kritisiert, wie ich es getan habe, dann ist man kein Anti-Italiener.

Und wenn man Benjamin Netanyahu kritisiert, dann ist man noch lange nicht gegen Israel oder gar ein Antisemit. Viele Israelis wollen eine Zwei-Staaten-Lösung, genau wie wir.

Sind Sie persönlich für Sanktionen gegen Israel, falls es zur Annexion kommen sollte? Wir sollten jetzt nicht über Sanktionen reden, sondern alles tun, damit es nicht so weit kommt. Mir geht es auch darum, die EU in dieser Frage zusammenzuhalten. Bis 2016 hatten wir in der Nahost-Politik noch eine klare Position, dann kam Trump und hat alles infrage gestellt. Er übt auch negativen Einfluss auf einige EU-Staaten aus. Heute sind wir nicht mehr in der Lage, unsere Haltung auf ein Blatt Papier zu schreiben – dabei ist das Völkerrecht doch klar: Es geht um eine Zwei-Staaten-Lösung in den

Grenzen von

1967 mit Jerusalem als Hauptstadt der zwei Staaten.

Die EU hat die Pflicht, das internationale Recht zu verteidigen, das ist unser Kerngeschäft!

War es das, was Sie mit Ihrem umstrittenen Vergleich mit der Krim meinten?

Ja. Eine Annexion ist ein Raub von Territorium, das einem anderen Land gehört. Ich sehe da im Prinzip überhaupt keinen Unterschied zwischen der Krim und dem Westjordanland.

Also müsste man doch auch über EU-Sanktionen gegen Israel sprechen? Der Krim-Vergleich sagt alles. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Der Außenbeauftragte Josep Borrell fordert, die EU müsse die „Sprache der Macht“ lernen. Erleben wir

nicht gerade Europas Ohnmacht?

Wir sind keine Militärmacht, und wir werden es in absehbarer Zeit

– in den nächsten Jahrzehnten – auch nicht werden. Aber wir können uns durchaus verteidigen, wie das Atomabkommen mit Iran gezeigt hat. Deshalb hat Iran keine Atombombe bauen können! Dasselbe gilt für Israel und Palästina: Unsere Macht beruht auf der Stärke des Völkerrechts. Die können

wir allerdings nur ausüben, wenn wir eine gemeinsame Position haben – darum geht es.

„Ein Präsident ist nicht dafür da, die Kluft in der Gesellschaft zu vergrößern“: Asselborn hat auch zu Donald Trump eine klare Meinung

Trump sollte jenseits von Twitter verstehen, dass Amerika nur dann wieder „great“ werden kann, wenn der Rassismus klar verurteilt wird





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Außergewöhnliche Zeiten

Ein Blick auf noch die dagewesene Daten, Zahlen und Fakten aus der Wirtschaft

Von Nadia Di Pillo

Eine noch die nie dagewesene Krise, eine historisch beispiellose Dimension in vielerlei Hinsicht ... Die globale Corona-Pandemie - mehr als 450 000 Personen sind bisher nach einer Infektion mit Sars-CoV-2 gestorben; mehr als 8,4 Millionen Menschen sind positiv getestet worden - hat die am stärksten betroffenen Länder zu drastischen Maßnahmen gezwungen. Um der Wirtschaft durch die Corona-Krise zu helfen hat auch die luxemburgische Regierung ein ganzes Arsenal finanzieller Unterstützungsmaßnahmen ergriffen; sie werde „alles Menschenmögliche tun, um Arbeitsplätze zu retten“, unter dem Motto „koste es, was es wolle“.

165 000 Menschen

„Was auch immer es kosten mag“ - das stellt die luxemburgische Wirtschaft vor nie dagewesene Herausforderungen und ... Zahlen. So waren etwa vor der Wiedereröffnung der Baustellen rund 165 000 Menschen in Luxemburg von den beiden Maßnahmen „Kurzarbeit“ und „Urlaub aus familiären Gründen“ betroffen, das heißt mehr als ein Drittel der Mitarbeiter in Luxemburg. Diese Zwangspause zwischen dem 16. März und dem 25. Mai entspricht laut Stateg 43,5 Millionen arbeitsfreier Stunden und einer Verkürzung der Arbeitszeit um 5,7 Prozent im Jahr 2020. Und: Die Maßnahmen könnten dem Staat mehr als eine Milliarde Euro kosten. Nach Angaben der Inspection générale de la sécurité sociale (IGSS) waren rund 30 000 Haushalte vom Urlaub aus familiären Gründen betroffen. Das Statistikamt Stateg hat somit eine erste Einschätzung über die damit verbundenen verlorenen Stunden veröffentlicht. Auf Basis der am 10. April verfügbaren Daten würden 7,2 Millionen Arbeitsstunden verloren gehen, was zu einer Verringerung der Arbeitszeit um 1,1 Prozent im Jahr 2020 führen würde. Zudem würden sich die Kosten für den Staat auf 160 Millionen Euro belaufen.

135 000 Menschen

Laut Angaben des Stateg haben bis zum 4. Mai rund 14 690 Unterneh-

men hierzulande Kurzarbeit in Anspruch genommen; 135 000 Beschäftigte, also etwa ein Drittel aller Angestellten, sind in der Corona-Krise in Kurzarbeit geschickt worden. Das Hotel- und Gaststättengewerbe und das Baugewerbe sind die am stärksten betroffenen Branchen: 80 Prozent der Beschäftigten traten die Kurzarbeit an, wobei fast alle Unternehmen nach den eingeführten Beschränkungen der Regierung schließen mussten. Dafür wurden laut Stateg 192 Millionen Euro im März und 387 Millionen Euro im April ausgegeben, „das heißt insgesamt 580 Millionen Euro, gegenüber etwa drei Millionen pro Monat in Normalzeiten.“

12-mal mehr

In den Monaten März und April 2020 waren 135 000 Personen in Kurzarbeit, etwa 30 Prozent aller Beschäftigten des Landes. Der Stateg weist darauf hin, dass diese Anteile viel höher sind als während der Finanzkrise von 2009: „bis zu 12-mal mehr, wenn man den Höchststand im April 2020 mit dem im Juni 2019 vergleicht“. Im Juni 2009 seien „nur“ 3,4 Prozent der Arbeitnehmer betroffen gewesen. „Berücksichtigt man die Angestellten, die die Maßnahme am Ende tatsächlich in Anspruch genommen haben, so verringert sich die Quote auf 1,7 Prozent“, stellt der Stateg fest. Bemerkenswert ist auch, dass die im Jahr 2009 genehmigten Anträge zu Kosten in Höhe von 134 Millionen Euro geführt haben - für 2020 geht der Stateg von 799 Millionen Euro aus.

Als positiv kann man hervorheben, dass die Maßnahmen der Regierung die negativen Auswirkungen auf die Zahl der Beschäftigten weitgehend begrenzen werden. „Ohne Kurzarbeit und Urlaub aus familiären Gründen würde die inländische Beschäftigung im Jahr 2020 im Jahresdurchschnitt um 15 000 Personen abnehmen, was zu einem Rückgang von 2,2 Prozent führen würde“, so der Stateg in seiner „Note de conjoncture“.

Eine Milliarde Euro

Die Maßnahmen, die die Regierung zur Unterstützung der Wirt-

schaft ergriffen hat, werden nicht nur den Anstieg der Arbeitslosigkeit begrenzen, sondern auch das Wachstum des gesamten Haushaltseinkommens fördern. „Das durchschnittlich verfügbare Einkommen der Haushalte könnte somit in den beiden Jahren 2020 und 2021 um fast drei Prozent steigen“, schreibt der Stateg. Trotz steigender Einkommen sind die Konsumausgaben zusammengebrochen. Während dem Lockdown wird der maximale Rückgang des Verbrauchs im zweiten Quartal auf 20 Prozent geschätzt, was zu einem Rückgang von sechs Prozent im gesamten Jahr 2020

führen wird. Andererseits rechnet der Stateg mit zusätzlichen Einsparungen von rund einer Milliarde Euro im Jahr 2020. „Die Sparquote würde damit um sieben Prozentpunkte auf fast 28 Prozent des verfügbaren Einkommens steigen, „eine noch nie dagewesene Situation.“

Minus sechs Prozent

Laut Stateg werden sich die öffentlichen Finanzen erheblich verschlechtern. Die Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen - die rund 1,5 Milliarden Euro oder 2,5 Prozent des BIP darstellen - würden die Ausgabenseite stark belasten. Rechne man die Kosten für die Gesundheitsmaßnahmen hinzu, dürfte die Corona-Krise in diesem Jahr zu einem Anstieg der öffentlichen Ausgaben um 12 Prozent führen. Der Haushaltssaldo wird sich voraussichtlich von 2,2 Prozent des BIP im Jahr 2019 auf -6 Prozent in diesem Jahr (oder -3,5 Milliarden Euro) drastisch verschlechtern. Das Statistikamt spricht von einem bisher nie da gewesenen Defizit: In den letzten 25 Jahren habe Luxemburg nur dreimal ein Defizit von jeweils knapp einem Prozent des BIP verzeichnet.

Minus 25 Prozent

Das nationale Statistikamt verweist auf „einen Rückgang der Aktivitäten um etwa 25,8 Prozent im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie“. Am stärksten betroffen sind die Wirtschaftsbranchen, die direkt von einem vollständi-

gen oder teilweisen Tätigkeitsverbot betroffen waren, etwa das Baugewerbe (-90 Prozent), das Hotel- und Gaststättengewerbe (-90 Prozent) und der Handel (-39 Prozent).

Corona stellt die Finanzkrise 2009 in den Schatten.

So hart trifft es Luxemburgs Wirtschaft

Zahlen und Fakten zu einer noch nie dagewesenen Situation

Luxemburg. Die Corona-Krise trifft den Arbeitsmarkt in Luxemburg schon jetzt deutlich härter als die große Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009. Die Zahlen haben eine nie dagewesene Größenordnung angenommen: 135 000 Menschen könnten im April in Kurz-

arbeit gewesen sein, schätzt der Statec. Vor der Wiedereröffnung der Baustellen waren rund 165 000 Menschen von den beiden Maßnahmen „Kurzarbeit“ und „Urlaub aus familiären Gründen“ betroffen, das heißt mehr als ein Drittel der Mitarbeiter in Luxemburg. Die-

se Zwangspause zwischen dem 16. März und dem 25. Mai entspricht laut Statec 43,5 Millionen arbeitsfreier Stunden und einer Verkürzung der Arbeitszeit um 5,7 Prozent im Jahr 2020. „Ohne Kurzarbeit und Sonderurlaub würde die inländische Beschäftigung im Jahr

2020 im Jahresdurchschnitt um 15 000 Personen abnehmen, was zu einem Rückgang von 2,2 Prozent führen würde“, so der Statec in seiner „Note de conjoncture“. Dass wir uns in einer noch nie dagewesenen Situation befinden, zeigt auch eine andere Zahl: Die wirtschaftlichen Aktivitäten sind in der Corona-Krise um 25 Prozent zurückgegangen. ndp

Tiefer Fall, steiler Aufstieg

Statec erwartet nach schwerer Rezession eine rasche Erholung der Wirtschaft

Luxemburg. Der Absturz 2020 wird heftig. Das nationale Statistikamt Statec erwartet wegen der Corona-Pandemie eine schwerwiegende Rezession in Luxemburg. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde in diesem Jahr um sechs Prozent schrumpfen, die Arbeitslosenquote 6,7 Prozent erreichen, heißt es

in der gestern vorgestellten Prognose.

Auf diese historisch tiefe Rezession soll allerdings eine rasche Erholung folgen. Für 2021 rechnen die Volkswirte des Statistikamts mit sieben Prozent Wachstum. „Wir rechnen jedenfalls mit ei-

nem V-förmigen Verlauf der Wachstumskurve, bei dem einem steilen Absturz der Wirtschaftsleistung schnell ein ebenso starker Aufschwung folgen würde“, betont Statec-Direktor Serge Allegrezza. Sollte es im Laufe dieses Jahres jedoch zu einem neuen Virusausbruch kommen, würde das

BIP 2020 um 12,6 Prozent sinken und 2021 nur um 1,7 Prozent ansteigen. Die Arbeitslosenquote könnte hierzulande bis 2021 im schlimmsten Fall auf ein Rekordhoch von 9,7 Prozent ansteigen. Laut Statec werden sich auch die öffentlichen Finanzen erheblich verschlechtern. ndp

Neue Hoffnung

Luxemburger Wirtschaft soll sich nach tiefer Rezession 2021 wieder rasch erholen

Von Nadia Di Pillo

Steil bergab und dann steil bergauf: Das Statistikamt Statec hält nach dem Corona-bedingten Rekordeinbruch der luxemburgischen Wirtschaft eine kräftige Erholung für möglich. Das Bruttoinlandsprodukt werde in diesem Jahr voraussichtlich um sechs Prozent sinken, heißt es in der gestern vorgestellten Prognose. Statec-Direktor Serge Allegrezza spricht in diesem Zusammenhang von einer „krassen Rezession“.

Im kommenden Jahr soll es dann von dem niedrigen Niveau aus um sieben Prozent nach oben gehen. „Je tiefer man fällt, desto höher kann man wieder aufsteigen“, beschreibt Statec-Ökonom Ferdy Adam die mögliche Entwicklung. Und: „Wir gewinnen 2021 wieder von dem zurück, was wir 2020 verloren haben.“ Das Szenario ergibt sich allerdings nur im Falle einer Normalisierung der Gesundheits-situation und einer allmählichen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit. „Am Ende des Jahres 2021 wird diese jedoch immer noch drei Prozent unter dem Kurs liegen, der sich vor dem Auftreten dieser Krise abzeichnete“, heißt es beim Statec.

Sollte es im Laufe dieses Jahres jedoch zu einem neuen Virusausbruch kommen (das negative Szenario), würde das BIP 2020 um 12,6 Prozent sinken und 2021 nur um 1,7 Prozent ansteigen. Die Arbeitslosenquote könnte hierzulande 2021 im schlimmsten Fall auf ein Rekordhoch von 9,7 Prozent ansteigen. Im positiven Szenario

rechnet das Statec mit einer Arbeitslosenquote von 7,6 Prozent.

Das nationale Statistikamt verweist auf „einen Rückgang der Aktivitäten um etwa 25,8 Prozent im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie. Am stärksten betroffen sind die Wirtschaftsbranchen, die direkt von einem vollständigen oder teilweisen Tätigkeitsverbot betroffen waren, etwa das Baugewerbe (-90 Prozent), das Hotel- und Gaststättengewerbe (-90 Prozent) und der Handel (-39 Prozent). Die jüngsten Lockerungen dürften ab dem dritten Quartal eine Wiederbelebung der Aktivitäten ermöglichen. Dank der Telearbeit konnte der Finanzsektor das Beschäftigungsniveau aufrechterhalten, aber der Abschwung an den Aktienmärkten und der wirtschaftliche Einbruch werden sich, laut Statec, auf die Ergebnisse der Branche auswirken.“

Statec versus OECD

Das Statistikinstitut zeigt sich etwas zuversichtlicher als die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die vorgestern ihre Prognosen für Luxemburg veröffentlicht hat. Laut dem positiven Szenario, wenn das Virus bis zum Sommer abklingt, wird das BIP im Jahr 2020, den Experten aus Paris zufolge, voraussichtlich um 6,5 Prozent schrumpfen und sich dann 2021 um lediglich 3,9 Prozent erholen.

„Wir betrachten die Entwicklung etwas positiver als die

OECD“, sagt Serge Allegrezza. Dafür gibt es mehrere Ursachen. „Luxemburg ist mit seinem Wirtschaftsmotor Finanzplatz gut aufgestellt. Und auch Europa scheint aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Das heißt, dass die Europäische Union nun bereit ist, eine expansionistische Geld- und Finanzpolitik zu betreiben, die für ganz Europa und insbesondere auch für unsere Nachbarländer sehr wichtig ist.“

Das erste Mal seit 25 Jahren

Laut Statec werden sich die öffentlichen Finanzen erheblich verschlechtern. Die Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen – die rund 1,5 Milliarden Euro oder 2,5 Prozent des BIP darstellen – würden die Ausgabenseite stark belasten. Rechnet man die Kosten für die Gesundheitsmaßnahmen hinzu, dürfte die Corona-Krise in diesem Jahr zu einem Anstieg der öffentlichen Ausgaben um 12 Prozent führen.

Der Haushaltssaldo wird sich voraussichtlich von 2,2 Prozent des BIP im Jahr 2019 auf -6 Prozent in diesem Jahr (oder -3,5 Milliarden Euro) drastisch verschlechtern. Das Statistikamt spricht von einem bisher nie da gewesenen Defizit: In den letzten 25 Jahren habe Luxemburg nur dreimal ein Defizit von jeweils knapp einem Prozent des BIP verzeichnet. Das Jahr 2021 werde immer noch ein Defizit von rund drei Prozent aufweisen.

Zahl des Tages

9,7

Die Arbeitslosenquote könnte 2021 auf ein Rekordhoch von 9,7 Prozent ansteigen.

● **Luxemburg ist mit seinem Finanzplatz gut aufgestellt.**

Serge Allegrezza

Prognose	Prozentuale Entwicklung	2019	2020	2021
BIP				
Bruttoinlandsprodukt (in Volumen ausgedrückt)		2,3	-6	7,0
Inlandsbeschäftigung				
Beschäftigung von Menschen, die in Luxemburg arbeiten, unabhängig davon, ob sie dort wohnen oder nicht.		3,6	0,8	1,0
Arbeitslosenzahl				
Anteil der Erwerbsbevölkerung (in Prozent ausgedrückt)		5,4	6,7	7,3
Inflation				
Nationaler Verbraucherpreisindex		1,7	0,6	1,6
Haushaltssaldo				
Anteil des Bruttoinlandsproduktes (in Prozent ausgedrückt)		2,2	-5,9	-2,8

Quelle: Statec

Innovation: Luxemburg gut platziert

BRÜSSEL In Sachen Innovation liegt Luxemburg im EU-weiten Vergleich auf dem fünften Rang hinter Schweden, Finnland, Dänemark und den Niederlanden und vor Belgien, Deutschland und Österreich. Das geht aus einem gestern veröffentlichten Bericht der Europäischen Kommission hervor. Dass sich Luxemburg verbessern konnte, habe vor allem damit zu tun, dass mehr Doktorabschlüsse zu verzeichnen waren und auch die Zahl der Breitbandanschlüsse stieg. Attraktive Forschungssysteme und Humanressourcen seien die stärksten Innovationstreiber. Viel aufzuholen habe das Großherzogtum indes, was Firmeninvestitionen in Forschung anbelangt.

Die Kommission verglich unter anderem die Zahl neuer Erfindungen und Investitionsmöglichkeiten, aber auch die Rahmenbedingungen in den verschiedenen Ländern, etwa die Bildung junger Leute und die Arbeitsbedingungen.

Die Innovationsleistung der EU stieg dem Bericht zufolge zwischen 2012 und 2019 um fast neun Prozent. Zum zweiten Mal in Folge gab es zudem in der EU mehr Innovationen als in den USA. Allerdings vergrößerte sich auch der Abstand zu den Innovationsführern wie Südkorea, Australien und Japan. Um den Anschluss nicht zu verlieren, müsse die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken, erklärte die Kommission.

Der Bericht zeige, dass die EU bereits ein guter Ort für Innovationen sei, sagte der zuständige Kommissar Thierry Breton in Brüssel. Um Herausforderungen wie die Eindämmung des Corona-Virus zu meistern, müsse aber noch mehr investiert werden.

LJ MIT DPA

„Tausende Neukunden“

Euroline Werbetechnik aus Grevenmacher hat in der Coronakrise Schutzwände produziert – und wurde bekannt

GREVENMACHER
CORDELIA CHATON

Wenn Erwin Kellendonk durch sein Unternehmen geht, dann sieht er überall Acrylglas. „Seit März fertigen wir nur noch Infektionsschutzwände und Infektionsschutzkabinen“, sagt der Geschäftsführer von Euroline Werbetechnik. Die Kunden des 1985 gegründeten Unternehmens aus Grevenmacher kommen sowohl aus Luxemburg als auch aus dem Ausland. Von Krankenhäusern, über Banken, Supermärkte, Taxiunternehmen, Behörden und die Polizei- und Rettungsdienste, die Euroline schon lange beliefert, ist alles dabei. „Wir haben seit Ausbruch der Krise über 10.000 m² verarbeitet“ berichtet Kellendonk. „Teilweise wussten wir nicht mehr, wohin damit.“ Euroline fertigt sowohl nach Maß als auch Standardangebote. „Am meisten gefragt sind Premiumprodukte, also Acrylglas mit 8 bis 10 mm und einem verklebten Boden. Die Luxemburger achten auf Qualität, sie bevorzugen die hochwertigeren Produktlinien“, sagt der Chef, während er an verschiedenen Modellen für Infektionsschutzwände vorbei führt.

Normalerweise stellt Euroline Werbeartikel wie Leuchtwerbung, Schriften und Stelen her. Auch die Vermietung von Baustellenschildern, Komplettfolierung von Fahrzeugen oder Videowände gehören zum Angebot. Doch seit Mitte Januar 2020 konzentrieren sich alle nur noch auf Schutzscheiben und -kabinen, die deswegen so gefragt sind, weil das Covid-19-Virus über Tröpfcheninfektion übertragen wird. Kellendonk war ein Risiko eingegangen, als er zu Beginn der Krise „alles Acrylglas gekauft hat“, was er finden konnte.

Er war sich damals sicher, dass es einen Bedarf an Schutzwänden geben würde. Denn der Deutsche hat vor vielen Jahren eine vierjährige Ausbildung zum Rettungssanitäter bei der Bundeswehr gemacht – im Bereich Seuchenprävention und chemische Angriffe. Daher wusste der Chef des Unternehmens mit 50 Mitarbeitern, was mit dem Coronavirus auf die Menschheit zukommen würde.

Exorbitanter Preisanstieg

Doch jetzt ist sein Lager fast leer. Und Nachschub ist nicht in Sicht. „Die Produktionskapazität aller europäischen Werke für Acrylglas ist bis Mitte 2020 ausverkauft. Wir haben es auch in China versucht“, berichtet er. So weiß er, dass eine gecharterte Boeing 420.000 Euro kostet. Aber die würde eine Strecke leer fliegen. Das macht das Material teuer. In China selbst ziehen die Preise aufgrund der Nachfrage ebenfalls an. „Die Preise sind extrem gestiegen; je nach Material je nach Produkt um 400 Prozent“, beobachtet Kellendonk, der so etwas in vier Jahrzehnten Berufstätigkeit noch nie erlebt hat. Teilweise kam es zum Verkauf an den Meistbietenden. „Man kommt nur noch mit Druckmitteln an Rohmaterial.“ Der Mangel an Plexiglas hat den Unternehmer schon einige große Aufträge gekostet.

Euroline beschäftigt acht Mitarbeiter im Außendienst. „Da laufen die Leitungen heiß. Viele Kunden sind sehr ungeduldig“, erzählt der Chef. Er zeigt sich flexibel. Kunden können die Ware abholen oder sich beliefern lassen. Vor der Auslieferung werden die Schutzeinrichtungen auf 70 Grad erhitzt, um keimfrei beim Kunden anzukommen. Euroline erklärt das in einem Video, das auf Facebook und Youtube läuft. „Auf Facebook haben

den Film 189.000 Leute gesehen“, lächelt Kellendonk.

Neben den Kunden für Schutzeinrichtungen gibt es auch noch jene, die Beschriftungen kaufen. Auch hier muss das Geschäft weitergehen. Das ist nicht immer einfach. „Trotz der vielen Aufträge hatten wir anfangs Kurzarbeit beantragt, weil beispielsweise Grafiker nicht arbeiten konnten“, erklärt er, während er an bedruckten Folien vorbeigeht. Während der Hochzeit der Krise sank der Anteil der Werbetechnik auf fünf Prozent des normalen Volumens. „Das ändert sich jetzt“, stellt Kellendonk fest. Andere Mitarbeiter hatten Familienurlaub. „Ausgerechnet in den wichtigsten Bereichen“, seufzt der Geschäftsführer. „Wir haben dann versucht, Leute, die schon aus dem Handwerk kamen, umzuschulen, weil wir dringend Fräser brauchten.

Aber das lernt man nicht in einem halben Tag.“ Um Kunden schneller beliefern zu können, stellte Euroline die Bauart um. Statt zu schweißen, wird jetzt geschraubt. „Das ist wiederverwertbar und macht eine zeitaufwendige Lackierung unnötig“, argumentiert er. Plexiglas-Reste gab Euroline an Initiativen für die Herstellung von Visieren ab, die in Luxemburg in zahlreichen 3-D-Printern entstanden.

Kellendonk geht davon aus, dass das Coronavirus die Menschheit noch eine Weile beschäftigen wird. Auch wenn die Krise Euroline vor große Herausforderungen gestellt hat, ist er froh, dass er durch die kurzfristige Umstellung der

gesamten Produktion die Krise gut überstanden hat und gleichzeitig einen Beitrag zur Eindämmung der Pandemie leisten konnte. Und dann gibt es noch einen Effekt. „Den Bekanntheitsgrad, den wir in den letzten zwei Monaten erreicht haben, hatten wir in 35 Jahren nicht. Wir haben tausende Neukunden“, freut er sich.

📍 www.eurollne.lu

„Wir haben seit
Ausbruch der Krise
über 10.000 m²
verarbeitet“

ERWIN KELLENDONK, Geschäftsführer Euroline

Lidl baut im Großherzogtum aus

Einzelhandelskette investiert 37 Millionen Euro in Neu- und Umbauten

Luxemburg. Die Supermarktkette Lidl setzt ihre Expansion in Luxemburg mit der Eröffnung ihres elften Geschäfts in Huldigen, der Umwandlung des Supermarkts in Differdingen und der Einreichung der Genehmigung für ein neues Geschäft in Düdelingen fort. Diese drei Projekte mit einem geschätzten Investitionsvolumen von 37 Millionen Euro werden et-

wa 60 neue Arbeitsplätze schaffen, teilte das Unternehmen dazu gestern mit.

„In den nächsten Tagen werden wir eine Baugenehmigung für einen neuen Supermarkt in Düdelingen beantragen“, so Julien Watheiu, Sprecher von Lidl Luxemburg. Im gestern eröffneten Geschäft in Huldigen ist eine Ver-

kaufsfläche von 1 400 Quadratmetern entstanden; in Differdingen wird das Geschäft von 650 auf 1 486 Quadratmeter erweitert. Die Arbeiten begannen im Frühjahr 2019, und die Wiedereröffnung ist für den kommenden Herbst geplant. Zusätzlich zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, betont Lidl, integriere das Unternehmen verschiedene nachhaltige Technolo-

gien. So werden beispielsweise 257 Fotovoltaikpaneele und elektrische Ladestationen für Autos und Fahrräder installiert, die von den Kunden kostenlos genutzt werden können. Mitte Juni wird das Unternehmen dann einen Antrag auf Baugenehmigung für ein Geschäft mit 1 249 Quadratmetern Verkaufsfläche in Düdelingen einreichen, das 2022 eröffnet werden soll.

Lidl ist seit 1995 in Luxemburg und betreibt hier zehn Geschäfte mit rund 300 Mitarbeitern. C/MeM

Neuer Schub für Solarstrom

Landwirte und Mittelstand können Beihilfen für Photovoltaik-Anlagen künftig direkt beantragen - Solarkataster zeigt Potenzial für Paneele

CHRISTIAN BLOCK

Einen ersten Schub für die Photovoltaik gab es bereits. Durch eine Anpassung am Beihilfensystem für Anlagen zur Produktion von Solarstrom sowie das gestern vorgestellte Solarkataster erwartet sich Energieminister Claude Turmes (déi gréng) einen weiteren: Die Beihilfen zur Installation von Anlagen mit einer Leistung zwischen 30kW und bis zu 200 kW können in Zukunft direkt von Landwirten, kleinen und mittleren Unternehmen sowie für Gebäude im Dienstleistungssektor abgerufen werden - statt den Umweg über eine Kooperative gehen zu müssen.

Gleichzeitig ist es künftig möglich, auf geoportail.lu einzusehen, wie viele Kilowattstunden eine PV-Anlage auf dem eigenen Dach produzieren und wie groß eine Anlage ausfallen könnte. Ergänzt werden soll das mit myenergy ausgearbeitete Kataster noch durch einem Simulator, der über den Investitionskostenpunkt und die Rentabilität der PV-Anlage informieren soll. Bürger oder Unternehmen sollen so nach der Vorstellung des Grünen-Ministers „mit einem Klick“ zu ihrer Solaranlage finden. Eine Anlage mit einer Leistung von etwa 10 MWh/Jahr könne den gesamten Strombedarf eines Hauses, die Beladung eines E-Autos sowie eine Wärmepumpe abgedecken. In Zukunft Häuser ohne Emissionsausstoß zu haben sei erklärtes Ziel der Regierung. „Das Haus von morgen ist eines ohne Schornstein und mit Solaranlage“, meinte Turmes mit Verweis auf die staatlichen Prämien zur energetischen Sanierung.

Solarstrom hat in den vergangenen Jahren zwar immer mehr an Bedeutung gewonnen, allerdings hat die Entwicklung erst im vergangenen Jahr an Fahrt aufgenommen. Mit einer aktuellen Leistung von 150 MW

wird Strom für bis zu 100.000 Personen generiert (bei einem angenommenen Durchschnittsverbrauch von 1.400 kW/Jahr/Person). Pro Einwohner befinde sich Luxemburg mit einem Wert von 229 Watt auf Platz 7 in der EU.

Großprojekte in der Umsetzung

Infolge einer Ausschreibung werden bis spätestens Ende 2021 noch einige Großprojekte hinzu-

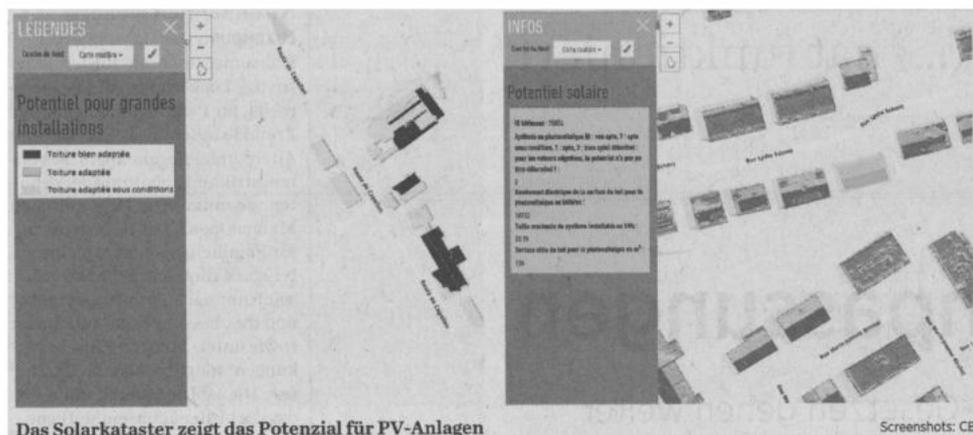
kommen: 18 MW durch Solarzellen auf Industriebauten von Kronospan, Luxlait, De Verband, Sudgaz, Enovos und anderen, zwei MW durch überdachte Parkplätze (wie Sudstrom Parking Biohealth und Mamer Solar) sieben MW auf Industriegrundstücken (Enovos (auf der Goodyear-Strecke) und RTL mit Enovos (Antennen Beidweiler)) und weitere drei MW durch schwimmende Solaranlagen auf einem Kühlweiher von ArcelorMittal. Insgesamt hat das Ministerium 20 Angebote zurückbehalten mit einer Gesamtleistung von etwas mehr als 30 MW. Ausschreibungen wie diese sollen im Prinzip jedes Jahr erfolgen, im kommenden Jahr womöglich mit einer noch höheren Leistung.

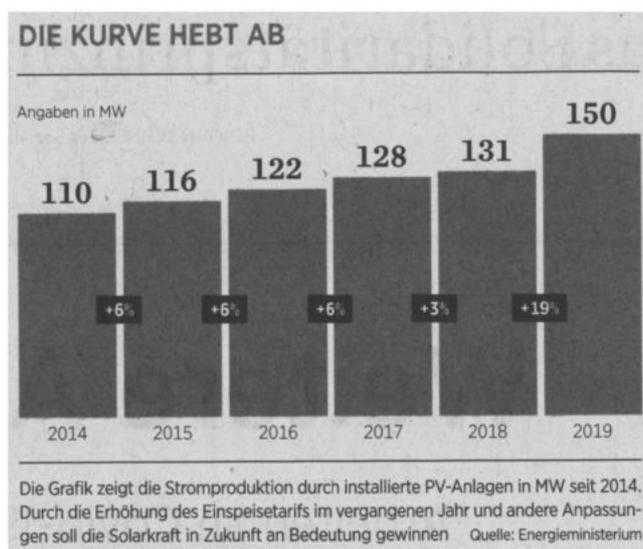
Die Regierung strebt in ihrem nationalen Klima- und Energieplan eine „Solaroffensive“ an. Die Leistung von 197 Gigawattstunden in diesem Jahr soll sich binnen eines Jahrzehnts fast versechsfachen auf 1.112 GWh.

➔ Weitere Informationen unter cleversolar.lu (myenergy) und geoportail.lu (Rubrik Energie)

„Wir haben einen guten Lauf“

CLAUDE TURMES, Energieminister





SES setzt den Rotstift an

Bis zu 15 Prozent des Personals ist von Sozialplan und Umstrukturierung betroffen

Von Marco Meng

Jetzt wirkt sich der dauernde Gewinnrückgang doch aufs Personal aus, sogar in Luxemburg: Der Satellitenbauer SES (Société Européenne des Satellites) kündigte gestern an, dass er plant, einen Teil seiner europäischen Regionalbüros zu schließen. Auch in der Zentrale Betzdorf will das Unternehmen umstrukturieren und hat eigenen Angaben zufolge die Personalvertreter aufgerufen, die „Umsetzung eines Sozialplans zu erörtern“.

Wie viel Personal der 1985 gegründete Satellitenbetreiber, der lange als Luxemburger Erfolgsmodell galt, weltweit und im Großherzogtum abbauen will, wurde nicht bekannt gegeben. Es komme auf das Ergebnis der Umstrukturierungen an, teilte das Unternehmen dazu mit.

Dass ein Konzern, der zu großen Teilen dem Staat gehört, einen Sozialplan erstellt, kommt nicht alle Tage vor. SES als lu-

xemburgisches Vorzeigeunternehmen muss sich seit geraumer Zeit mit rückläufigen Geschäftszahlen zufrieden geben. Zuletzt wurde laut darüber nachgedacht, das Unternehmen aufzuteilen, weil es dann einfacher wäre, Investoren für die Wachstumssparte „Netzwerke“ zu finden.

Auch die 600 Mitarbeiter in Betzdorf betroffen

Insgesamt beschäftigt SES heute mehr als 2 100 Mitarbeiter weltweit, knapp 600 davon am Stammsitz in Betzdorf. Konkret sollen nun die Büros in Brüssel, im Zentrum Londons, auf der Isle of Man, in Warschau und Zürich geschlossen und die Aktivitäten an diesen Standorten auf andere Büros in Kiew, Stockholm, Stockley Park in London und Den Haag sowie auf den Hauptsitz in Luxemburg verteilt werden.

Offene Stellen sollen nicht besetzt werden, ein freiwilliges Pro-

gramm zur schrittweisen Frühverrentung von Mitarbeitern sei gestartet worden, wie aus der Mitteilung des Unternehmens hervorgeht.

Gewinn seit Jahren im steten Sinkflug

Betroffen von den Umstrukturierungen wären zehn bis 15 Prozent der weltweiten Stellen. Das würde aber nicht den Abbau von bis zu fünfzehn Prozent des Personals bedeuten, Luxemburg eingerechnet, erklärt auf Nachfrage Unternehmenssprecherin Suzanne Ong. Ein Teil des betroffenen Personals könne umgeschult und in andere Geschäftsfelder versetzt werden.

Die Sparte Video – das traditionelle Geschäft mit Fernsehsatelliten – entwickelte sich auch 2019 nicht so, wie die Geschäftsführung es erwartet hatte, und verfehlte zuletzt mit Einnahmen von 1 208 Millionen Euro klar die Prognose von 1 225 bis 1 255 Millionen Euro. Gegenüber dem Vorjahr ist

damit das klassische Satellitengeschäft um 8,5 Prozent zurückgegangen.

Networks hingegen konnte zur letzten Bilanz von 2018 auf 2019 4,7 Prozent auf 762 Millionen Euro zulegen. Dennoch sinkt der Gewinn: Wies das Unternehmen in den Jahren 2011 bis 2017 einen Überschuss zwischen 500 und 600 Millionen Euro aus, ist er seitdem auf die Hälfte geschrumpft.

Das Papier des Satellitenbetreibers verlor in den letzten zwölf Monaten 65 Prozent an Wert; über die letzten fünf Jahre gerechnet, ist es ein Wertverlust von 85 Prozent. Der Staat Luxemburg ist direkt mit 11,6 Prozent an SES beteiligt, via BCEE und SNCI sind es insgesamt 33 Prozent von SES, die dem Staat gehören.

- Frühverrentung,
- Umschulungen, Sozialplan.

„Challenging times“

ArcelorMittal-Generalversammlung in schwierigem Umfeld - Etienne Schneider nun im Verwaltungsrat

LUXEMBURG

LJ

Knapp zehn Minuten dauerte laut Sitzungsbericht die ordentliche und außerordentliche Generalversammlung der ArcelorMittal-Aktionäre am Samstag. Sie wurde erstmals wegen der Covid-19-Krise per Videokonferenz abgehalten. Das Unternehmen hatte Vorkehrungen getroffen, damit die Teilhaber auch elektronisch abstimmen konnten. Knapp 68 Prozent der Stimmrechte waren beim „Conference Call“ vertreten. Neben einer Kapitalerhöhung von rund 74,8 Millionen Dollar auf 485,3 Millionen, aufgeteilt auf 1.361.418.599 Aktien - dies war Gegenstand der außerordentlichen Generalversammlung - standen vor allem Personalfragen im Mittelpunkt der ordentlichen Generalversammlung.

Die Mandate des Verwaltungsratsvorsitzenden und CEO Lakshmi Mittal sowie der Verwaltungsratsmitglieder Bruno Lafont und Michel Wurth wurden so um weitere drei Jahre verlängert. Neu dabei sind der ArcelorMittal-Finanzchef und Sohn Lakshmis, Aditya Mittal und Etienne Schneider, der noch bis Februar Luxemburger Wirtschaftsminister war. Der LSAP-Politiker folgt so im ArcelorMittal-Verwaltungsrat auf Jeannot Krecké als Vertreter des luxemburgischen Staates, der 1,27 Prozent an dem Unternehmen mit Sitz in Luxemburg hält.

171.000 Dollar

Kreckés Mandat war erst bei der Generalversammlung 2019 verlängert worden. Der ehemalige LSAP-Wirtschaftsminister (2004 bis 2012), den bei seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt Etienne Schneider beerbte, hatte im Dezember durchblicken lassen, sein Mandat „aus persönlichen Gründen“ zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zeitpunkt wurde schon spekuliert, dass Etienne Schneider von der Regierung als Nachfolger vorgeschlagen würde. Der sprach damals von „Gerüchten“, allerdings haben die sich nun offensichtlich bewahrheitet. Krecké bekam im vergangenen Jahr laut „Remuneration Report“ von ArcelorMittal rund 171.000 Dollar für sein Mandat im Verwaltungsrat.

Schneider dürfte ebenfalls als unabhängiger Direktor in den Vorstand des russischen Konglomerats Sistema einziehen und dort auf Jeannot Krecké nachfolgen. Am 27. Juni hält der seine Generalversammlung ab.

Aber zurück zu ArcelorMittal: Von „challenging times“ - „herausfordernden Zeiten“ - sprach CEO Lakshmi Mittal bei der Generalversammlung. Die Pandemie hat die weltweite Stahlnachfrage scharf gebremst. Der Stahlgigant hatte seine Wachstumsprognose Anfang Mai gestrichen. Das Unternehmen musste im ersten Quartal einen Verlust von 1,1 Milliarden US-Dollar hinnehmen und rechnet mit einer weiteren Ergebnisverschlechterung zwischen 400 und 600 Millionen Dollar im zweiten Quartal. Produktionskapazitäten wurden zurückgefahren, Investitionsprogramme gesenkt und die Dividende gekappt. ●

ARCELORMITTAL IN ZAHLEN

Der Stahlgigant mit Sitz in Luxemburg

ArcelorMittal ist der weltgrößte Stahl- und Minenkonzern mit Aktivitäten in 18 Ländern auf vier Kontinenten. Ende 2019 zählte er insgesamt 191.000 Mitarbeiter weltweit, davon rund 3.800 in Luxemburg. Rund 49 Prozent seines Rohstahl produziert das Unternehmen in Europa, 37 Prozent auf dem amerikanischen Kontinent und 14 Prozent in Ländern auf andern Kontinenten, etwa in Kasachstan, Südafrika oder der Ukraine. 2019 waren es 1,85 Milliarden Tonnen.

Die Supermaske

Mit Maschinenbau gegen die Pandemie: Eine Anlage dekontaminiert Schutzmasken, eine andere macht sie sogar anti-viral

Von Marlene Brey

„Wir sind wie das A-Team“, sagt Regis Heyberger. Er steht in der Halle der Molecular Plasma Group vor einer silbrigen Maschine. Statt eines weißen Kittels ist der Forscher ganz in Schwarz gekleidet. „Und das ist unser Hannibal“, er zeigt auf seinen Chef, der lachend neben ihm steht. Hannibal war in der Actionserie „Das A-Team“ der Anführer und Stratege. Dieser Hannibal heißt mit bürgerlichem Namen Marc Jacobs. Als Actionstar würde er sicher das tragen: eine anti-virale Schutzmaske.

Jacobs' Start-up entwickelt ein Verfahren, mit dem die Oberfläche von Mundmasken eine anti-virale Schutzschicht erhält. Für Krankenschwestern und Ärzte, aber auch für jeden, der im Supermarkt einkaufen geht, kann das über eine Infektion entscheiden. Denn wer erst den Einkaufswagen und dann die Maske mit den Fingern berührt, weil diese schon wieder verrutscht ist, kann sich infizieren. Mit Jacobs' Maske bleibt man geschützt.

Die heiße Spur: Plasma

Seit Jahren bewegt sich Marc Jacobs als Mentor in der Start-up-Szene. 2016 erfährt er durch Luxinnovation von einer Ausgründung des Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST). Der Ableger des Instituts arbeitet mit einer Plasma-Technik, die Jacobs fasziniert. Wenig später hört er, dass die Forschungseinrichtung „Vito“ aus Belgien ebenfalls an einer Ausgründung mit derselben Technologie arbeitet. Ende 2016 bringt er beide zusammen und nennt das Start-up, das daraus entsteht, Molecular Plasma Group (MPG). Jacobs weiß, dass er es mit einer revolutionären Technologie zu tun hat – auch wenn noch nicht absehbar ist, wie sie Jahre später in der Pandemie eingesetzt werden könnte. 2016 geht es darum, aus der Forschung ein Geschäft zu machen. MPG nimmt am „Fit4Start-Programm“ von Luxinnovation teil. Mit der Beratung kommt Jacobs auf die heiße Spur: mit Plasma den Gesundheitsmarkt erobern.

Die Spur ist tatsächlich heiß. Plasma ist keine chemische Verbindung, sondern ein Aggregatzustand. Erhitzte Feststoffe werden in der Regel erst flüssig, dann gasförmig. Führt man Gasen weitere Energie zu, kann Plasma entstehen. MPG verfügt über eine industriereife Plasma-Technologie, mit der Biomoleküle – etwa Antikörper, Proteine oder DNA – auf so ziemlich je-

de Oberfläche aufgetragen werden können. Damit verändern sie die chemischen Eigenschaften dauerhaft. Die neue Funktion kann dann zum Beispiel sein, dass Textilien anti-viral werden: Die Viren sterben einfach auf der Oberfläche.

Haute Couture mit dem gewissen Extra
 Als während der Corona-Krise in Luxemburgs Krankenhäusern die Schutzkleidung knapp wird, springt die lokale Produktion ein. Die Schneiderei „Eva Ferranti“ stellt statt Maßanzügen Kittel und Hauben her. Paul Chambers koordiniert das Projekt und ruft Jacobs an: „Wir können die Schutzbekleidung machen. Aber kannst Du mit deiner Technologie nicht noch einen extra Schutz einbauen?“ Jacobs denkt nach. „Gute Idee, schauen wir mal!“ Gemeinsam mit dem LIST setzt Jacobs ein Programm auf, um die gute Idee auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen. „Jetzt gerade stecken wir in einer Testreihe für die Prozessentwicklung. Da geht es etwa darum, mit welchen Molekülen wir arbeiten müssen. Das ist eine sehr intensive viermonatige Phase.“ Die ersten Ergebnisse sind vergangene Woche gekommen: Sie sind positiv. Von nun an wird es darum gehen, die Prozesse so zu skalieren, dass eine Implementierung industriell und ökonomisch funktioniert. „Da ist sehr viel Entwicklungsarbeit zu leisten, aber ich bin zuversichtlich“, sagt Jacobs. Auch Luxinnovation ist es. CEO Sasha Bailie hat die Produktion von Schutzmasken in Luxemburg in Aussicht gestellt. MPG ist mit an Bord.

Die Wunderwaffe

Die Plasma-Technologie auf völlig neue Anwendungsgebiete zu übertragen, ist das tägliche Geschäft von MPG. Das Start-up ist auf Maschinenbau spezialisiert. MPG entwickelt Anlagen, verkauft sie oder die Nutzungsrechte daran. „Bei uns geht es immer um die Kerntechnologie und die Implementierung in den Maschinenbau. Ob die Anwendung jetzt die Herstellung antiviraler Schutzkleidung oder das Verkleben von Teflon ist, das ist für uns eigentlich egal, weil es für die Technologie, grob gesprochen, egal ist.“ Das macht sie zur Wunderwaffe: Die Kerntechnologie – die dauerhafte Funktionsänderung von Oberflächen durch Plasma – ist auch bei sehr sensiblen Stoffen wie Cellulose möglich. Und eben bei Teflon. Dabei bleibt an Teflon bekanntlich nichts haften. Bisher

galt es daher als unmöglich, Teflon zu verkleben. „Unsere Technologie schafft das“, sagt Jacobs. Das zeigt: Der Fantasie sind kaum Grenzen gesetzt, welche Oberflächenfunktionalität man wie verändern und wofür man diese dann industriell einsetzen kann. Wenn Jacobs das beschreibt, sagt er „spektakulär“ und muss selbst wegen seiner Wortwahl lachen, aber er meint es so.

Regis Heyberger, der Forscher ganz in Schwarz, steht an einer Maschine, die bald zum Kunden geht. Unter den Kunden ist die „Ariane Group“, die von der europäischen Weltraumagentur mit der Neuentwicklung der Trägerrakete Ariane 6 beauftragt wurde. Für wen die Maschinen in der Halle bestimmt sind, darf der Forscher nicht sagen. Alles, was die Firma macht, unterliegt Geheimhaltungserklärungen.

Werden anti-virale Moleküle auf Schutzkleidung aufgetragen, würde die Technologie direkt in die Fertigungsanlagen der Hersteller gebracht. „Jeder Fabrikant von Material für Schutzkleidung ist auf der Suche nach so etwas“, sagt Jacobs.

Waschmaschinen für Schutzmasken

Welche Waffe die Plasma-Technologie in der Pandemie sein kann, zeigt ein weiteres Beispiel. Als die Corona-Krise beginnt, liest Jacobs, dass es an der Universität Maastricht Versuche gibt, um Masken zu dekontaminieren. „Moment mal“, sagt Jacobs zu sich selbst. „Können wir das nicht auch?“ MPGs Plasma-Technologie ist in der Lage, selbst bei Umgebungstemperatur zu entkeimen. Bisher werden Skalpelle im Krankenhaus mit Hitze, Gammastrahlen oder Chemiekeulen sterilisiert. Doch diese Verfahren greifen empfindliche Materialien wie Schutzmasken an. Plasmatechnik ist effektiver, schonender und außerdem umweltfreundlich. Sie verbraucht fast keine Energie, hat kaum Emissionen, braucht keine Lösungsmittel.

Jacobs startet einen Aufruf in seinem Netzwerk. Der Tenor ist: „Das müsste machbar sein.“ Zu diesem Zeitpunkt sind die Labore des LIST komplett geschlossen. Nach Jacobs' Aufruf öffnen sie wieder, um das Projekt zu unterstützen. Mitte März ist es angefallen. Die Idee ist, dass MPG Anlagen für Krankenhäuser entwickelt, so groß wie Waschmaschinen. In diesen kann das Personal dezentral Schutzmasken dekontaminieren. Ein Krankenhaus, das eine solche Maschine im Keller hat, braucht sich keine Sorgen um Lieferengpässe zu machen.

„Mit einem blauen Auge davon gekommen“

Die Direktorin des Familienbetriebs berichtet, wie Ost-Fenster es durch die Krise geschafft hat

GREVENMACHER
CORDELIA CHATON

Ost-Fenster ist ein Luxemburger Familienbetrieb, der seit über 50 Jahren Fenster, Glasfassaden und Haustüren in Luxemburg herstellt und einbaut. Damit gehört das Unternehmen zum Bausektor. Aber anders als viele andere Unternehmen ist der Betrieb relativ glimpflich durch die Krise gekommen, findet Lynn Hilger. Die Direktorin führt Ost-Fenster zusammen mit ihrem Bruder Sven Hilger in der zweiten Generation. „Uns wurde mitgeteilt, dass wir bis zum 20. März schließen sollten. Zwei Tage früher sind wir dann in den Lockdown gegangen“, berichtet sie im Gespräch mit dem „Journal“. Für 50 von 80 Mitarbeitern beantragte Ostfenster Kurzarbeit. „Wir hätten vielleicht noch produzieren können - aber im Lager war kein Platz mehr und deshalb hätte das nur Probleme bereitet“, sagt sie.

Ausgestattet für das Homeoffice

Da Ost-Fenster kurz vor dem Lockdown neue PCs gekauft hatte und die alten noch da waren, konnten die Mitarbeiter angemessen für das Homeoffice ausgestattet werden. „Schwierig war das bei den technischen Zeichnern, die mussten wegen der komplizierten Programme bald zurück kommen“, erzählt Hilger mit Blick auf den Betrieb im Gewerbegebiet von Grevenmacher. Die Chefin hat vor allem die Kurzfristigkeit der Ankündigungen gestört. „Denn wir müssen ja auch planen.“

In den ersten zwei Wochen des Lockdown waren viele Kunden zu Hause und hatten Zeit, sich mit Fragen der Renovierung oder Erneuerung auseinander zu setzen. Viele wollten es sich zu Hause schön machen. So kamen noch Anrufe und Aufträge. Ab der dritten Woche wurde es ruhig. „Hier herrschte eine Totenstille“, blickt Hilger zurück. Umso erfreuter waren die Kunden über den Neustart. „Bis auf die eine oder andere Baustelle lief alles sehr gut. Glücklicherweise hatten wir keinen einzigen Krankheitsfall“, kommentiert die Chefin den Neustart. „Wir sind mit einem blauen

Auge davon gekommen.“

Dennoch bleibt unterm

Strich eine Zeit ohne Rechnungen und Aufträge. Für die Monate April und Mai brachen rund 80 Prozent des Umsatzes weg. „Das holt man nicht so schnell auf“, sorgt sich Hilger. Positiv überrascht war sie indes von der Geschwindigkeit, mit der das Kurzarbeitergeld floss. „Das ging ganz fix. Da war klar ein politischer Wille da.“ Die erste Priorität des Familienbetriebs war es, die Mitarbeiter zu halten und zu bezahlen. Daher begrüßt die Chefin das Kurzarbeitergeld. Kredite hat Ost-Fenster dagegen bislang nicht in Anspruch genommen. „Die Banken haben sich von selbst gemeldet und klar gemacht, dass sie an unserer Seite stehen. Aber als Familienunternehmen muss man nicht Aktionäre mit Dividenden befriedigen, sondern kann Rücklagen bilden. Das hat uns geholfen“, unterstreicht sie.

Während des Lockdowns war eine der größeren Herausforderungen die Schließung der Grenzen zu den Nachbarländern, denn Ost-Fenster beschäftigt auch Grenzgänger. „Das war teilweise dramatisch. Die standen bis zu zwei Stunden im Stau“, ärgert sich Hilger. „Europa hat es nicht fertig gebracht, sich bei diesem Thema zusammen zu setzen. Das ist traurig.“

Zum ersten Mal Kurzarbeit

Für Hilger war die Coronavirus-Krise die schlimmste, die sie bislang erlebt hat. „Kurzarbeit hatten wir vorher nie.“ Bei Ost-Fenster läuft das Geschäft. „Wir sind dauerhaft auf der Suche nach guten Mitarbei-

tern wie Monteuren oder Kräften für die Produktion oder Verwaltung und haben schon Anzeigen geschaltet“, berichtet Hilger. Homeoffice will sie langfristig nicht einführen. „Bei uns ist

der Kundenkontakt sehr wichtig. Und für die Produktion muss man vor Ort sein.“ Insgesamt findet sie, dass Ost-Fenster gut weggekommen ist in der Krise. „Wir haben ein gut gefülltes Auftragsbuch und sind zuversichtlich.“ ●

„Wir suchen Mitarbeiter“

LYNN HILGER, Direktorin Ost-Fenster

Vom Homeoffice zurück ins Büro

An der Heimarbeit wollen viele Unternehmen auch nach der Corona-Krise festhalten

Von Mara Bilo

Noch nie stand das Homeoffice so im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit wie heute – in der Corona-Krise haben weltweit Millionen von Arbeitnehmern erstmals vom heimischen Schreibtisch aus gearbeitet. So auch in Luxemburg: Das nationale Statistikamt Stavec geht davon aus, dass mehr als zwei Drittel der Arbeitnehmer hierzulande zumindest teilweise während der Krise im Homeoffice gearbeitet haben; noch vor Kurzem waren es lediglich 20 Prozent. Wie die Statistik zeigt, war die Maßnahme für Unternehmen durchaus ein Erfolg. Nach Angaben des Stavec hat sich die Mehrheit der Beschäftigten hierzulande mit der Situation gut arrangiert – unlängst veröffentlichte Zahlen belegen, dass die Erfahrung im Homeoffice von der Mehrheit der Arbeitnehmer (55 Prozent) als „positiv“ bewertet wird. Für 30 Prozent wird die Erfahrung als „neutral“ eingestuft.

Das bestätigt auch die Europäische Investitionsbank-Gruppe (EIB), die knapp 4 000 Mitarbeiter beschäftigt: „Am 13. März wurde die Arbeit fast aller Beschäftigten ins Homeoffice verlegt – ohne dass unsere Aktivitäten dadurch unterbrochen werden mussten“, erklärt Dominique Courbin, „HR Operations“-Direktor. „Ein voller Erfolg, auch wenn wie überall die Umstellung anfangs mit etwas Stress verbunden war.“ Ähnliches berichtet die Spuerkeess, die mehr als 1 800 Mitarbeiter beschäftigt: „Eine sehr große Mehrheit unserer Angestellten konnten ihre Anpassungsfähigkeit unter Beweis stellen“, sagt Generalsekretär Marco Rasqué. „Die Vorteile für die Mitarbeiter sind die bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben, die Zeitersparnis – die Fahrt ins Büro fällt ja weg – und eine bessere Organisation der Arbeitszeit.“

Mit der schrittweisen Lockerung der Beschränkungen wird derzeit in vielen Unternehmen die Rückkehr ins Büro organisiert. Bei der EIB-Gruppe sitzen ab Mitte Juni wieder etwa zehn Prozent des Personals im üblichen Büro; geplant ist eine schrittweise Rückkehr der Mitarbeiter. Das Beratungsunternehmen KPMG Luxembourg, das im Großherzogtum mehr als 1 800 Mitarbeiter zählt, hat seit dem 25. Mai auch einige Mitarbeiter aus dem Homeoffice zurück ins Büro geholt – dennoch „arbeitet die Mehrheit unserer Angestellten aus Sicherheitsgründen weiterhin von zu Hause aus“, wie Troy Bishop, „Head of Marketing and Com-

munications“ bei KPMG Luxembourg, erklärt. Bei der Spuerkeess arbeiten derzeit noch etwa 700 Angestellte von zu Hause aus.

Damit stellt sich die Frage: Bleibt die Möglichkeit, Arbeit ins Homeoffice zu verlegen, für die Mitarbeiter auch nach der Corona-Krise bestehen? Dass sich viele Angestellte Homeoffice auch künftig vorstellen könnten, zeigt sich an den verschiedenen Petitionen, die noch während des Lockdowns bei der Chamber eingegangen sind – bei einigen konnten schon die 4 500 Unterschriften gesammelt werden, die für eine öffentliche Debatte erforderlich sind.

„Niemand wird gezwungen“

Bei der Europäischen Investitionsbank ist Homeoffice bereits seit 2009 eine Option für jene Mitarbeiter, deren Aufgaben mit Homeoffice vereinbar sind, so Courbin. „Für Mitarbeiter, die regelmäßig von zu Hause aus arbeiten, liegt die derzeit zugelassene Arbeitszeit im Homeoffice bei maximal zwei Tagen pro Woche.“ Auch bei KPMG Luxembourg war Homeoffice schon vor Corona Teil der Unternehmenskultur, wie Bishop berichtet: „Alle unsere Mitarbeiter können davon profitieren.“

Dennoch war das längst nicht der Fall in allen Unternehmen. Beispiel Spuerkeess: Dort war es vor der Corona-Krise nicht möglich, von zu Hause aus zu arbeiten. „Wir untersuchen jedoch alle Arbeitsmodelle, die mit dem Bankgeschäft vereinbar sind“, erklärt Rasqué. So auch bei BGL BNP Paribas: „Schon vor der Krise war Homeoffice bei uns ein Projekt, das wir bis spätestens 2021 umsetzen wollten“, erklärt Fabienne Dasnoy, „Head of Corporate Culture & HR Social Responsibility“. Bei der Bank wurde zunächst der Fokus auf andere Lösungen gesetzt, um auf die Mobilitätsprobleme der Mitarbeiter zu antworten, wie Dasnoy betont – beispielsweise durch die Verwendung von Büroräumen an den Landesgrenzen.

Die Corona-Krise führt jedenfalls dazu, dass Homeoffice schneller als geplant Teil der Arbeitsorganisation von vielen Unternehmen wird. Bei der Bank BGL BNP Paribas, die insgesamt 2 350 Mitarbeiter beschäftigt, hat „Anfang März niemand von zu Hause aus gearbeitet. Ende Mai waren es 1 075.“ Die Bank will nun das ursprünglich für 2021 geplante Projekt „Homeoffice“ in diesem Monat starten; ein ganzes Team

soll sich mit der Umsetzung beschäftigen. Konkret steht aber schon fest: „Homeoffice wird eine Option für unsere Mitarbeiter sein; niemand wird gezwungen, von zu Hause aus zu arbeiten“, stellt Fabienne Dasnoy klar. Um eine gute Balance zwischen Unternehmenskultur, Arbeitsorganisation und zwischenmenschlichen Aspekte zu finden, dürften die Mitarbeiter der Bank künftig die Möglichkeit haben, einen Tag pro Woche vom heimischen Schreibtisch aus zu arbeiten.

Auch bei der Spuerkeess wurde nun eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, alle Aspekte rund um die Arbeit in den eigenen vier Wänden zu analysieren, wie Marco Rasqué erklärt. Bei der EIB-Gruppe wird derzeit eine Umfrage durchgeführt, um Lehren aus der Krise zu ziehen. „Es besteht keinen Zweifel daran, dass die Erfahrung der drei vergangenen Monate in künftigen Überlegungen rund ums Homeoffice zählen wird“, sagt Dominique Courbin.

Mögliches Gesetz

Ob und inwieweit Homeoffice in einem Unternehmen gestattet ist, wird grundsätzlich im Arbeitsvertrag oder in einem Kollektivvertrag festgelegt. Dennoch beschäftigt das Thema auch zunehmend die Regierung; erst vor einigen Tagen hatte Arbeitsminister Dan Kersch (LSAP) im Interview mit dem Radiosender „100,7“ die Möglichkeit eines Gesetzes für Arbeit im Homeoffice in Betracht gezogen.

Ende Mai hatte auch Innenministerin Taina Bofferding (LSAP) angekündigt, eine Umfrage bei den rund 16 000 Mitarbeitern der Gemeinden starten zu wollen, um sich über ihre Erfahrung im Homeoffice zu informieren. „Die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten, kann ein Vorteil sowohl für den Arbeitnehmer als auch für den Arbeitgeber darstellen“, wird die Ministerin in einer offiziellen Mitteilung zitiert. Derzeit wird die Umfrage noch fertiggestellt, bevor der Online-Fragebogen an die Mitarbeiter gesandt wird, so Ministeriumssprecherin Na-

thalie Schmit. „Es geht darum, Rückmeldungen zu sammeln, um diese Erfahrungsberichte in die künftigen Diskussionen rund ums Homeoffice einzubeziehen.“ Auch für Beamte des Staatsdienstes wird derzeit an einem neuen, größeren Pilotprojekt über Homeoffice gearbeitet, wie der Minister für den Öffentlichen Dienst Marc Hansen (DP) bei einer öffentlichen Anhör-

rung neuerdings sagte. „Telearbeit war schon eine Priorität vor der Krise“, so der Minister – und wird es auch nach der Krise bleiben.

Arbeitstage im Ausland

Was der Umstellung auf mehr Homeoffice im Weg steht, sind bei Beschäftigten, die nicht in Luxemburg wohnen, steuerliche Aspekte: Die Zahl von Arbeitstagen, die außerhalb der Grenzen Luxemburgs geleistet werden, ist begrenzt – für belgische Pendler gelten

unter normalen Umständen 24 Arbeitstage im Jahr, für deutsche Pendler 19 und für französische Pendler 29. Jeder weitere Arbeitstag über diese Toleranzschwelle wird im Wohnsitzland des Pendlers besteuert. Während der Corona-Krise hatten sich Luxemburg und die Nachbarländer auf eine Lockerung der Toleranzschwelle geeinigt. Wie lange diese Lockerung noch gilt, ist auf Nachfrage beim Finanzministerium nicht zu erfahren. „Die Vereinbarungen mit unseren Nachbarländern über Telearbeit während der Covid-19-Epidemie gelten bis auf Weiteres. Zusammen mit seinen

drei Nachbarländern hält Luxemburg die Lage weiterhin genau im Auge.“ Ob schon Diskussionen mit den Regierungen der Nachbarländer laufen, um die Toleranzschwelle nach der Corona-Krise nach oben zu erweitern, will das Finanzministerium nicht verraten: „Schon vor der Covid-19-Epidemie war Telearbeit für die luxemburgische Regierung eine Priorität. Ziel des Großherzogtums bleibt es, im Austausch mit seinen drei Nachbarländern, Telearbeit für Bürger und Grenzbewohner zu fördern und zu erleichtern.“ mbb

- *Die Corona-Krise*
- *führt dazu, dass Homeoffice schneller als geplant Teil der Arbeitsorganisation wird.*

So teuer kauft man in Luxemburg ein

Um in die Debatte Klarheit zu bringen, ob Kosten für Lebensmittel in Luxemburg höher als in den angrenzenden Regionen sind oder nicht, wurde 2006 entschieden, alle zwei Jahre eine Studie in der Großregion durchzuführen. Nun gibt es neue Ergebnisse.

VON CHRISTIAN MULLER

LUXEMBURG Im November 2019 wurden die Preise von 110 000 Produkten aus 22 Supermärkten, von denen keiner mehr als 50 Kilometer von der luxemburgischen Grenze entfernt liegt, unter die Lupe genommen. Darunter sechs Lebensmittelhändler aus Luxemburg, vier aus Belgien, sechs aus Frankreich und sieben aus Deutschland. Die Resultate der „étude4frontières“ wurden nun vom „Observatoire de la formation des prix“, an dem sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeber beteiligt sind, vorgestellt.

Am günstigsten sind der Studie zufolge die Preise in Deutschland. Sie erreichen im Schnitt nur den Referenzwert 93,2 (100 bezeichnet den Durchschnittspreis in der Großregion). Am teuersten ist das Einkaufen von Lebensmitteln in Belgien (104,6).

Ganze 64,9 Prozent der 2013 identischen Produkte zwischen Deutschland und Luxemburg sind billiger in Deutschland, so die Autoren. 41 Prozent der Produkte sind dabei in Deutschland zehn bis 40 Prozent billiger als im Großherzogtum. Am deutlichsten ist der Preisvor-

teil Deutschlands bei Drogerie-Parfum-Hygiene-Produkten. Zu den wenigen Produkten, die im Großherzogtum billiger als in Deutschland sind, zählen alkoholische Getränke und Kaffee.

Auch deutlich preiswerter als Luxemburg ist Frankreich, mit einem Ergebnis von 94,7. Der Ländervergleich zeigt, dass 65,7 Prozent der 5340 gemeinsamen Produkte in Frankreich billiger sind. Jedoch sind die Unterschiede weniger ausgeprägt als zu Deutschland: Bei 75,3 Prozent der Produkte liegt der Preisunterschied bei weniger als 20 Prozent, so die Studie. Einen deutlichen Preisvorteil für das Großherzogtum gibt es auch hier bei alkoholischen Getränken (18,6 Prozent) – nicht-alkoholische Aperitifs sind jedoch in Frankreich günstiger.

Im Gegensatz zu Deutschland, das im Vergleich zur letzten Ausgabe dieser Studie leicht an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat, konnten Frankreichs Lebensmittelhändler ihre Preis-Attraktivität steigern. Bereits zum dritten Mal in Folge. Vor zwei Jahren waren erst 62,8 Prozent aller untersuchten gemeinsamen Waren billiger als in Luxemburg.

Teurer als Luxemburg und als die Durchschnittspreise in der Großregion ist nur Belgien. Das Land erreichte den Wert 104,6. Die große Mehrheit der 7747 gemeinsamen Produkte zwischen Belgien und Luxemburg (65 Prozent) sind in Luxemburg billiger. Die Preis-Wettbewerbsfähigkeit der belgischen Händler hat sich sogar weiter verschlechtert: 2011 waren erst 49,6 Prozent der Waren billiger in Luxemburg.

Vor allem bei alkoholischen Ge-

tränken wie Digestifs, Likören, Brantweinen sowie Whisky hat Luxemburg einen Preisvorteil gegenüber Belgien (bis zu 43,3 Prozent). Günstiger sind in Luxemburg auch Salz, Pfeffer, Gewürze und Kräuter sowie Teigwaren.

Die Luxemburger Supermärkte konnten ihre Preis-Wettbewerbsfähigkeit, verglichen mit der letzten Studie, stabil halten. Im Großherzogtum liegen die Preise demnach bei 99,9 (2018: 99,6). In den ersten Ausgaben der Studie waren die Preise in Luxemburg noch leicht höher als der Durchschnitt der Großregion.

Im Vergleich der fünf untersuchten Produktkategorien zeigt sich ein ähnliches Bild. Deutlich billiger als in allen drei angrenzenden Regionen ist Luxemburg nur im Bereich Getränke, und das auch nur bei Getränken mit Alkohol. In den anderen vier Kategorien ist Einkaufen in Deutschland und Frankreich billiger. Nur Belgien ist in jedem untersuchten Bereich teurer als Luxemburg.

Auch innerhalb der Länder gibt es deutliche Preisunterschiede zwischen den einzelnen Supermärkten. Von den 16 314 Produkten, die in mindestens zwei luxemburgischen Geschäften erhältlich sind, haben nur 2212 Waren identische Preise. Vier der sechs in Luxemburg untersuchten Supermärkte bieten in vier Bereichen (Getränke, Lebensmittel, Drogerie, frische Produkte) Preise an, die unter dem Durchschnitt der Großregion liegen.

Der Autor ist Redakteur beim Luxemburger Tageblatt.

Arbeitslosenquote verharrt im Mai bei sieben Prozent

LUXEMBURG Verbesserung im Vergleich zu den beiden Monaten davor

Christian Müller

Insgesamt 20.209 Personen waren Ende Mai bei der Luxemburger Arbeitsagentur ADEM eingeschrieben – 5.085 mehr als vor einem Jahr. Das teilte die Behörde am Montag per Pressemitteilung mit.

So düster wie in den beiden Monaten zuvor sehen die Zahlen im Mai 2020 nicht aus. Im Monatsvergleich sind sowohl die Zahl der Arbeitssuchenden als auch die Arbeitslosenquote stabil geblieben. Es sei im Mai jedoch nicht möglich gewesen, jeden Arbeitssuchenden zu empfangen, schreibt die ADEM. Das könne auch zu Schwierigkeiten bei der Datenerfassung führen.

Die Zahl der neu gemeldeten Arbeitssuchenden lag im Mai 2020 mit 1.678 Personen deutliche 19 Prozent unter denen des Vorjahreszeitraums, schreibt die Behörde. Verschlechtert habe sich hingegen die Zahl der Arbeitssuchenden, die einen Job gefunden haben: Nur 1.230 Akten konnten im vergangenen Monat geschlossen werden. Im Mai 2019 waren es praktisch doppelt so viele. Die Suche nach Arbeit wird schwieriger.

Jugendarbeitslosigkeit
bleibt ein Problem

Besonders schlecht sieht es bei jüngeren Menschen aus. Die Zahl der unter 30-Jährigen auf Arbeits-

suche ist innerhalb eines Jahres um 52,9 Prozent (auf 4.463 Personen) gestiegen. Gleichzeitig schrumpft die Zahl verfügbarer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Vor einem Jahr waren 408 Menschen mehr bei solchen Maßnahmen eingeschrieben.

Was die Jugendarbeitslosigkeit angeht, zählt Luxemburg im Europavergleich nicht zu den guten Schülern. Jeder Vierte unter 25, der eine Arbeit sucht, kann keine finden. Das zeigen die Zahlen von Europas statistischem Institut Eurostat. Noch schlechter schneiden innerhalb der EU nur Griechenland, Spanien und Italien ab.

Leicht bessere Zahlen als im Vormonat konnte das Arbeitsamt derweil verkünden, was die Zahl der gemeldeten freien Stellen im Mai angeht. Die Wirtschaft hat insgesamt 2.309 neue Arbeitsplätze gemeldet. Das sind deutlich mehr als im Vormonat (21,8 Prozent), aber immer noch viel weniger (minus 33,4 Prozent) als im Mai 2019.

Zu Jahresbeginn sah die Lage in Luxemburg noch deutlich erfreulicher aus: Damals wurde eine Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent gemessen. Im Monat März ist die Arbeitslosenquote jedoch auf 6,1 Prozent gesprungen. Es war eine direkte Folge der Maßnahmen, die getroffen wurden, um das Coronavirus zu bekämpfen. „Der Zustrom ist hauptsächlich auf Bauarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen zurückzuführen“, erklärte die

ADEM damals.

Im April wurde es nicht besser. Die Arbeitslosenquote kletterte weiter, auf sieben Prozent. Die Zahl der Arbeitssuchenden ist in Luxemburg binnen einem Jahr um 31,1 Prozent gestiegen, so die ADEM damals. Erstmals waren hierzulande mehr als 20.000 Menschen auf Arbeitssuche.

Zahl der Grenzgänger
wächst wieder

Die von Statec erfasste Zahl aller Arbeitsplätze, die im März und April stark eingebrochen war, ist im Monat Mai wieder spürbar gewachsen. Fast 4.000 neue Stellen wurden im Laufe des Monats geschaffen. Dies haben neue Daten ergeben.

Insgesamt liegt die Zahl aller Beschäftigten (aktuell: 469.542) jedoch immer noch unter jener vor der Krise (474.658 Beschäftigte). Luxemburg hat somit heute 5.116 Arbeitsplätze weniger als Ende Februar.

Auch wieder zugelegt hat im Mai die Zahl der Grenzgänger. Sie hatte nur im Monat März einen deutlichen Rückgang verzeichnet. Im April stieg ihre Zahl bereits wieder um etwa 150 Personen an. Im Mai war es ein Plus von 775 Personen. Die Zahl der nunmehr 202.178 Grenzgänger ist aber immer noch niedriger als vor der Krise (Februar 2020: 205.719 Personen).



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Triple-A immun gegen Corona

Trotz massiver Rettungsmaßnahmen droht Luxemburg derzeit keine Herabstufung seiner Kreditwürdigkeit

von Thomas Klein

Kaum eine Hochglanzbroschüre, die für den Wirtschaftsstandort Luxemburg wirbt, kommt ohne den Verweis auf das AAA-Rating des Landes aus. Das Großherzogtum ist zurecht stolz auf die Bestnote in Bezug auf seine Kreditwürdigkeit, die es in aller Regelmäßigkeit einheimst. Das Gütesiegel „Triple-A“ sorgt nicht nur dafür, dass das Land sich günstig neues Geld am Anleihenmarkt besorgen kann. Es ist auch für ausländische Unternehmen, vor allem Finanzfirmen, ein wichtiges Argument, wenn sie erwägen, in welchem Land sie eine Niederlassung eröffnen wollen.

Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise und der massiven Ausgabenprogramme stellt sich aber zunehmend die Frage, ob Luxemburg nicht Gefahr läuft, seine Topbewertung zu verlieren. Das aktuelle Rettungspaket sieht Ausgaben von elf Milliarden Euro vor, was 18 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entspricht. Die direkten Ausgaben entsprechen fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes, der Spitzenwert in der EU. Da die Krise bei weitem noch nicht ausgestanden ist, kann man davon ausgehen, dass sich dieser Anteil im Laufe des Jahres noch erhöhen dürfte. Aktuell rechnet die Ratingagentur Moody's damit, dass die luxemburgischen Staatsschulden von 22,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes im vergangenen Jahr auf knapp unter 30 Prozent in diesem Jahr und in 2021 steigen werden. „Die Regierung wird die Lage weiterhin verfolgen und darauf hinarbeiten, dass das beste Rating gesichert bleibt, so wie dies im Koalitionsabkommen festgehalten wurde“, versichert ein Sprecher des Finanzministeriums.

Fiskalischer Spielraum

Trotz des Anstiegs geht aktuell auch keine der Ratingagenturen davon aus, dass Luxemburg eine Herabstufung bevorsteht. „Wir rechnen nicht damit, dass die Rettungspakete negative Folgen für die Kreditwürdigkeit des Landes haben. Ein Grund dafür ist, dass Luxemburg sich erheblichen fis-

kalischen Spielraum erarbeitet hat. Das Land hat in den letzten Jahren immer wieder Überschüsse erzielt und die Staatsverschuldung war im Vergleich zu anderen Ländern der Eurozone immer sehr niedrig“, sagt Marko Mrsnik, der als Kreditanalyst bei der Ratingagentur S&P Global Ratings unter anderem für Luxemburg zuständig ist.

Selbst unter den anderen Musterschülern der AAA-Gruppe hat Luxemburg eine niedrige Staatsverschuldung. „Aber die geringe Größe der luxemburgischen Volkswirtschaft macht auch einen niedrigeren Schuldenstand für ein Triple A Rating notwendig. Kleinere Länder sind etwas anfälliger für die Auswirkungen externer Schocks. Hinzu kommt die starke Ausrichtung auf einen Sektor, die Finanzbranche“, sagt Steffen Dyck, Analyst bei Moody's. Für die Bewertung der Ratingagenturen ist aber nicht nur der Schuldenstand im Verhältnis zur Wirtschaftsgröße entscheidend, sondern eine Reihe andere Indikatoren wie die Stärke der Institutionen, das Wirtschaftswachstum über einen längeren Zeitraum, die Wettbewerbsfähigkeit oder das Pro-Kopf-Einkommen. Alles Bereiche, in denen Luxemburg gut abschneidet. Daneben fließt die Schuldenstruktur in die Bewertung ein. Hier ist zum Beispiel entscheidend, wie kurzfristig die Anleihen eines Landes fällig werden. Laut Marko Mrsnik lag die durchschnittliche „Maturität“ der luxemburgischen Anleihen Ende 2019 bei fünf Jahren, im internationalen Vergleich ist das ein recht langer Zeitraum. Ein weitere wichtiger Faktor ist der Anteil der Verschuldung in Fremdwährungen, da Wechselkurschwankungen schnell zu einem Problem für ein Land werden können, wenn es seine Schulden in der Währung eines anderen Staates zurückzahlen muss. Während das gerade für viele Entwicklungsländer, die sich in Dollar verschuldet haben, bald eine Herausforderung werden dürfte, stellt sich die Frage für Luxemburg nicht, da es aktuell laut Mrsnik keine Schulden in anderen Währungen hat. Da-

neben liegt der Anteil der luxemburgischen Staatsschulden, die von Ausländern gehalten werden gemäß Eurostat bei etwa 40 Prozent. Damit liegt das Großherzogtum unter dem EU-Durchschnitt.

Ein weiterer Anlass für Optimismus, dass Luxemburg sein Top-Rating behalten kann, liegt für die Analysten in der Tatsache, dass die Finanzierungskosten für Staatsschulden im letzten Jahrzehnt deutlich gefallen sind. „Wenn wir vor die globale Finanzkrise zurückgehen, hatte Luxemburg eine implizite Zinslast von etwa vier Prozent. 2019 waren die Zinsen bei ungefähr einem Prozent. Aktuell gehen wir davon aus, dass das nicht sehr signifikant ansteigen wird, selbst bei den beschlossenen Maßnahmen und der entsprechenden Zunahme der Schulden“, sagt Steffen Dyck. Allerdings könnte die Tatsache, dass gerade nahezu alle europäischen Staaten in großem Maßstab neue Schulden aufnehmen, dafür sorgen, dass die Zinsen steigen, wenn das Angebot an Staatsanleihen schneller wächst als die Nachfrage. „Natürlich sehen wir im Moment eine große Menge an Neuemissionen, viel mehr als im vergangenen Jahr. In dieser Hinsicht war die Reaktion der Europäischen Zentralbank mit massiven Anleihenkäufen sehr wichtig, weil sie einen Teil des zusätzlichen Angebots absorbiert hat“, so Marko Mrsnik. „Damit hat sie einen wichtigen Beitrag geleistet, um die staatlichen Finanzierungskosten zu stabilisieren oder sogar zu senken.“

Unsichere Voraussagen

Trotz der enormen Kosten sehen die Analysten die staatlichen Rettungspakete grundsätzlich nicht negativ für die Kreditwürdigkeit eines Landes. „Wir denken, dass die Rettungspakete notwendig sind, um die produktiven Kapazitäten eines Landes zu erhalten. Ohne diese Maßnahmen wären die Folgen für die Ökonomie und die wirtschaftlichen Strukturen viel schwerwiegender und langfristiger. Entsprechend größer wären die negativen Auswirkun-

gen auf die Fähigkeiten der Staaten, Steuereinnahmen zu erzielen und damit auf seine Kreditwürdigkeit in den folgenden Jahren“, sagt Marko Mrsnik.

Die Einschätzung der Analysten gehen von dem Szenario aus, dass die luxemburgische Wirtschaft im ersten und zweiten Quartal des Jahres stark einbricht und dann in der zweiten Jahreshälfte auf einen Erholungskurs schwenkt. Moody's rechnet zum Beispiel derzeit für 2021 von einem Wirtschaftswachstum von drei bis fünf Prozent, nach einem Rückgang von 4,5 bis 6,5 Prozent in diesem Jahr. Aktuell stehen aber notwendigerweise alle Voraussagen auf wackligen Beinen. Sollte es statt der schnellen Erholung zu einer lang anhaltenden Rezession kommen, kann sich die Einschätzung der Ratingagenturen zur Kreditwürdigkeit schnell ändern.

„Aktuell gehen wir davon aus, dass es auch das Ziel der Regierung sein wird, diesen Schuldenstand wieder zu senken. Einerseits mithilfe eines stärkeren Wachstums und andererseits dadurch, dass die Staatsausgaben auch wieder zurückgefahren werden würden. Wenn das, aus welchen Gründen auch immer, nicht der Fall ist und wir einen langfristig starken Anstieg der Staatsschulden bei Verschlechterung der Schuldentragfähigkeit sehen, kann das zu einer negativen Rating-Aktion führen“, sagt Steffen Dyck. „Daneben kann die Krise natürlich auch bestimmte politische Risiken hervorrufen. Sollte es zum Beispiel erneut zu Spannungen in der Euro-Zone kommen, dürfte das negative Auswirkungen auf das Wachstum und die Finanzsituation Luxemburgs haben.“

Marko Mrsnik sieht die Eurozone aber heute deutlich besser gerüstet, um den Wirtschaftseinbruch zu bewältigen als zu Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008. „Ich denke, heute ist allen klar, dass eine koordinierte fiskal- und geldpolitische Reaktion der Schlüssel für den Umgang mit der Krise ist“, sagt er.

Fünf Milliarden Defizit

Conseil national des finances publiques untersucht Entwicklung der Staatsfinanzen

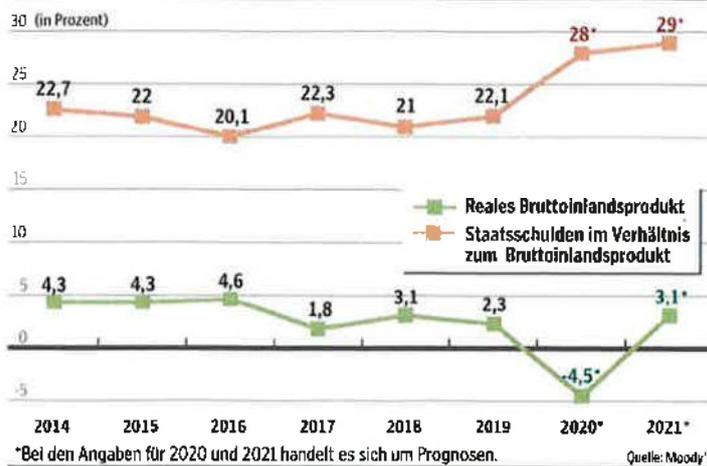
Luxemburg. Es gibt wohl kein EU-Land, das sich über die Entwicklung seiner öffentlichen Finanzen freut. Das ist für Luxemburg nicht anders, obwohl das Großherzogtum sich auf den Finanzsektor stützen kann, der von dieser Krise kaum bis gar nicht betroffen ist. Dennoch: 2020 sprudeln aus dem Staatstopf keine 700 Millionen Euro Überschuss. Dort klafft dieses Jahr ein riesiges Loch in Höhe von fünf Milliarden Euro. Zwar reduziert sich das Defizit bis 2021 auf zwei Milliarden Euro, be-

ruhigend ist das allerdings nicht.

Der Conseil national des finances publiques hat die Zahlen untersucht und meint, es gäbe keinen Grund zur Panik, allerdings müsse man die Entwicklung im Auge behalten.

Bei den Praktiken der Fonds d'investissement spécialisés (FIS) auf dem Immobilienmarkt bleiben indes auch nach einer Sitzung der parlamentarischen Finanzkommission viele Fragen offen. *MaH/mig*

Covid-Krise: Luxemburgische Staatsverschuldung steigt deutlich



Gewaltiges Loch in der Staatskasse

Nationaler Finanzrat untersucht Entwicklung der öffentlichen Finanzen 2020 und 2021

Von Michèle Gantenbein

Die Covid-19-Krise hat einen erheblichen Impakt auf die öffentlichen Finanzen. „Das ist kein Grund in Panik zu geraten, aber es ist wichtig, diesen Impakt im Auge zu behalten“, sagte Romain Bausch, Vorsitzender des Conseil national des finances publiques (CNFP) gestern. Der nationale Finanzrat hat die Entwicklung der öffentlichen Finanzen auf Basis des nationalen Stabilitäts- und Wachstumsprogramms (PSC) untersucht. Ein Programm, das die Regierung im April wegen der Covid-19-Krise kurzfristig abändern musste. Im März hat die EU-Kommission die Haushaltsregeln bis auf Weiteres ausgesetzt, sodass die Mitgliedstaaten sich in unbegrenzter Höhe verschulden können und das mittelfristige Haushaltsziel (OMT) nicht einhalten müssen. Auch Luxemburg greift für 2020 auf diese Möglichkeit zurück. Das ist aus Sicht des CNFP auch gerechtfertigt, denn die Aussichten sind alles andere als rosig.

Auch wenn das mittelfristige Haushaltsziel (Objectif à moyen terme) nicht eingehalten muss, hat der CNFP das OMT berechnet. 2019 hält Luxemburg das mittelfristige Haushaltsziel von 0,5 Prozent problemlos ein. Ab 2020 ist das nicht mehr der Fall. Laut der Berechnungsmethode der Regierung (COM-LUX) erreicht Luxemburg 2020 ein OMT von minus fünf Prozent (2021: -1,3 Prozent), laut der europäischen Rechnungsmethode liegt das OMT bei -2,6 Prozent (2021: 0,7 Prozent).

Makroökonomische Aussichten

Für 2020 wurde die Wirtschaftsleistung von +2,4 auf minus sechs Prozent des BIP revidiert, für 2021 geht die Regierung von einem Wachstum von sieben Prozent aus (statt 3,5 Prozent). Das Statec hat ein noch pessimistischeres Szenario erstellt, mit einem Minus von 12,4 Prozent (2020) und einem Plus von 2,1 Prozent (2021). Der CNFP

bedauert, dass die Regierung dieses Szenario in ihren Kalkulationen nicht berücksichtigt hat und fordert sie auf, in Zukunft auch Alternativszenarien heranzuziehen.

Die Covid-19-Krise lässt die Arbeitslosigkeit ansteigen, auf 6,7 Prozent dieses Jahr und 7,2 Prozent nächstes Jahr. Der Beschäftigungszuwachs wird für 2020 auf 0,7 Prozent und 2021 auf ein Prozent geschätzt. Ursprünglich ging man von jeweils drei Prozent Wachstum aus.

Weniger Einnahmen, mehr Ausgaben

Die Einnahmen und Ausgaben klaffen weit auseinander. Die Einnahmen von 2020 wurden von +4,5 auf -8,2 Prozent revidiert, die Ausgaben von +6,8 auf +15 Prozent. 2021 sollen die Einnahmen um 7,8 Prozent steigen, die Ausgaben lediglich um drei Prozent zurückgehen. Daraus ergibt sich ein gesamtstaatliches Defizit von fünf Milliarden Euro für 2020 (8,5 Prozent des BIP) und von zwei Milliarden Euro für 2021 (drei Prozent des BIP). Diese Zahlen berücksichtigen nicht das Konjunkturpaket der Regierung in Höhe von 700 bis 800 Millionen Euro. Ursprünglich war die Regierung von einem Überschuss von 700 bzw. 900 Millionen Euro ausgegangen. Das Defizit macht sich vor allem beim Zentralstaat bemerkbar (4,9 Milliarden Euro). 2021 klafft beim Zentralstaat noch ein Loch von 2,1 Milliarden Euro in der Kasse.

Gemeinden: 372 Millionen im Minus

Bei den Gemeinden ging die Regierung für 2020 von einem Überschuss von 340 Millionen Euro aus. Im April hat das Statec die Zahlen nach unten revidiert, auf minus zwölf Millionen Euro. Die Ursache ist noch unklar. Ein Grund könnte sein, dass die Gemeinden den Überschuss für Investitionen eingeplant haben. Jedenfalls wurde aus einem Überschuss von 340 Millionen Euro ein Defizit von 372

Millionen Euro. Das ist ein Unterschied von rund 700 Millionen Euro. Der CNFP erwartet von der Regierung Erklärungen für die im April nach unten revidierten Zahlen. 2021 werden die Gemeinden auch mit einem Defizit (-150 Millionen Euro) abschließen.

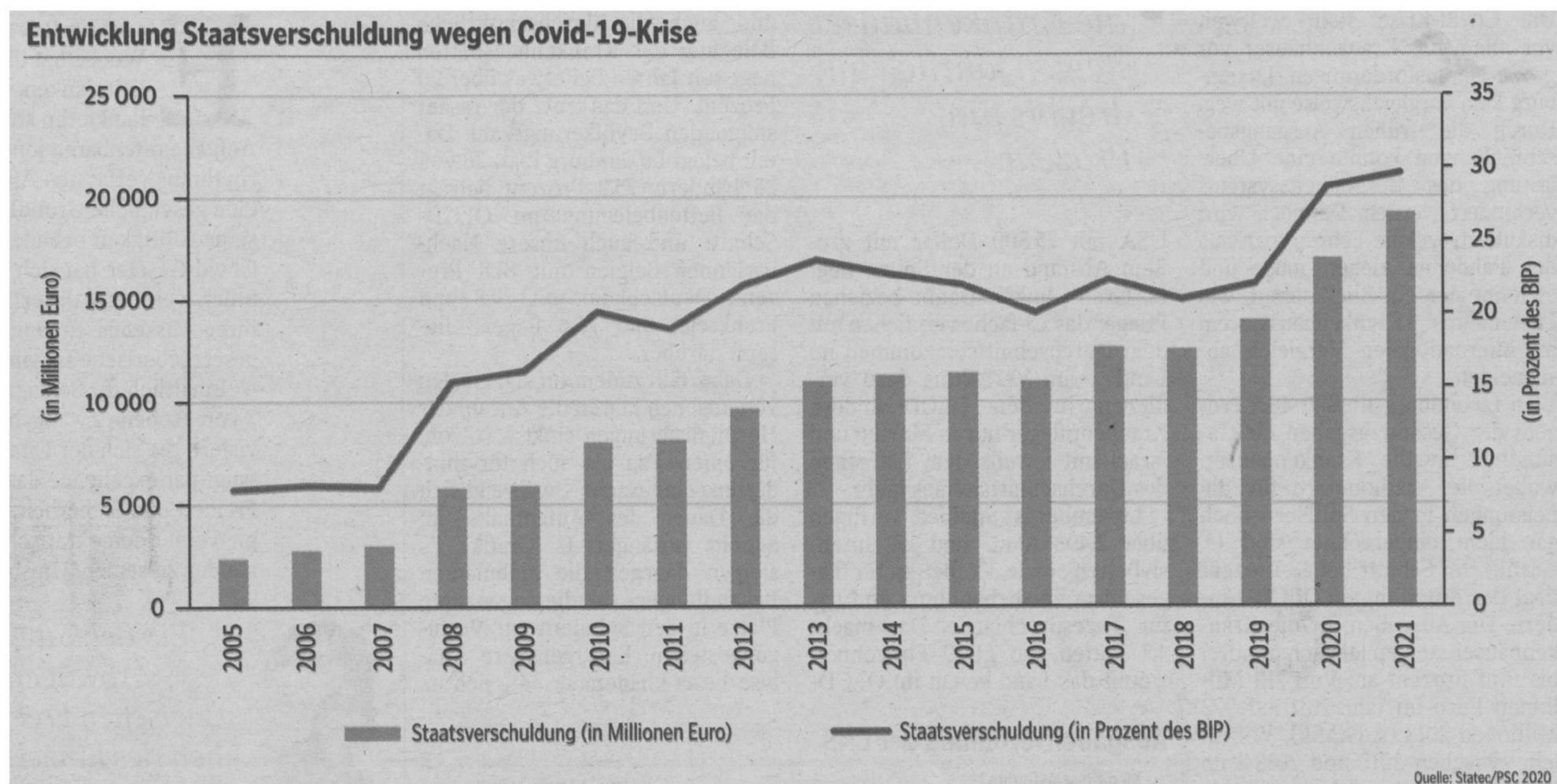
Die Sozialversicherung wird keinen Überschuss von 1,1 Milliarden Euro erzielen. Wegen rückläufiger Beitragszahlungen und steigenden Kosten, zum Beispiel durch den Sonderurlaub aus familiären Gründen, schrumpft der Überschuss 2020 auf 281 Millionen (2021: 342 Millionen Euro). Diese Zahlen beinhalten die Reserven aus dem Rentenkompen-sationsfonds. „Ohne diese Reserven wäre die Sozialversicherung 2020 und 2021 ebenfalls im Defizit“, so Bausch.

Staatsverschuldung steigt auf 29,4 Prozent des BIP

Die Staatsverschuldung steigt ohne das Konjunkturpaket von 700 Millionen Euro von 14 Milliarden (2019) auf 17 Milliarden Euro (2020) und 2021 auf 19,224 Milliarden Euro. Sie steigt also von 22,1 auf 28,7 und danach auf 29,6 Prozent des BIP.

Neu im Wachstums- und Stabilitätsprogramm ist die Reklassierung der Krankenhäuser. Sie sind jetzt Teil der Administrations publiques (vorher Sociétés non financières). Der CNFP kann diese budgetäre Umschichtung nicht nachvollziehen und fordert von der Regierung Erklärungen und mehr Transparenz in dieser Angelegenheit.

Mit Blick auf die Haushaltsplanung und die mehrjährige Finanzplanung, die im Oktober vorgestellt wird, fordert der CNFP die Regierung auf, Prognosen zur mehrjährigen Entwicklung vorzulegen, um feststellen zu können, ob Luxemburg das OMT mittelfristig wieder erreicht und ob die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen nicht gefährdet ist.



„Der Luxemburger Markt ist zu klein“

Die Bausparkasse Schwäbisch Hall nimmt ab 2021 im Großherzogtum keine Neukunden mehr an

Von Thomas Klein

Fast 30 Jahre lang hat die Schwäbisch Hall Luxemburger dabei unterstützt, ihren Traum vom Eigenheim zu finanzieren. Damit ist bald Schluss. Denn ab dem 1. Januar 2021 stellt die Bausparkasse ihr Neukundengeschäft in Luxemburg ein.

„Es ist bekannt, dass das gesamte Bauspargeschäft durch die langanhaltende Niedrigzinsphase stark unter Druck geraten ist“, erklärt Regina Sofia Wagner, Bereichsleiterin Kommunikation bei der Schwäbisch Hall, die Entscheidung. Als weiteren Grund für die Aufgabe des luxemburgischen Marktes nennt Wagner die Erneuerung der IT-Infrastruktur der Bank. „Wir sind gerade dabei, unser Kernbanken-System komplett umzustellen. Für Luxemburg gibt es eine eigene Regulatorik beim Bausparen und es sind spezielle Prozesse notwendig. Daher müsste das neue System daran angepasst werden und eigene „Prozessstraßen“ für das luxem-

burgische Geschäft gebaut werden. Dafür wären sehr hohe Investitionen notwendig gewesen“, so Wagner.

Geschäft von 4,6 Milliarden Euro

Diese Ausgaben wollte das Unternehmen offenbar angesichts der geringen Größe des Luxemburger Geschäfts nicht auf sich nehmen. „Mit ungefähr 650 000 Einwohnern ist Luxemburg nun mal leider ein kleiner Markt und die Investitionen, die dem gegenüberstehen, sind schon beträchtlich“, sagt Wagner. „Im Bereich Bausparen beläuft sich unser Geschäft hier auf etwa 4,6 Milliarden Euro. Das sind gerade mal 1,4 Prozent unseres Bausparvolumens in Deutschland.“ Außerhalb Deutschlands ist die Schwäbisch Hall noch in China, der Slowakei und Ungarn aktiv. „In China und Osteuropa ist unser Geschäft grundsätzlich anders aufgebaut. Dort haben wir Beteiligungen, während wir in Luxemburg eine richtige Niederlassung haben“, sagt Wagner. Derzeit hat die Bausparkasse in Luxem-

burg etwa 57 000 Bestandskunden. Diese würden auch nach dem Jahreswechsel weiterhin betreut, versichert Wagner.

„Die bestehenden Kunden werden relativ wenig von der Entscheidung bemerken. Es wird weiterhin ein eigenes Team vor Ort geben, das die Kunden auf deutsch und französisch berät“, so die Sprecherin des Unternehmens. Schwäbisch Hall unterhielt Vertriebspartnerschaften in Luxemburg mit ING, Raiffeisen und BGL BNP Paribas. „Wir werden in den kommenden Wochen zusammen mit Schwäbisch Hall diskutieren, in welcher Form dann die Betreuung weiterlaufen wird“, sagt Yves Biewer aus dem Vorstand der Banque Raiffeisen. „Wir haben ja in vielen Fällen die Verträge vermittelt. Daher wird der Ansprechpartner für unsere Kunden nach wie vor die Banque Raiffeisen sein.“

● Wichtigster
● Ansprechpartner
bleibt die Bank.

Yves Biewer



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Neu am Steuerknüppel

Luxair-Chef Gilles Feith setzt trotz Krise auf den Elan des Unternehmens

Luxemburg. Inmitten der heftigsten Krise, die die Luftfahrtbranche bisher durchmachen musste, bekommt Luxemburgs Airline einen Seiteneinsteiger als neuen Chef.

Das einzige Rezept angesichts der aktuellen Situation sieht er in der Flexibilität der kleinen Luxair und ihrer Agilität, sich den Gegebenheiten schnell anzupassen. Dass Feith selbst nicht aus der Luftfahrt kommt, sieht der ehemalige Staatsbeamte nicht unbedingt als Hinderungsgrund an – und wenn, dann liebt gerade er es als pas-

sionierter Läufer bei Extremhindernissen, Hürden zu überwinden.

„Ein Unternehmen braucht unterschiedliche Berufsprofile, und vielleicht ist es gut, dass ich mit etwas Abstand die Dinge analysieren kann“, so Feith. Ziel sei es, den 3 000 Mitarbeitern ein zuverlässiger Arbeitgeber zu sein und den Kunden einen guten Service bieten zu können. Entschlossen und ambitioniert könne Luxair die Krise meistern, so der Airline-Direktor. *MeM*

CFL mit Rekordergebnis

Luxemburgs Eisenbahn fährt höchsten Gewinn der Firmengeschichte ein

Von Marco Meng

Während andere Eisenbahngesellschaften chronisch Verluste einfahren, fuhr die CFL letztes Jahr einen Nettogewinn von 17,8 Millionen Euro ein, eine Steigerung um 78 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das gab die luxemburgische Eisenbahngesellschaft gestern bekannt.

Nach Jeannot Waringo, Verwaltungsratspräsident der Luxemburger Eisenbahngesellschaft, ist es „das höchste Resultat, das wir bislang hatten.“ Waringos Amtszeit ist vor kurzem von den drei Aktiönären Großherzogtum (94 Prozent), Belgien (vier Prozent) und Frankreich (zwei Prozent) verlängert worden, der darauf hinweist, dass die Anteilseigner auf ihre Dividende verzichten und das Geld somit für weitere Investitionen in der Gesellschaft bleiben.

Den Umsatz steigerte die Société Nationale des Chemins de Fer Luxembourgeois (CFL) letztes Jahr um zwei Prozent auf 910,5 Millionen Euro. „Unsere Finanzsituation ist gut. Das verleiht der Gruppe immense Stabilität“, kommentierte der CFL-Präsident.

Ein Grund für das gute Geschäftsergebnis dürfte die stetig zunehmende Zahl an Fahrgästen sein, die sich seit 2010 um 39 Prozent erhöhte. 2019 waren es 25 Millionen Personentransporte, die die CFL durchführte. Seit 2003 befördert das Unternehmen damit 85 Prozent mehr Passagiere und zählt „auf allen Linien mehr Fahrgäste“, so CFL-Generaldirektor Marc Wengler.

Positives Ergebnis
beim Frachttransport

Den Gütertransport konnte die CFL seit 2010 verdreifachen, allerdings unterliegt dieses schwierige Geschäft starken Schwankun-

gen, so dass beispielsweise 2017 und 2018 ein Verlust zu Buche stand. Letztes Jahr allerdings schloss auch dieser Geschäftsbereich bei der CFL mit positivem Ergebnis von 2,5 Millionen Euro. Dies auch Dank des 2017 eingeweihten Multimodal-Terminals in Bettemburg, und zählte 2 440 Millionen Tonnenkilometer. Neue Ziele wie Gent und Barcelona kamen letztes Jahr hinzu. Die neue Zugverbindung nach Poznan in Polen ist derzeit wegen der Krise auf Eis gelegt. Über diese Verbindung sollen Frachtvolumen von China nach Bettemburg kommen.

Damit mehr Warenverkehr in Europa auf die Schiene kommt, müssten einheitliche technische und gesetzliche Standards her, wie es sie im Straßenverkehr bereits gibt, so Wengler.

Operationell steigerte die CFL das Bruttoergebnis (EBITDA) von 2018 auf 2019 von 83,8 Millionen

● *Das beweist, dass*
● *wir uns permanent modernisieren.*

Marc Wengler, CFL-Chef

Euro auf 94,0 Millionen Euro, ein Plus von 12,2 Prozent. Der Cashflow belief sich im letzten Jahr auf 88,9 Millionen Euro. Im Vorjahr waren es 78,1 Millionen Euro gewesen.

Mehr Investitionen,
mehr Mitarbeiter

Marc Wengler dazu: „Unsere Strategie hat sich nicht geändert, Sicherheit und Qualität stehen an erster Stelle.“ 455 Neueinstellungen gab es letztes Jahr, das sind 174 Beschäftigte mehr. Insgesamt zählt die CFL-Gruppe damit 4 800 Mitarbeiter. „Die Größenordnung der Neueinstellung wird auch die nächsten Jahre über so bleiben“,

sagt Wengler. CFL hat heute über 1 000 Mitarbeiter mehr als 2010. Auch investiert wird weiter. Im letzten Jahr waren es 77,8 Millionen Euro gegenüber 55 Millionen Euro 2018. Seit 2010 wendete die CFL damit fast eine Milliarde Euro für Investitionen auf. „Das beweist, dass wir uns permanent modernisieren“, so Wengler.

Letztes Jahr konnten mit dem Viaduc Pulvermühle und dem zweigleisigen Ausbau der Strecke Sandweiler-Contern zwei wichtige Projekte abgeschlossen werden; derzeit läuft noch der Ausbau des Hauptbahnhofs in Luxemburg-Stadt.

Weiter will die CFL in den nächsten Jahren tausend neue Parkplätze pro Jahr an den Bahnhöfen schaffen, was die Zahl der Zugreisen erhöhen könnte. Punkten kann die CFL auch damit, dass sie letztes Jahr die Pünktlichkeit auf 90 Prozent verbesserte, ausgefallene Züge mit eingerechnet.

Was bislang noch keinen Gewinn macht, ist die Carsharing-Sparte Flex. Die Firma müsse erst noch eine gewisse Größe bekommen, um Gewinne einfahren zu können, hieß es dazu, es zeige sich aber ein positiver Trend.

Ohne Virus, so die CFL gestern, wäre das Resultat 2020 wahrscheinlich ebenso gut wie im letzten Jahr. Dank des im März 2020 eingeführten Gratistransports – der Staat zahlt für den öffentlichen Verkehr insgesamt rund 41 Millionen Euro pro Jahr – musste die CFL nicht wie andere Bahnunternehmen einen herben Rückgang einstecken. Nur die Einnahmen aus dem Frachtgeschäft gingen deutlich zurück. Wenn keine zweite Epidemie-Welle kommt, rechnet die CFL für dieses Jahr mit 15 Prozent weniger Umsatz, was ein gutes Ergebnis wäre.

Der Extrem-Hindernisläufer

Gilles Feith wurde als Branchenfremder Chef von Luxair - Der Mann liebt es, Hürden zu überwinden

Interview: Marco Meng

Nach 15 Jahren an der Spitze hat Adrien Ney seinen Ruhestand angetreten und den Chefposten bei Luxair an den Staatsbeamten Gilles Feith (44) übergeben. Ein Seiteneinsteiger just in der Zeit der größten Krise der Luftfahrt? Fünf Jahre leitete Feith das Centre des technologies de l'information de l'Etat (CTIE) und verantwortete zuletzt die nationale Corona-Krisenzelle, wo er sich um die Logistik kümmerte. Vielleicht prädestiniert ihn auch sein Hobby für den Job: Feith liebt Extremhindernislauf.

Gilles Feith, wie war Ihre erste Arbeitswoche?

Die erste Woche war ein einziges großes Factfinding, und ich muss sagen, ich bin positiv überrascht über die vielen guten Mitarbeiter, denen ich begegnet bin. Es ist sehr viel Elan im Unternehmen. Größte Sorgenkinder sind momentan die Airline und Luxair-Tours. Jetzt müssen wir es gemeinsam fertigbringen, dass die Leute wieder fliegen. Ich selbst habe die Chance genutzt, mit meinen Kindern übers Wochenende nach Hamburg zu fliegen, nachdem wir zuvor in der Covid-Zeit nicht viel gemeinsam unternehmen konnten. Wir befinden uns in einer sehr turbulenten Zeit. Jeden Tag haben wir Besprechungen, um zu sehen, wie wir diese Krise zusammen meistern.

Sie selbst haben beruflich keine Erfahrung in der Luftfahrt. Was prädestiniert Sie für diesen Job?

In einem Unternehmen braucht man unterschiedliche Profile. Es kann, so denke ich, auch von Vorteil sein, wenn man mit einem gewissen Abstand die Analysen macht, die in der aktuellen Lage gemacht werden müssen. Wie gesagt, ich war in Hamburg, und der Flughafen dort war gespenstisch leer. Die Luftfahrtbranche ist in ihrer schwersten Krise. Was prädestiniert mich? Ich arbeite gerne mit Menschen zusammen, ich arbeite, um Lösungen für komplexe Situationen zu finden. Seit dem 29. Mai haben wir den Flugverkehr aufgenommen, und ich bin froh sagen zu können, dass alle

Flüge bislang profitabel sind und wir dabei kein Geld verlieren. Am Freitag hatten wir auch mehr als 3 000 Buchungen, eine Zahl, wie wir sie sonst nur zur „Vakanzefoire“ kannten. Die Leute wollen also fliegen.

Sie gelten als „harter Hund“. Hat der Staat als Hauptaktionär Sie als „Aufräumer“ bestellt?

(Lacht.) Ich kenne den Ausdruck „harter Hund“ nicht. Aber ich bin ein relativ anspruchsvoller Mensch, bin aber ebenso einer, der wirklich gerne mit anderen zusammenarbeitet. Natürlich werde ich auch ungeduldig, wenn ich keine Fortschritte sehe. Die aktuelle Situation in der Branche gibt uns die Chance, uns als kleine Airline anzupassen, schneller als die großen das können. Das sind Dinge, da muss man entschlossen und ambitioniert reagieren, wobei auch jeder mitmachen muss, denn sonst funktioniert es nicht.

Die Luftfahrt verändert sich - inwieweit wird sie sich in Zukunft noch mehr verändern?

Den Trend, den ich zurzeit in der Luftfahrtbranche sehe und den ich gar nicht gut finde, ist, dass sich viele Firmen jetzt ihres Personals entledigen, um sich damit die Rentabilität zu retten. Das ist meiner Meinung nach der falsche Weg. Luftfahrt und alle Unternehmen müssen mit dem „Humankapital“ arbeiten.

Das heißt, bei Luxair sind keine Entlassungen zu befürchten?

Nein, auch wenn wir jetzt eine Krise haben, wäre es heute zu früh zu sagen, man müsste nun Leute entlassen. Wir sind in einer Krise und müssen schauen, was das Geschäftsmodell von morgen ist. Führt man morgen das Geschäftsmodell von gestern weiter, dann braucht man sicherlich weniger Menschen. Eine andere Möglichkeit ist, Neues hinzuzunehmen und Neues abzudecken. Das ist schwieriger, auch mit mehr Risiko verbunden, aber sichert Flotte und Arbeitsplätze. Darum müssen Kunden auch verstehen: Wenn wir neue Destinationen anfliegen wie jetzt im

Sommer Salzburg und Innsbruck, muss das nicht notwendigerweise heißen, dass die ewig angeflogen werden. Wir als Airline schauen, was funktioniert und wofür ein Bedarf besteht. Was die Luftfahrt von morgen betrifft, so ändern sich wahrscheinlich Geschäftsreisen, aber langfristig werden auch Geschäftsreisen wieder einen Aufschwung erleben. Beim Tourismus geht der Trend weg vom Massentourismus, und darauf müssen wir reagieren, um den Kunden zufriedenzustellen.

Die Kurzstrecke steht derzeit auch wegen des ökologischen Fußabdrucks in der Kritik. Wie sehen Sie das? Oder wird es irgendwann längere Strecken mit anderen Luxair-Maschinen geben?

Man kann Flüge nach Frankfurt oder Paris als Kurzstrecke sehen, doch zumeist sind diese Flüge „Zubringerdienste“ zu ferneren Zielen. Das sollte nicht in Frage gestellt werden. Ich bin nicht dagegen, wenn jemand irgendwohin will und er dafür eine gute Zugverbindung dorthin nutzt. Aber kaum jemand fliegt mit uns zum Charles-de-Gaulle, um einen Paris-Bummel zu machen, sondern sie steigen dort um und fliegen weiter. Und wer nach Paris will, der nutzt die exzellente Zugverbindung, die es von Luxemburg aus dorthin gibt.

Haben kleine Regionalairlines wie Luxair aber überhaupt eine Zukunft?

Unter der Covid-Epidemie leiden mittelfristig jedenfalls Langstreckenflüge mehr als Kurzstreckenflüge. Das einzige Rezept angesichts der aktuellen Situation ist Flexibilität und sich den Gegebenheiten schnell anpassen zu können. Und das versuchen wir als Luxair. Was geschieht, wenn eine zweite Pandemiewelle kommt? Was geschieht bei neuen Reglementationen? Da ist Luxair wie das Luxemburger Wirtschaftsmodell selbst: wir versuchen, einen Platz in einer Nische auszufüllen und etwas zu tun, was andere so nicht tun.

Welche Ziele haben Sie sich bei Luxair gesetzt?

Ich will erreichen, dass Luxair als eines der Flaggschiffe unserer Wirtschaft zuverlässig bleibt. Wir haben 3 000 Mitarbeiter, und die sollen einen stabilen Arbeitgeber haben und wissen, wir arbeiten alle für ein gemeinsames Ziel. Für mich ist auch wichtig, dass ein Unternehmen ökonomisch, ökologisch und sozial Verantwortung trägt. Nicht jeder Kunde sucht den billigsten Preis. Gesucht wird eine gute Flugverbindung, eine anständige Dienstleistung, keine bösen Überraschungen, sondern Klarheit, und aktuell auch, dass alles getan wird, um die Gesundheit der Passagiere beim Reisen zu schützen.

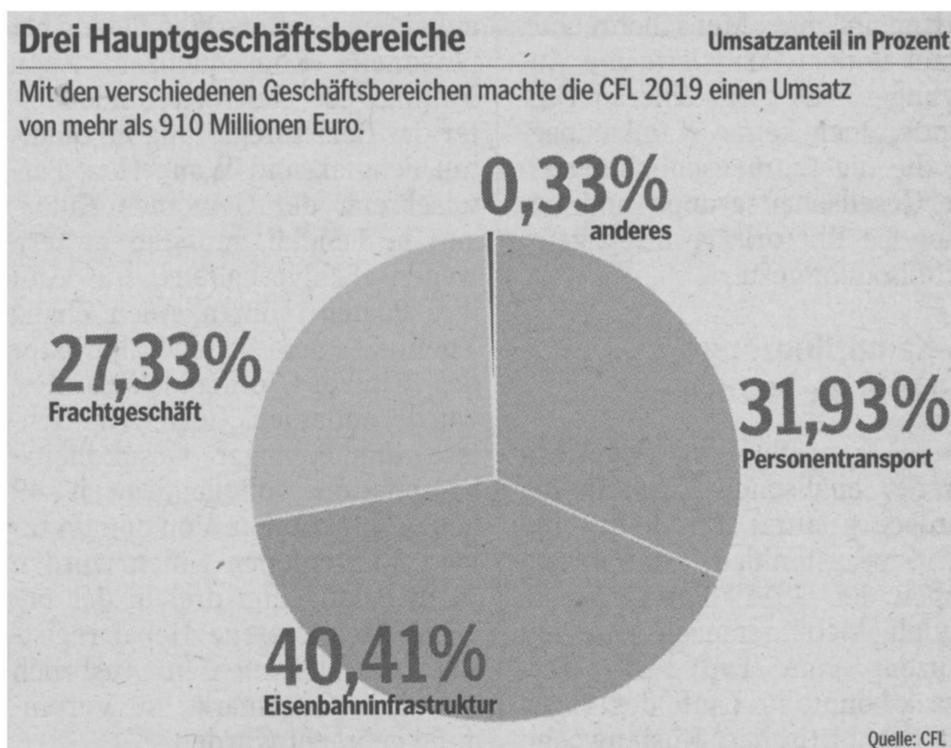
Könnte nicht ein Ziel sein, die Airline-Sparte profitabel zu machen?

Was ist die Airline-Sparte? Ob ein Geschäftsreisender mit uns fliegt, ein Student oder jemand, der über LuxairTours gebucht hat, ist letztendlich egal. Wir sind eine Gruppe, und das Unternehmen kann man nur als Ganzes, als „one Luxair“ sehen (bestehend aus LuxairCargo, Luxair Luxembourg Airlines, LuxairTours und LuxairServices, d. Red.). Das heißt, wir müssen langfristig als Ganzes profitabel bleiben.

Wie lange wird es bei Luxair noch Kurzarbeit geben?

Solange wir nicht voll operationell sind, werden wir auch weiterhin diese Möglichkeit nutzen. Mein Job ist es, dafür zu sorgen, dass wir so viel wie möglich fliegen können und dass wir keine Verluste einfliegen. Viele Mitarbeiter aus dem Passagierhandling sind in Kurzarbeit, aber einige, etwa 50, arbeiten derzeit im Frachthandling.

Ich finde es falsch, wenn jetzt Firmen Mitarbeiter entlassen, um die Rentabilität zu retten.





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Ein Dienstag wie kein anderer

Zum ersten Mal seit 1944 musste die Echternacher Springprozession ausfallen

ECHTERNACH

PATRICK WELTER

Ein seltsamer Tag, „Irgendwie ist es komisch“ oder „es ist alles so seltsam“, dass waren die Stimmen, die man von den wenigen Passanten rund und um die Echternacher Basilika hörte. Gespräche ergaben sich aufgrund der merkwürdigen Situation quasi von alleine. Anstatt von Tausenden, die sich sonst am Pfingstdienstag in Echternach drängen, um an der jahrhundertealten Springprozession teilzunehmen oder am Straßenrand zu stehen, um dem volkstümlichen Spektakel zuzusehen, herrschte im Corona-Jahr rund um die Abtei gähnende Leere.

Zwangspause nach 76 Jahren

Das letzte Mal, dass die Springprozession ausfiel, war im Jahr 1944, denn die Nazis hatten das religiöse Spektakel während der deutschen Besatzung schlicht verboten. Schon 1945, als Stadt und Basilika noch in Trümmern lagen, waren die Echternacher und ihre (luxemburgischen) Nachbarn zu Ehren des heiligen Willibrord durch die Straßen gezogen. Dass die Springprozession ausgerechnet 2020 ausfallen musste, ist besonders bitter, denn es wäre ein Jubiläumsjahr für die Aufnahme der Echternacher Springprozession in die Liste des immateriellen UNESCO-Weltkulturerbes vor zehn Jahren geworden.

Passende Panne

Es sollte nicht sein, für sehr gläubige Menschen gab es auch prompt einen göttlichen Kommentar für die Absage – plötzlich fiel in halb Echternach, vor allem in und um die Kathedrale, der Strom aus. Ein Zeichen oder nur der Fehler eines Baggerfahrers auf einer nahen Baustelle?

Messe am frühen Morgen

Die wenigen Besucher, die die stromlose dunkle, und dadurch selbst an einem hellen Sommertag mystisch wirkende Basilika betraten, wurden von einer Gruppe von Messdienern - Jungen und Mädchen - empfangen, die an die Maskenpflicht in der Kirche erinnerten und auf die Desinfektionsgeräte hinwiesen. Die jungen Leute wechselten sich stundenweise ab, daher konnte sie nur eine Schätzung abgeben über diejenigen, die trotz allem in die Kirche wollten. Wenige Besucher, aber mehr als sie persönlich erwartet hatten.

In der Kirche zeigt mir ein Mitglied der „Bech-Berbuenger Musek“ ein Handy-Video wie die Musikanten mit den Melodien, die sie sonst in Echternach bei der Prozession spielen, vorgestern – im Corona-konformen Abstand –

durch die beiden Dörfer zogen um ihre Verbundenheit mit dem Echternacher Fest zu zeigen. Auch hier hieß es wieder: „Ein komisches Gefühl.“

Ein danebenstehender katholischer Geistlicher, maskiert wie wir alle, aber an seinem römischen Kragen gut zu erkennen, berichtet dann, dass es am frühen Morgen um 07.00 eine nicht-öffentliche Messe mit Kardinal Hollerich und dem Trier Bischof Ackermann gegeben habe. Diese Messe sei aber ganz bewusst nicht öffentlich bekannt gemacht worden, „...sonst wären tausend Leute gekommen, aber wir wollten nicht zum katholischen Ischgl werden.“ Dennoch, still und leise hatte sich auch eine Gruppe von Pilgern aus Prüm und Waxweiler, die sonst immer an der Spitze der Springprozession stehen, zu dieser Frühmesse gesellt. Gegenüber einem deutschen Fernseherteam hatten die Pilger eine einfache Begründung „Pfingsten, ohne wenigstens hier in Echternach zu sein, geht nicht. Das ist einfach so.“

Auf den Stufen vor der Basilika sitzt ein Tourist mit seinem kleinen Hund und fasst irgendwie die melancholische Stimmung des Tages bildhaft zusammen.

Weißes Oberteil, dunkle Hose als Zeichen

Die ganz überzeugten Prozessionsfreunde, die man zwischen den vielen leeren Terrassen doch ab und an sieht, fallen durch das typische „Springer-Outfit“ auf: Weißes Hemd, T-Shirt oder Bluse, kombiniert mit einer dunklen Hose. Ab und zu kann man auch einen Blick auf eines der traditionellen Dreieckstücher erhaschen, die bei der Springprozession die Verbindung zum nächsten Mitspringer sind.

Einige Terrassen sind in der Nach-Corona-Zeit noch gähnend leer, andere halbwegs besetzt. Einige Touristen scheinen auf der verzweifelten Suche nach dem großen Ereignis. Wüsste man nicht, dass normalerweise an einem Dienstag nach Pfingsten zehntausend Leute durch das kleine Städtchen ziehen, wäre es nur ein verschlafener Tag in einem frühlommerlichen Touristenort. Kurz bevor ich in mein Auto steigen meldeten sich die Glocken der Basilika, und ihr Geläut schallt laut und fordernd über die Stadt. Wenigstens das ist wie immer. ●

„Wir wollten nicht zum katholischen Ischgl werden“

Katholischer Geistlicher zur nicht-öffentlichen Frühmesse

IM NETZ

Virtuelle Prozession

So ganz ohne Springprozession sollten die Gläubigen und die Freunde des Brauchtums auch in der Corona-Zeit nicht bleiben. Stattdessen sind der Willibrordus-Bauverein und das Organisationsteam der Springprozession in den virtuellen Raum ausgewichen und haben die Prozession zusammen mit dem Kulturministerium und der luxemburgischen UNESCO Kommission ins Netz verlegt. Schon seit einigen Tagen kann man unter www.iki.lu, der Seite des Kulturministeriums für das nichtmaterielle Kulturerbe, ausgesprochen interessante und vielfältige Filme und Fotos über die Prozession abrufen. Im Laufe des Dienstags gab es noch einmal zusätzliche Angebote über Facebook- und Instagram-Seiten, etwa vom Lyzeum in Diekirch. Gestern Abend wurde ein 2019 produzierte Dokumentarfilm über die Springprozession um 20.30 auf RTL Zwo ausgestrahlt.

Das Video auf der Facebookseite des Bauvereins, in dem die Echternacher Stadtmusik die Melodie der Springprozession vor der alten Pfarrkirche St. Peter und Paul spielt, und wo Pierre Kauthen vom Bauverein eine kurze historische Einführung gibt, wurde bis gestern Nachmittag um 17.20 über 7.600 Mal angeklickt. Auch der Teaser für das gestrige Abendprogramm von RTL Zwo, das ganz der Springprozession gewidmet ist, fand über den Bauverein 2.400 „Klicks.“ Ausgesprochen interessant ist auch der historische Film, der die erste Springprozession 1945 in der zerstörten Stadt zeigt (abrufbar über die Facebook-Seite „Käthoulesch Kierch“).

📄 www.iki.lu - www.willibrordus.lu

Luxemburger Musiker wird Chef des Trifolion

ECHTERNACH

(aheu) Das Kultur- und Kongresszentrum Trifolion in Echternach hat den luxemburgischen Jazzmusiker und -komponisten Maxime Bender zum neuen Direktor bestimmt. Bender (Foto: Trifolion) tritt zum 1. Juli die Nach-

folge von Gründungsdirektor Ralf Britten an, der das Haus seit 2007 geleitet hat. Wie der Echternacher Bürgermeister Yves Wengler bekanntgab, standen für Brittens Nachfolge mehrere hochkarätige Kandidaten zur Auswahl. „Die Wahl des Verwaltungsrates ist auf Maxime Bender gefallen, da dieser eine sehr abwechslungsreiche, ein breites Publikum ansprechende, sowohl nationale als auch internationale Pro-

grammation vorgestellt hat“, heißt es zur Begründung für die Personallie. Ein Anliegen des neuen Direktors sei es, die lokalen und regionalen Akteure rund um Echternach mehr einzubinden und noch mehr Luxemburger Publikum ins Trifolion zu ziehen.

Bender ist seit 2018 künstlerischer Direktor des Festivals Echternach Live, das 2019 die Nachfolge des berühmten Festival International d'Echternach antrat. Seit seiner Jugend ist er der Stadt Echternach verbunden, wo er auch als Musiklehrer wirkte.

„Wir wollen die Türen noch weiter öffnen“

Zäsur im Kulturzentrum Trifolion in Echternach: Zum 1. Juli tritt der Musiker Maxime Bender das Amt des Direktors an und will das Haus neu ausrichten.

VON ANNE HEUCHER

ECHTERNACH Der Neustart könnte komfortabler sein. Mitten in der Corona-Krise ein Kulturhaus zu übernehmen, das um jegliche Aktivität und manche Unterstützung bangen muss und seit Monaten geschlossen ist, weckt vermutlich wenig Neid. Nach dem Lockdown in Luxemburg sagte das Kulturzentrum Trifolion in Echternach erstmal alle Veranstaltungen ab, auch das für Juli geplante neu ausgerichtete Festival „Echterlive“. Maxime Bender, der als Direktor zum 1. Juli sein Amt antritt, strahlt trotzdem erstmal über alle Sorgen hinweg. „Es macht unfassbar Spaß“, sagt der 38-jährige studierte Jazzmusiker, „das Team ist super, und es ist interessant, Sachen zu entwickeln“.

„Sachen zu entwickeln“, das sind die keywords, wenn Maxime Bender von seinen Plänen fürs Haus spricht. Er will **weg davon, nur fertige Produktionen für die Bühne einzukaufen**, für die sich das Abendpublikum dann ein Ticket löse. Benders Idee ist es, vermehrt Produktionen vor Ort entwickeln zu lassen. Da darf dann ein professionelles Künstlerteam für zwei Wochen das Haus mit all seiner Infrastruktur nutzen, um ein Theaterstück zu konzipieren. Nächstes Jahr solle die **Auftragsproduktion** zum Thema „fake news“ im Trifolion entstehen und später auf der Bühne gezeigt werden.

Und das soll kein Einzelfall sein. Bender, der den Gründungsdirektor Ralf Britten bereits kommissarisch beerbte und im vergangenen Jahr das Festival Echternach („Echterlive“) federführend neu ausrichtete, sieht es als wichtige „Aufgabe eines solchen Kulturhauses“ an, Men-

schen die Möglichkeit zu bieten, dass sie sich hier kreativ entwickeln. „Was wir mehr machen wollen, ist, die Türen weiter öffnen.“ Da passt es gut, dass Bender selbst weit in der Luxemburger Kulturszene vernetzt ist. Er ist hier zur Schule gegangen, hat an der Musikhochschule in Köln Jazz Komposition und Jazz Saxofon studiert und ist seit langem als Musiker und Lehrer in der Region Echternach und Luxemburg aktiv.

Keinen Hehl macht der neue Chef daraus, dass **vor allem Luxemburger Produktionen** stärker in den Fokus rücken als zuvor. „Wir kriegen das Geld ja auch von Luxemburg“, sagt er, „da ist es vom Kulturministerium auch erwünscht, dass die Szene hier unterstützt wird.“ Der Hauptfokus soll weiter auf der **Musik** liegen – schließlich sei das Trifolion mit seinem akustisch außergewöhnlichen Konzertsaal überhaupt wegen des Klassik-Festivals gebaut worden. Wichtig sei aber, „dass es nicht nur ein elitäres Haus ist, wohin man Samstagabend zum Klassikkonzert kommt, sondern ein Haus, mit dem man sich identifiziert, ein Ort für Freude, Spiel, Spaß.“

Übers Jahr sind **Minifestivals** vorgesehen – eines für **Klassik** im Oktober, eines für **Jazz** im Februar. Die bleiben auch nicht etwa im Trifolion, sondern gehen ebenso auf Bühnen der Stadt, in die berühmte Basilika zum Beispiel, in die Ecole oder an den Echternacher See – „sodass wir **die Stadt als Bühne noch mehr nutzen**“. Weitere Konzerte aus den Bereichen **Rock Pop Elektro** sollen stärker junge Leute ansprechen, dazu an speziellen **family-days** und Kindertheater weitere Zielgruppen. Auch **Workshops** wie Instrumentenbau aus heimischem Holz oder Kinder-Yoga stehen auf dem Programm.

Als Türöffner sieht sich Bender auch hinsichtlich der rund 3000 Portugiesen, die vor Ort leben. So soll es künftig auch **Angebote des Hauses in Französisch** geben. Man dürfe Kulturangebote nicht nur so zuschneiden, dass ein deutscher

Schauspieler einen Abend lang Texte vorlese „oder irgendein ZDF-Talkshowmaster – das zieht vielleicht ein paar Leute an, aber kulturell relevant ist es nicht“. Ein deutlicher Seitenhieb auf seinen Vorgänger, der sich besonders für die beiden Veranstaltungsreihen Literatur und „Horizonte“ engagiert hatte. „Das ist eine andere Herangehensweise, um den Saal zu füllen“, sagt Bender. **Literatur** soll weiterhin im Programm bleiben, aber in anderer Form und jedenfalls für ein **breiteres Publikum**.

Als Türöffner könnte auch das im Foyer geplante **kleine Bistro** werden, in dem freitags ab 17 Uhr regelmäßig und **kostenlos im Sommer Konzerte** angeboten werden.

Gerade hat das zwölfköpfige Trifolion-Team erfahren, dass Kulturveranstaltungen in Luxemburg wieder erlaubt sind. Allerdings gilt ein strenger Hygieneplan, dessen Umsetzung die Mitarbeiter noch eine Weile beschäftigen dürfte. Wie viele Zuschauer passen dann überhaupt in den auf 600 Besucher ausgelegten Saal? Wie viele Künstler auf die Bühne? Rechnet sich ein Programm dann überhaupt?

Rechnen müssen Bender und sein Team in jedem Fall. „Man hört links und rechts, dass Kürzungen kommen.“ Etwa die Hälfte des Etats zahlt derzeit die Gemeinde Echternach, ein Viertel kommt vom Staat, und den Rest muss das Haus durch eigene Einnahmen aus Tickets, Vermietungen oder von Sponsoren beitragen. „Die fetten Jahre sind vorbei“, meint der neue Chef, ergänzt aber, **dass die Krise viel Kreativität befördere und neue Projekte hervorbringe**. So versucht das Trifolion auch, Unterstützung aus dem luxemburgischen Förderprogramm zur Abmilderung der Corona-Krise zu erhalten.

Was es über den Sommer an Programm geben wird, ist noch offen. „Wir hatten eigentlich alles schon abgesagt, nun müssen wir uns wieder neu erfinden.“

„Lëtzebuurger Journal“ gibt es ab 2021 nur noch digital

JOURNALISMUS Neue Ära für eine Tageszeitung

Jessica Oé

Seit 1948 gibt es das „Lëtzebuurger Journal“ schon. Doch für die luxemburgische Tageszeitung steht Ende des Jahres ein großer Wechsel bevor: Ab 2021 soll sie nämlich nur noch digital erscheinen.

Beim *Lëtzebuurger Journal* stehen ab 2021 die Druckmaschinen weitestgehend still. Die traditionsreiche Tageszeitung soll ab dem 31. Dezember 2020 nur noch in digitaler Form erscheinen. Das teilten der Präsident des Verwaltungsrats, Kik Schneider, und der Di-

rektor und Chefredakteur Claude Karger gestern Mittag in einem Presseschreiben mit. Man habe sich schon länger Gedanken über die Zukunft der Zeitung gemacht.

Die Gewohnheiten der Leser sowie der Anzeigenschaltungen der Unternehmen hätten sich nachhaltig verändert. Das Digitale spiele eine immer größere Rolle. Zudem würden die Produktion und die Verteilung einer Tageszeitung immer schwieriger werden. Die Corona-Krise habe diese Entwicklungen verdeutlicht.

Es sei deswegen an der Zeit,

sich neu zu positionieren. Ganz vom Kiosk wird die Zeitung aber nicht verschwinden. Zusätzlich zur digitalen Plattform soll das „Journal“ periodisch auch noch eine Printversion herausbringen. Wie häufig dies sein wird, teilt die Zeitung nicht mit. Für Abonnenten des Produkts stehen allerdings schon in diesem Jahr Veränderungen an. Um sich besser auf die neue Ära vorzubereiten, wolle man demnächst nur fünf- statt sechsmal die Woche erscheinen.

EDITORIAL

Aufstellen für die Zukunft

**CLAUDE
KARGER**

freut sich auf
das neue
„Journal“.

Es sind schwierige Zeiten für Druckmedien. Seit Jahren. Denn mit dem Boom der digitalen Kanäle verlagern sich sowohl die Leserschaft als auch die Werbestrategien der Unternehmen dorthin.

Die Konsequenz für die gedruckten Zeitungen: Die Abonnentenzahl schwindet, genau wie die Einnahmen aus dem wichtigen Anzeigengeschäft, das weiterhin das Hauptstandbein der Print-Tageszeitung ist. Ein Standbein, das durch die derzeitige Coronakrise zusätzlich gelitten hat und voraussichtlich noch über längere Zeit schwach sein wird. Weniger Einnahmen also, aber die Kosten und der Aufwand, um eine Tageszeitung herzustellen und zu liefern steigen. Zugleich gilt es zu investieren, um auch die Leser und Unternehmen, die mehr in den digitalen Sphären unterwegs sind, als Kunden zu gewinnen.

Fazit: Auch mit der sich derzeit in einem Reformprozess befindlichen staatlichen Presseförderung, ohne die es den Medienpluralismus in unserem Land nicht geben würde, geht die Schere zwischen Kosten und Einnahmen immer weiter auseinander. So dass sich gleich bis mittelfristig für viele Medienhäuser existenzielle Fragen stellen, die sie auf unterschiedliche Weise beantworten: Verkauf, stärkere Synergien, Reduzierung der Belegschaften und Ausgaben, Einstieg in andere Aktivitätsbereiche, oder ein Mix vieler verschiedener Strategien.

Auch das „Lëtzebuenger Journal“ macht sich seit langem permanent Gedanken über seinen Platz in der

„neuen“ Medienlandschaft, nicht zuletzt auch in Betracht der Wünsche seiner Leser und Anzeigenkunden. Für unsere kleine Tageszeitung, die seit 1948 besteht, ist vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Entwicklungen und der begrenzten Ressourcen nun die Zeit gekommen, ein neues, zukunftssträchtiges Konzept zu entwickeln. Der Fokus dieses Konzepts wird auf dem Digitalen beruhen, während unser Angebot im Printbereich anders sein wird. Das heißt im Klartext, dass das „Journal“ ab Anfang 2021 keine gedruckte Tageszeitung wie bisher mehr herausgegeben wird. Stattdessen werden wir Ihnen, liebe Leser und Anzeigenkunden, ein originelles Digitalprodukt mit neuen, multimedialen journalistischen Formaten anbieten, sowie ein regelmäßig erscheinendes Print-Angebot. Wir werden Ihnen das neue Konzept, für das wir den Kommunikationsexperten Daniel Nepgen gewinnen konnten, vor Jahresende vorstellen. Damit wir diese Transformation zu schultern vermögen, müssen wir allerdings bereits kurzfristig einige Abstriche machen, was die Erscheinungsfrequenz unserer Tageszeitung angeht. Die Montagsausgabe wird deshalb in nächster Zukunft eingestellt. Das verschafft unserer kleinen Mannschaft auch etwas mehr Luft, um sich neu aufzustellen. Im Gegenzug erhalten alle unsere Abonnenten das „Journal“-e-paper kostenlos. Sollten Sie das wünschen, richten sie jetzt bereits eine E-Mail an journal@journal.lu. Das „Journal“ bereitet sich also auf den Eintritt in eine neue Ära seiner langen Geschichte vor. Wir wären natürlich froh, wenn Sie uns dabei begleiten würden und bedanken uns jetzt bereits für Ihre weitere Unterstützung.

KOPF DES TAGES

Vom Hobby zum Ehrenamt

Georges Santer wird Präsident des Luxfilmfestivals

„Wenn nicht alles picobello gelernt war, dann hat er uns versetzt und das Kino gestrichen“, erzählen seine Studienfreunde über den ambitionierten Studenten. Seither hat Botschafter Georges Santer diese Mängel jedoch weitgehend wieder wettgemacht. Inzwischen ist sein kulturelles Programm voll besetzt, besonders in der Welt der Musik gilt er als unschlagbar.

„Ich fühle mich durchaus auch auf dieses Amt vorbereitet, meine Filmkenntnisse reichen dafür aus“, hatte der ehemalige Botschafter im Vorfeld der Entscheidung des Verwaltungsrates des Luxfilmfestivals der Autorin dieser Zeilen anvertraut. Wie auf jede seiner Missionen hatte er sich akribisch auf die neue Präsidentschaft vorbereitet.

Eigentlich sollte Santer die Nachfolge von Colette Flesch an der Spitze des hiesigen Festivals bereits im März antreten, Corona-bedingt hat sich die Entscheidung jedoch bis Ende Mai verzögert. Das wiederum

hat dem rührigen Diplomaten erlaubt, sein voriges Amt in Ruhe abzuschließen. Bis März 2020 war er Präsident der IHRA, der „International Holocaust Remembrance Alliance“; in dieser Eigenschaft war er bei allen großen Gedenkzeremonien an das Ende des Zweiten Weltkrieges dabei.

Seine berufliche Laufbahn hat der 58-jährige Bascharager, der übrigens mit seinem Namensvetter Jacques Santer nicht verwandt ist, in der Diplomatie begonnen. Gleich nach seinem Studium in Wien, wo er Geschichte, Deutsch und Philosophie studiert hatte, trat er in den Dienst des Außenministeriums. Seine ersten Missionen führten ihn an die Luxemburger Botschaft in Paris, die Luxemburger Vertretung bei der UNO und dann nach Madrid.

Seinen ersten Botschafterposten bekleidete er ab 1991 in Peking, danach ging es zurück in seine Studienstadt Wien, später nochmals nach Paris und

schlussendlich nach Berlin, wo er von 2012 bis 2017 tätig war. Ab 2016 hat Santer dann die Luxemburger Delegation der IHRA geleitet, deren Präsidentschaft ihm vor etwas mehr als einem Jahr anvertraut wurde. Unter seiner Regie wurden neue politische Schwerpunkte gesetzt und zwei weitere Mitgliedsländer, Portugal und Australien, in das 35-köpfige Gremium aufgenommen.

Von all diesen Missionen, die ihn quer durch die Welt führten, weiß Georges Santer immer wieder anschaulich zu berichten, wobei ihm stets eine gute Mischung aus anekdotischen und didaktischen Elementen gelingt. Beeindruckend sind auch sein Sinn für Zusammenhänge und die Schnelligkeit seiner Synthesen. Wie viele seiner Amtskollegen hat Georges Santer neben seinem politischen auch ein breites kulturelles Engagement. Er war von 2012 bis 2017 im Verwaltungsrat des OPL, war Präsident des Musikfestivals in Echternach und hat Ende April die Spitze des Verwaltungsrates des „Orchestre de Chambre“ übernommen.

(Claude Wolf)

Auf Flesch folgt Santer

Das „Luxembourg City Film Festival“ hat einen neuen Präsidenten

LUXEMBURG Während der Eröffnungszeremonie der zehnten Auflage des „Luxembourg City Film Festival“ am 5. März hatte die langjährige Festivalpräsidentin Colette Flesch bekanntlich ihren Rücktritt angekündigt. Gestern wurde nun via Pressemitteilung ihr Nachfolger in Person von Georges Santer bekannt gegeben.

Santer trat 1980 in den diplomatischen Dienst und durchlief verschiedene Positionen im luxemburgischen Außenministerium und den Auslandsvertretungen des Großherzogtums. Von 2002 bis 2007 war er außerdem Mitglied des Verwaltungsrats des „Orchestre Philharmonique du Luxembourg“ (OPL), Verwaltungsratsmitglied

von „Luxembourg et Grande Région, Capitale européenne de la Culture 2007“, Präsident des Internationalen Musikfestivals von Echternach (2007-2013), erst Delegationsleiter (ab 2016) und dann Präsident der „International Holocaust Remembrance Alliance“ (2019-2020), und seit dem 30. April 2020 ist er auch Präsident des „Orchestre de Chambre du Luxembourg“.

In der gleichen Pressemitteilung wurde darüber hinaus der Start eines neuen Netzwerks angekündigt: Zusammen mit dem „Galway Film Fleadh“ wird das „Europe Film Festival“ ins Leben gerufen, dies im Rahmen der europäischen Kulturhauptstadt Galway 2020. LJ

LuxFilmFest: Georges Santer folgt auf Colette Flesch

Luxemburg. Nach dem Rücktritt von Colette Flesch hat das Lux-FilmFest mit **Georges Santer** nun einen neuen Vorsitzenden. Der Vorstand des Festivals hat diese Entscheidung in seiner Generalversammlung am vergangenen 26. Mai getroffen. Georges Santer war

bis zu seiner Pensionierung langjähriger Diplomat. Er hat Geschichte und Germanistik an der Universität Wien studiert und trat 1980 seine Karriere als Diplomat im Außenministerium an. Er war Botschafter unter anderem bei der UNO in New York, in Peking, in Wien, beim Heiligen Stuhl, in Paris und Berlin. Zudem war er auch zeitweilig Mitglied des Verwal-

tungsrats des Philharmonischen Orchesters Luxemburg, Präsident des Internationalen Musikfestivals von Echternach sowie Delegationsleiter und später Präsident der Internationalen Allianz zum Gedenken an den Holocaust/IHRA. Seit dem 30. April dieses Jahres ist Georges Santer zudem Präsident des Orchestre de Chambre de Luxembourg. C./mt



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Müllerthal will erneut Unesco Welt-Geopark werden

BEAUFORT (sas) Der Natur- & Geopark Mëllerdall will in diesem Jahr erneut seine Kandidatur zum internationalen Unesco Welt-Geopark einreichen. Nachdem die im November 2017 eingereichte Kandidatur im vergangenen Jahr abgelehnt wurde, arbeitet der Natur- & Geopark Mëllerdall nun intensiv an einer erneuten Bewerbung. Da die Unesco der Region bereits großes Potential und ein international bemerkenswertes geologisches Erbe bescheinigt hat, soll nun eine erneute Kandidatur erfolgen. Nur Regionen, die ein einzigartiges Natur- und Kulturerbe besitzen, können Natur- & Geopark werden. Der Natur- & Geopark Mëllerdall ist ein Zusammenschluss aus den elf Gemeinden Beaufort, Bech, Berdorf, Consdorf, Echternach, Fischbach, Heffingen, Larochette, Nommern, Rosport-Mompach und Waldbillig. Hinter dem Titel Natur- & Geopark

Mëllerdall verstecken sich vielfältige Projekte und Beratungsdienste bei Klima und erneuerbaren Energien, Trinkwasserschutz, Wissensvermittlung, Schutz und Erhalt des kulturellen Erbes, Beratungsdienst für regionale Produzenten, Beratungsdienst für kleine und mittelständische Unternehmen, Förderung lokaler Ressourcen, Geologie, Schutz von Natur und Landschaft.

Der Natur- & Geopark Mëllerdall will mit dem Unesco-Label das Wissen rund um die Region des Müllerthals mit ihrer Geologie sowie ihrem Natur- und Kulturerbe deutlich mehr Menschen erreichen als zuvor. Das Label steht für internationale Anerkennung. 2019 gab es 147 Unesco Global Geoparks in 41 Ländern, vor allem in ländlichen Regionen. Alle vier Jahre wird ein Unesco Global Geopark erneut evaluiert. Nach der formalen Bewerbung könnten im Frühjahr 2021 zwei Gut-

achter der Unesco die Region besuchen und begutachten. Das Ergebnis der Kandidatur wird im Frühjahr 2022 bekanntgegeben.

Zwei pädagogische Lehrpfade für Klein und Groß bietet der Natur- & Geopark Mëllerdall im Osten an der deutsch-luxemburgischen Grenze seinen Besuchern noch bis Sonntag, 7. Juni. Ein vier Kilometer langer Wanderlernpfad für Kinder von 6 bis 9 Jahren besteht aus acht fächerübergreifenden Lernstationen, welche das „draußen Unterrichten“ nach dem Lehrplan der Grundschule aufzeigen. Eingeplant werden sollten ungefähr drei Stunden. Der Startpunkt befindet sich auf dem Parkplatz in der Nähe der Beauforter Schule (60, Grand Rue L-6310 Beaufort). Des Weiteren gibt es den Lehrpfad „Mensch & Stein“, der ebenfalls an der Beauforter Schule startet. Hier gibt es auf knapp sechs Kilometern spannende Informationen zur Geologie der Region.

Luxemburger Jugendherbergen wieder geöffnet

LUXEMBURG (sas) Wer seinen Sommerurlaub im benachbarten Luxemburg verbringen will, kann nun auch wieder auf die Luxemburger Jugendherbergen setzen. Denn seit dem Pfingstwochenende haben die neun Jugendherbergen im Großherzogtum ihre Pforten wieder geöffnet. Erwachsene zahlen dort für eine Übernachtung ab 23,20 Euro, für Familien oder Gruppen gibt es

zusätzliche Ermäßigungen.

Laut dem Verband der luxemburgischen Jugendherbergen gibt es kaum noch Zimmer mit mehr als sechs Betten, und teilweise würden die Gäste in Einzelzimmern untergebracht, ohne dafür einen Aufpreis bezahlen zu müssen. Für alle neun Einrichtungen seien besondere Schutz- und Hygienepläne erstellt worden, die die Verbreitung des Corona-Virus so gering wie möglich halten sollen. Den Gästen und Mitarbeitern stünden Desinfektionsmittel und -spender zur Verfügung, und eine regelmäßige Desin-

fektion der Sanitärbereiche werde ebenfalls durchgeführt. Gäste und Mitarbeiter werden gebeten den Mindestabstand von zwei Metern einzuhalten und verpflichtet sich einen Mund-Nasenschutz zu tragen.

Auch in den Gemeinschaftsbereichen sowie den hauseigenen Restaurants „Melting Pot“ der Jugendherbergen wurden spezifische Regelungen umgesetzt, damit die Gäste mit Abstand ihren Urlaub genießen können.

Informationen und Direktbuchungen unter www.youthhostels.lu



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Steigende Mittel für stete Leistungen

Der luxemburgische Krankenhaussektor im internationalen Vergleich

Von Annette Welsch

Die Covid-Krise stellt weltweit vor allem die Krankenhäuser vor große Herausforderungen. Luxemburg kam vergleichsweise gut weg. Durch die frühen Ausgangsbeschränkungen konnte eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindert werden. Dennoch wird diskutiert, welche Lehren man aus der Pandemie ziehen muss und es lohnt sich ein Blick darauf, wie Luxemburgs Krankenhaussystem im internationalen Vergleich abschneidet.

In Luxemburg fließen 48,5 Prozent der Gesamtausgaben für Gesundheit in die Krankenhäuser, wobei die Arzthonorare für die Leistungen in den Spitälern noch gar nicht eingerechnet sind (s. Grafik). Im Schnitt bei 38 Prozent liegt der Anteil in den OECD-Ländern. Die Ausgaben für die Krankenhäuser steigen jährlich um drei bis fünf Prozent an: Von 710 Millionen Euro im Jahr 2011 auf 972 Millionen 2018 (s. Grafik). Vor allem zwischen 2017 und 2018 kam es zu einem sprunghaften Anstieg der Krankenhauskosten von 12,4 Prozent: Die Anpassung des Kollektivvertrags an die Gehälterentwicklung und die Reform im öffentlichen Dienst führte zu Lohnsteigerungen von über zehn Prozent, die Zahl der Pflegestellen wurden erhöht und auch die Budgetierung des Staatslabors über den Krankenhausetat sowie die Übernahme von Colpach als Reha-Klinik schlugen zu Buche.

Anteil ansässigen Personals sinkt

Den Löwenanteil der Ausgaben

- Die Ausgaben für
- die Krankenhäuser steigen jährlich um drei bis fünf Prozent.

der Spitäler machen derweil die Fixkosten aus, zu denen vor allem die Personalkosten gehören: Sie umfassen fast 80 Prozent der Spitalsausgabenkosten. 8 994 Angestellte zählte der Sektor am 31. März 2019, wobei der Anteil der in Luxemburg sesshaften Arbeitnehmer in den vergangenen drei Jahren von 59,5 Prozent auf 56,9 Prozent sank. Nur noch 40 Prozent beträgt er beim Pflegepersonal, was Sorgen bereitet.

Mittelfristiger Personalmangel und die Abhängigkeit vom Ausland sind Themen, die bereits vor Covid-19 in der Diskussion waren. Im Moment sieht es noch vergleichsweise gut aus: 11,7 Krankenpfleger pro 1 000 Einwohner – nur in sechs OECD-Ländern versorgen mehr Pfleger die Patienten (s. Grafik) und nur fünf Länder verfügen über mehr Krankenschwestern pro Arzt (3,9). Ein Schwachpunkt bleibt der Nachwuchs: Mit 18,1 Krankenpflegern, die 2017 pro 100 000 Einwohnern ausgebildet wurden, liegt Luxemburg weit unter dem OECD36-Schnitt von 43,6 – nur die Türkei, Griechenland, Mexiko und die Tschechische Republik liegen noch dahinter.

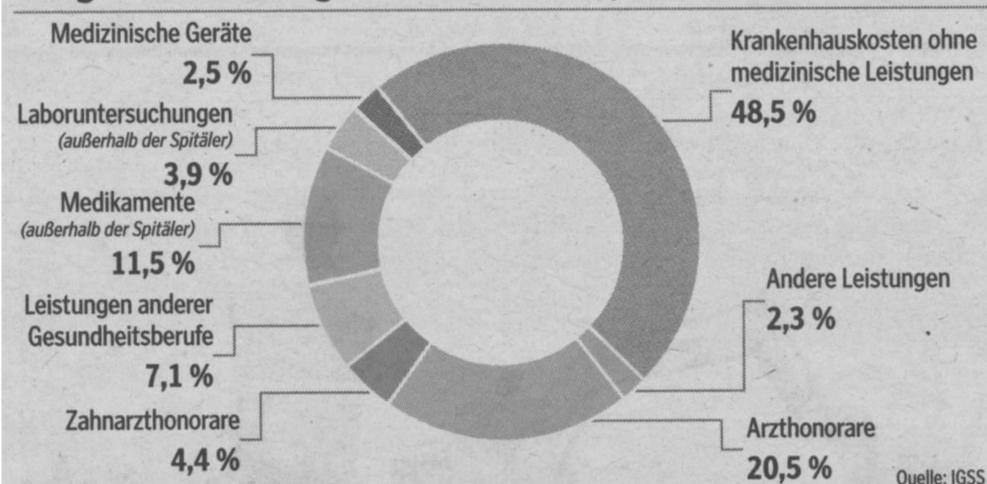
Die Gehälter im Krankenhaussektor sind dank des Kollektivvertrags mit der Krankenhausförderung FHL dagegen sehr großzügig bemessen. Laut FHL beträgt das Jahresgehalt der Krankenpfleger im Schnitt 110 000 Euro. Die Statistik der OECD zeigt, dass der kaufkraftbereinigte Reallohn eines Pflegers in Luxemburg mit 108 900 Dollar pro Jahr gefolgt von den

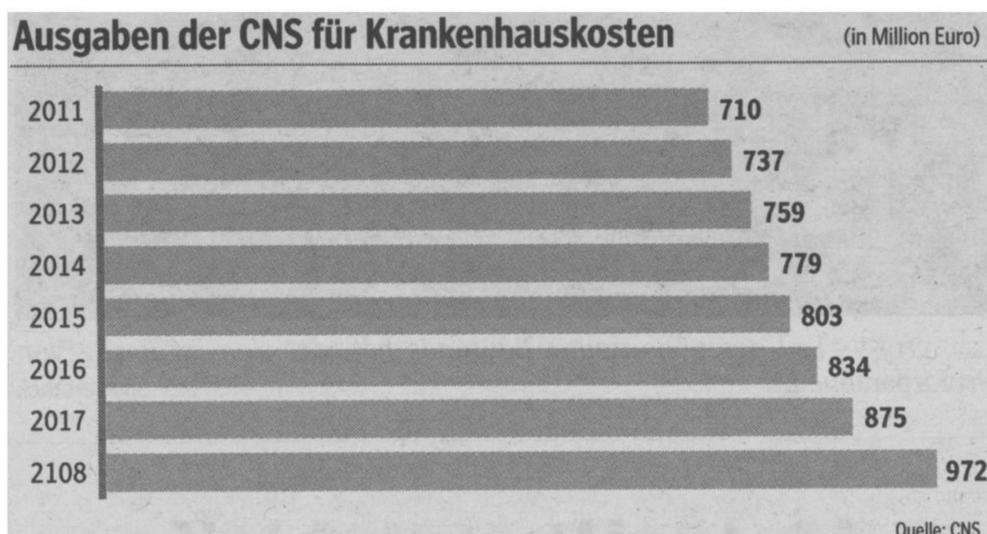
USA mit 75 800 Dollar mit großem Abstand an der Spitze liegt (s. Grafik links). Damit beziehen Pfleger das 1,5-fache verglichen mit dem Durchschnittseinkommen im Land – im Verhältnis dazu verdienen in den OECD-Ländern Krankenpfleger nur in Mexiko und Israel mit jeweils dem 1,8-fachen des Durchschnittslohnes mehr.

Luxemburgs Spitäler verfügen über 2 498 Akut- und 159 Intensivbetten sowie 326 Betten für Tageschirurgie/-behandlung und 104 für Tagespsychiatrie. Das macht 4,7 Betten pro 1 000 Einwohner, womit das Land genau im OECD-Schnitt liegt. Allerdings stagniert die Anzahl der Eingriffe pro Jahr und auch die durchschnittliche Belegung der Krankenhausbetten liegt seit Jahren bei etwas über 70 Prozent. Und das trotz der rasant steigenden Bevölkerungszahl. Damit belegt Luxemburg Platz 18 von 28 Ländern: 75,2 Prozent beträgt die Bettenbelegung im OECD-Schnitt und auch unsere Nachbarländer Belgien mit 81,8 Prozent, Deutschland mit 79,8 und Frankreich mit 75,6 liegen alleamt darüber.

Dabei fällt zudem auf, dass in den vergangenen Jahren die Anzahl der Hospitalisierungen sinkt – sowohl für einen Tag als auch für mindestens eine Nacht –, während sich die Dauer des Aufenthalts im Schnitt verlängert (s. Grafik). Es steigen dagegen die ambulanten Behandlungen, für die sogenannte Plätze in den Spitälern zur Verfügung stehen. Eine genauere Analyse dieser Phänomene böte sich an.

Ausgabenverteilung der CNS





Krankenhausaufenthalte

	2014	2015	2016	2017	2018
Hospitalisierungen von mindestens einer Nacht	75 721	74 711	74 319	73 413	71 692
Tageshospitalisierungen	17 232	17 463	17 522	16 191	15 987
Zahl der Überwachungen ohne Nacht und formeller Aufnahme	29 909	30 987	31 946	35 077	39 864
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen	7,3	7,5	7,5	7,5	7,7

Quelle: IGSS



Luxemburgs Weg durch die Corona-Krise

Offene Grenzen, Massentests und Hotel-Gutscheine:
Wie das Großherzogtum die Pandemie bekämpft.

VON HÉLÈNE MAILLASSON

LUXEMBURG Seit vergangener Woche gibt es im Luxemburger CHL-Klinikum wieder nur noch eine Intensivstation. Vor zwei Monaten war dort, wie in vielen Kliniken europaweit, ein Sonderbereich geschaffen worden, eine „sous-unité Covid-19“. Dieser wird jetzt aufgrund der stetig abnehmenden Zahl an Corona-Patienten nicht mehr benötigt. Überlastet war das Klinikum, in dem alle Covid-Erkrankten des Landes stationär behandelt wurden, nie. Im Gegenteil: Es war sogar möglich, Patienten aus der benachbarten, schwer betroffenen französischen Region Grand Est aufzunehmen.

Vor ziemlich genau drei Monaten meldete sich in der Notaufnahme des CHL ein 40-jähriger Mann. Er war aus Norditalien zurückgekommen und zeigte Covid-Symptome. Sein Test war positiv – damit hatte Luxemburg am Abend des 29. Februar seinen ersten bestätigten Corona-Fall.

Zwei Wochen später starb ein an Corona erkrankter 94-Jähriger. In den folgenden Tagen fuhr die Regierung um Premier Xavier Bettel das Land im Schnelltempo herunter. Der ausgerufenen Notstand ermöglichte es, per Verordnungen zu regieren. Als das CHL-Klinikum am 27. März mit 63 Neueinweisungen von bestätigten Covid-Patienten den Höhepunkt der Welle erreichte, waren Schulen, Geschäfte, Baustellen oder Kultureinrichtungen längst geschlossen. Um mögliche Infektionsherde im Keim zu ersticken, setzte Luxemburg von Anfang an auf eine massive Testung. Nur in Island wurden im Verhältnis zur Bevölkerung mehr Tests als im Großherzogtum durchgeführt. Auch Menschen mit schwachen Symptomen bekamen ein ärztliches Attest, um sich auf Covid-19 testen zu lassen.

Einen Monat später tastete sich das Land wieder schrittweise an die neue Normalität heran. Am 20. April starteten die Arbeiten auf den ersten Baustellen wieder. Auch die Wertstoffhöfe öffneten. Zwei Wochen später kehrten die Abschlussklassen zurück in die Schulen – natürlich unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln. Diese ersten Lockerungen waren Teil eines durchdachten Ausstiegsszenarios. So wurden im Bausektor zwei Testreihen durchgeführt, um herauszufinden, ob die Zahl der Neuinfektionen nach zwei Wochen der Wiederaufnahme eines Betriebs signifikant steigen würde. Die Testergebnisse zeigten, dass dies nicht der Fall war. In der Folge wurden Beschränkungen schrittweise aufgehoben. Ab dem 11. Mai durften sich zum Beispiel bereits sechs Personen in Innenräumen treffen und bis zu 20 Menschen unter freiem Himmel.

Zwei Wochen später sind nun Gastronomie-Betriebe an der Reihe und öffnen wieder ihre Türen und Terrassen. Das gilt ebenso für Schwimmbäder und Fitness-Studios. Auch Gottesdienste, Hochzeiten und Beerdigungen mit mehr als 20 Teilnehmern sind wieder eingeschränkt möglich. Einzig Wellness-Bereiche und Nachtclubs bleiben geschlossen.

Eine wesentliche Rolle in der Luxemburger Wirtschaft spielen die Grenzgänger. Rund 46 Prozent der Beschäftigten im Land pendeln täglich aus Frankreich, Deutschland und Belgien. Anders als im Saarland und Rheinland-Pfalz, wo viele Betriebe ihre Mitarbeiter aus der französischen Region Grand Est ab Anfang März baten, zu Hause zu bleiben, wurde in Luxemburg hingegen überlegt, wie man den Grenzgängern den Zugang zu ihrem Arbeitsplatz weiterhin ermöglichen könnte, sollten Landesgrenzen ge-

schlossen werden. Vor allem der in der Corona-Krise so wichtige Gesundheitsbereich stehe und falle mit den Pendlern, warnte Gesundheitsministerin Paulette Lenert und schlug vor, dort beschäftigte Grenzgänger und ihre Familien in Hotelzimmern unterzubringen. Wie selbstverständlich die Grenzgänger in die Planung der luxemburgischen Regierung einbezogen werden, zeigt sich auch bei der Frage der Versorgung mit Masken.

Als die Maskenpflicht in Geschäften, in den öffentlichen Verkehrsmitteln und überall, wo der Zwei-Meter-Abstand nicht eingehalten werden kann, eingeführt wurde, kündigte Premier Bettel an, dass jeder Bürger ab 16 Jahren 50 Einwegmasken erhalten werde. Gleichmaßen galt das auch für die Grenzgänger, die einen entsprechenden Gutschein zugeschickt bekamen, die sie zur Abholung der Masken an verschiedenen Verteilungspunkten berechtigt. Ebenso sollen Pendler zur Teilnahme an einem groß angelegten Test eingeladen werden, bei dem anhand von Blutproben erforscht werden soll, wie es um die Immunität gegen Covid-19 in der Bevölkerung steht.

Weil das Land eben so sehr auf die Pendler angewiesen ist, waren weder die Schließung der luxemburgischen Grenzen zu den Nachbarländern noch die Wiedereinführung der Grenzkontrollen und „triftige Einreisegründe“ ein Thema. Nicht zu Deutschland, aber auch nicht zu Belgien und Frankreich, die viel mehr von dem neuartigen Coronavirus geplagt wurden.

Dass Deutschland die Grenze zu Luxemburg nur noch für Pendler und an weniger Grenzübergängen geöffnet ließ, sorgte bei den Nachbarn für Verstimmung. Die Begründung der Maßnahme – die Nähe zu Frankreich und der vom Robert Koch-Institut als Risikogebiet gekennzeichneten Region Grand Est – konnten viele Luxemburger nicht verstehen. Nicht nur Außenminister Jean Asselborn kritisierte mehrmals öffentlich die Grenzkontrollen. Anfang Mai setzten mehrere Bürgermeister von grenznahen Kommunen im Großherzogtum die Europa-Fahnen auf Halbmast, um gegen die einseitige deutsche Grenzsperrung zu protestieren.

Nun ist die Grenze wieder offen. Sowohl Luxemburg als auch Deutschland scheinen die Coro-

Operationelles Defizit

Gesundheitsquadripartite: Ausgaben der Krankenversicherung wachsen 2020 um 22,4 Prozent

LUXEMBURG

LJ

Luxemburgs Krankenversicherung wird in diesem Jahr laut letzten Schätzungen wohl mit einem operationellen Defizit von 551 Millionen da stehen, wo 2019 auf Ebene der laufenden Geschäfte ein Überschuss von 102 Millionen Euro verzeichnet wurde. Die Gesundheitsquadripartite traf sich gestern in der Handelskammer, um die finanzielle Situation der „assurance maladie-maternité“ wie auch den finanziellen Ausblick für 2020 und 2021 auszuwerten. Neben Sozialversicherungsminister Romain Schneider (LSAP), Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) und Finanzminister Pierre Gramegna (DP) sitzen in diesem Format die Vertreter von Gewerkschaften, Patronat und Pflegedienstleistern mit am Tisch.

Laut Angaben der Regierung steigen die Ausgaben für 2020 um 22,4 Prozent auf 3,7 Milliarden Euro. „Normal“ wäre eine Zunahme um sieben Prozent. Das kumulierte Gesamtsaldo dürfte damit von 971,7 Millionen Euro auf 420,7 Millionen zurückfallen. Gleichwohl ist in diesem Ergebnis noch nicht die finanzielle Beteiligung des Staates an den „Covid-19“-Maßnahmen inbegriffen, die die Krankenversicherung übernimmt. Die genaue Abrechnung könne erst im Laufe des zweiten Semesters dieses Jahres erfolgen.

Weiteres Minus für 2021 erwartet

Für das kommende Jahr gehen die letzten Schätzungen von einem Minus von 214,8 Millionen Euro (laufende Operationen) aus. Diese finanzielle Situation erklärt sich laut Mitteilung des Gesundheits- und Sozialversicherungsministerium zum Teil durch die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie und die Eindämmungsmaßnahmen der Regierung. Der erweiterte Sonderurlaub aus familiären Gründen und die Einführung des Sonderurlaubs „pour soutien familial“ bedeuten Ausgaben in Höhe von 300 Millionen Euro. Durch die direkte Übernahme des Krankengeldes durch die Krankenversicherung zwischen dem 1. April und dem letzten Tag des Monats der Krise entstehen zusätzliche Kosten in Höhe von 156 Millionen Euro.

Sozialversicherungsminister Romain Schneider (LSAP) betonte gestern erneut die Notwendigkeit dieser Maßnahmen, um das Einkommen vieler Versicherter abzusichern. Das zentral im Sozialversicherungssystem und insbesondere in der Krankenversicherung verankerte „Solidaritätsprinzip („) hat funktioniert“, erklärte Schneider und habe dabei geholfen, die sozialen Folgen der sanitären Krise abzufedern.

Regierung hält an Leistungsverbesserungen fest

Die Regierung will darüber hinaus auch an für Ende 2020 und 2021 geplanten Leistungsverbesserungen beziehungsweise der Einführung neuer Leistungen festhalten. „Die Verbesserungen der Leistungen, die in der Vergangenheit zurückbehalten wurden, werden im Interesse der Versicherten umgesetzt“, versicherte der LSAP-Minister. ●

na-Pandemie im Griff zu haben. In beiden Ländern ist der Höhepunkt der ersten Welle längst überschritten, doch nun haben sie beide mit den wirtschaftlichen Folgen des Lockdown zu kämpfen. Neben einem Stabilitätsprogramm von 2,2 Milliarden Euro hat der luxemburgische Staat für den „Neustart“

der besonders betroffenen Branchen Finanzhilfen bis zu 800 Millionen Euro verabschiedet. Betriebe aus dem Kulturbereich oder der Gastronomie können zum Beispiel bei der Wiedereröffnung einen Betrag von 1250 Euro pro Monat und Mitarbeiter erhalten und das sechs Monate lang. Auch die Hotelbran-

che soll unterstützt werden. Die Regierung will jedem Bürger ab 16 Jahren einen 50-Euro-Gutschein für eine Übernachtung in Luxemburg schenken. Das gilt auch für Grenzgänger – die auch in dieser Entscheidung wieder den Luxemburgern gleichgestellt werden.

INFO

Aktuelle Zahlen aus Luxemburg

Seit Anfang der Epidemie sind in Luxemburg 110 Menschen in Zusammenhang mit dem neuartigen Coronavirus gestorben. 38 Covid-Patienten werden zurzeit laut Gesundheitsministerium noch im Krankenhaus stationär

behandelt, vier von ihnen intensivmedizinisch.

95 Menschen sind derzeit im Land akut mit dem Coronavirus infiziert. 3803 Patienten gelten als genesen. Die effektive Reproduktionszahl beträgt zurzeit 0,58. **714 098 Tests** wurden seit März im Großherzogtum bereits durchgeführt, 4008 fielen positiv aus.



Der luxemburgische Premierminister Xavier Bettel FOTO: DPA

Die Grenzschießung und das Gefühl der Abweisung

Wissenschaftler der Universitäten der Großregion bescheinigen der Politik eine mangelhafte Kommunikation über Grenzen hinweg.

VON SABINE SCHWADORF

TRIER/LUXEMBURG Wo tausende Menschen vom 16. März an in der Hochphase der Corona-Krise an der Grenze zu Luxemburg abgewiesen wurden, sind Wut, Verzweiflung und Ärger auf beiden Seiten der Grenze hochgekocht. Und auch in Belgien und Frankreich haben antideutsche Ressentiments zugenommen. „Viele Menschen haben nach 35 Jahren Schengener Abkommen eine Grenzschießung immer als Horrorszenario gesehen. Nun haben sie erfahren, dass dies tatsächlich über Nacht geschehen kann“, sagt Martina Kneip, Mitinitiatorin der Initiative „Schengen is alive“ und Direktorin des Centre Européen in Schengen.

Gemeinsam mit rund 100 Wissenschaftler aus der gesamten Großregion ist sie in einem digitalen Rundtischgespräch der Frage nachgegangen, wie die Grenzschießungen das Zusammenleben in der Großregion verändert haben. Dabei stellen die Forscher der Politik ein mangelhaftes „Grenzmanagement“ aus bis hin zu einer Bankrotterklärung vor allem der nationalen Kommunikationspolitik.

„Der Austausch zwischen den Hauptstädten und den politischen Funktionsträgern auf einer Ebene funktionierte in der Krise gut. Aber davon hatten die persönlich Betroffenen nichts“, resümiert Philipp Krämer, Professor für Sprachgebrauch und Sprachvergleich an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Heißt: Wo sich die Politik auf Staatschefebeine einig über ihr Vorgehen war, wurden Familien

auseinandergerissen, Grenzgänger vom Übertritt zum Arbeitsplatz abgehalten und seit Jahren bestehende Grenzkooperationen gekappt. „Hinzu kommt eine ungeschickte rhetorische Strategie. Bis zur Grenze erklärt man der Bevölkerung, warum man etwas macht, darüber hinaus nicht“, sagt der Forscher. Das verursacht bei den Grenznachbarn ein Gefühl der Abweisung, zumal dann, wenn Partnerregionen wie Grand Est ein Label wie „Risikogebiet“ verpasst bekämen oder man den Grenzübertritt nur aus „triftigen Gründen“ erlaube.

Dass weder die deutsche, noch die luxemburgische, belgische oder französische Bevölkerung für diese Form der Politikdarstellung Verständnis zeigt, beweisen bürgerschaftliche Aktionen wie die Initiative „Keep Schengen alive“, also „Erhalte Schengen am Leben“, die viele dazu animierte, an jedem Dienstag die Europafahne herauszuhängen und die Europahymne zum Protest zu singen oder die Facebook-Gruppe „Oppe Grenzen an Europa“, die innerhalb kürzester Zeit mehr als 11 000 Mitglieder rekrutiert hat. „Auch wenn es ein natürlicher Reflex ist, in einer Krise nur nach sich zu schauen, so zeigt sich doch, dass viele die grenzüberschreitende Kooperation suchen“, sagt Patrick Barthel, Vizepräsident der Universität Lothringen und Leiter des deutsch-französischen Zentrums Lothringens.

Dass eine „Renationalisierung in einer Grenzregion wie der Großregion nicht mehr möglich“ ist, davon

ist Florian Weber von der Universität des Saarlandes und dem Zentrum für Grenzstudien an der Universität der Großregion überzeugt: „Welch extrem hohe Alltagsrelevanz die Großregion für alle hat, hat sich doch in der Krise gezeigt. Die Verflechtungen sind extrem groß“, sagt er. „Diese Verflechtungen treiben die Menschen an, und das ist mehr als nur das Einkaufen über die Grenzen hinweg. Die Grenzschießungen wurden daher vielfach als Akt der Hilflosigkeit interpretiert“, weiß Christian Wille, Grenzraumforscher an der Universität Luxemburg und Leiter des Netzwerks Zentrum für Grenzstudien an der Universität der Großregion (UniGR).

Die Forscher haben aber auch Erwartungen an die Politik, vor allem an die Verantwortlichen in der Großregion: „Statt Selbstkritik und die Übernahme an Eigenverantwortung wurde die Verantwortung schnell nach Berlin oder Paris geschoben“, bemängelt Sprachforscher Krämer. Die Großregion sollte die Verantwortung im Gegenteil auch bei sich suchen. „Unsere Erregungenschaft ist doch gerade, dass wir den Austausch wollen. Und das Verständnis für den anderen fängt im Kleinen an“, stellt Grenzraumforscher Weber fest. Folglich spricht sich sein Kollege Wille für mehr Selbstbewusstsein in der Grenzregion aus: „Die Verantwortlichen müssen klären, wie sich die Großregion künftig gegenüber den Hauptstädten aufstellt.“

Politiker der Großregion fordern Lehren aus der Krise

VON HÉLÈNE MAILLASSON

SAARBRÜCKEN Zum ersten Mal in ihrem Leben habe sie ein Dokument mit sich führen müssen, um nach Saarbrücken fahren zu dürfen. Das finde sie schrecklich, berichtete die Vize-Präsidentin der französischen Region Grand Est am Freitag im saarländischen Landtag. Dort traf sich der Interregionale Parlamentarierrat (IPR) mit Mitgliedern aus dem Saarland, Rheinland-Pfalz, Grand Est, Luxemburg und Belgien. Corona-bedingt waren die Delegationen angehalten, mit maximal drei Vertretern teilzunehmen. Vor jedem Redner eilten zwei Saaldienner mit Plastikvisier und Desinfektionsmittel zum Pult, auch der Mikrofon-Schutz wurde jedes Mal ausgetauscht. In Corona-Zeiten ist eben alles anders.

Die Mitglieder der verschiedenen IPR-Kommissionen hatten in den vergangenen Wochen bereits über

Videokonferenzen zusammen gearbeitet. Dabei wurde eine Resolution zu den Folgen der Corona-Krise erarbeitet, die am Freitag von den Delegationen einstimmig in Saarbrücken verabschiedet wurde. Demzufolge sollen Lehren aus der Corona-Krise gezogen werden. „Die Grenzregionen wurden von den Auswirkungen der Pandemie überproportional betroffen“, sagte Saar-Landtagspräsident Stephan Toscani (CDU). Corona sei wie „Sand im Getriebe des sonst einwandfrei funktionierenden Uhrwerks“ gewesen.

Vor allem die Grenzsicherungen brachte in der Großregion mit ihren vielen Pendlern einiges durcheinander. „Ad-hoc-Sicherungen, die von Zentralregierungen beschlossen werden, sind für regionale Parlamente schwer zu vermitteln“, meinte Hendrik Hering, Präsident des Landtags in Rheinland-Pfalz. „Damit Maßnahmen erfolgreich sind, brauchen sie die Akzeptanz der Bürger, sie müs-

sen involviert sein.“ Deshalb appellieren die IPR-Mitglieder in der gemeinsamen Resolution an die nationalen Regierungen, „die gemeinsame Koordinierung von Kontrollen, die rasche und umsichtige Öffnung der Grenzen und die Abstimmung der weiteren Maßnahmen, um den Schengen-Acquis wiederherzustellen und den freien Waren- und Personenverkehr sicherzustellen“. Außerdem enthält die Resolution Forderungen an die Europäische Kommission, um Lösungen für die Zeit nach der Corona-Krise zu finden, unter anderem „eine starke und ehrgeizige Industriestrategie zu verabschieden, die sie widerstandsfähiger gegen künftige Schocks macht“. Die Krise habe gezeigt, dass nationalistische Tendenzen schnell wieder entstehen können, sagte der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Karl-Heinz Lambertz. „Ohne die richtigen Antworten, steht Europas Zukunft zur Disposition“, warnte er.

Tests in Altenheimen - nur wenige Infizierte

VON TOBIAS SENZIG

LUXEMBURG Seit Ende April läuft der Massentest: Die Bewohner und Mitarbeiter aller 52 Luxemburger Alten- und Pflegeheime sollen einem Corona-Test unterzogen werden. Am Freitag nahmen die Teams von Gesundheitsdirektion, LNS und LIH die letzten beiden Heime unter die Lupe. Ein erstes Ergebnis gibt es bereits jetzt: Die Zahl der entdeckten Infektionen ist offenbar äußerst klein, so das luxemburgische „Tagblatt“. Bei zehn Bewohnern und zehn Mitarbeitern der Luxemburger Altenheimen wurde eine „verdeckte“ Corona-Infektion festgestellt. Das ist das Zwischenergebnis des Massentests, den das LNS und die Gesundheitsdirektion seit Ende April in den Luxemburger Alten- und Pflegeeinrichtungen gemacht haben. Bei dem „Screening“ sollen alle asymptomatischen Bewohner und Mitarbeiter der 52 Einrichtungen des Landes auf das Coronavirus getestet werden.

„Bis jetzt haben wir die Tests von 4805 der 5234 Bewohner und von 6225 der 7710 Mitarbeiter ausgewertet“, erklärt Françoise Berthet, Vizedirektorin bei der Gesundheitsdirektion. „Die Zahlen der unentdeckten Infektionen sind mit zehn Bewohnern und zehn Mitarbeitern sehr niedrig.“ Für Berthet und die „Santé“ bedeutet dieses Ergebnis vor allem eines: Sicherheit. „Das heißt, dass das Virus sich nicht verbreitet hat, ohne dass wir es gemerkt haben“, sagt sie.

Seit Ende April waren Teams, die aus Mitarbeitern des „Laboratoire national de santé“ (LNS), des „Luxembourg Institute of Health“ (LIH) und der Gesundheitsinspektion der „Santé“ bestanden, in den

Luxemburger Alten- und Pflegeheimen unterwegs. Fünf Einrichtungen wurden vorab ausgewählt, um erste Erfahrungen zu sammeln. „Wir wollten dort überprüfen, ob die Logistik funktioniert und wie viele Leute wir brauchten“, sagt Berthet. Die Heime hätten bereits zuvor mit der „Santé“ in Kontakt gestanden und erklärt, dass Covid-19 eine ihrer Prioritäten war. „Das heißt nicht, dass sie bereits Positiv-Fälle hatten“, sagt Berthet. Nach den ersten Testläufen wurde dann ein Plan erstellt, wie und wann die restlichen 47 Häuser getestet werden. „Es ging nicht darum, herauszufinden, ob jeder getestet werden kann, sondern wie man es macht“, sagt Berthet.

Dabei stellte sich unter anderem heraus, dass in den Pflegeeinrichtungen mehr Personal getestet werden musste. „Wir haben auch Mitarbeiter getestet, die nicht zum eigentlichen Pflegepersonal gehören“, sagt Berthet, also zum Beispiel Verwaltung, Küchenpersonal oder Reinigungskräfte, die die Häuser von Subunternehmern anmieten. Von den Bewohnern selbst wurden nur die getestet, die keine Symptome zeigten und bei denen keine Covid-19-Infektion bekannt war. Die insgesamt 20 Infektionen, die bei Bewohnern und Mitarbeitern auf diese Weise entdeckt wurden, sind also „stille Infektionen“, bei denen sich keine Symptome gezeigt hatten oder bei denen die Krankheit noch nicht ausgebrochen war – deren Träger aber dennoch potenziell andere Menschen anstecken. „Die positiv Getesteten wurden isoliert und entsprechende Maßnahmen wurden getroffen, um eine weitere, unentdeckte Verbreitung des Virus zu verhindern“, sagte Berthet. „Das war

der Sinn des Screenings.“ Insgesamt gibt es in Luxemburgs Alten- und Pflegeheimen 211 Corona-Fälle, laut dem Pflegeheim-Dachverband Copas sind 59 Menschen in den Luxemburger Heimen an der Pandemie gestorben. „Es gab in einigen Pflegeheimen Cluster, in 21 Heimen gab es mindestens einen Fall“, sagt Berthet.

Alles in allem war der Massentest laut der „Santé“-Frau „ein ziemlich großes Vorhaben“. Die Test-Teams wurden aus den unterschiedlichsten Berufen zusammengewürfelt – Behördenmitarbeiter stellten die Identität der getesteten Personen fest, Pflegepersonal nahm Proben, andere Mitarbeiter sortierten und verstaute diese dann. Mitarbeiter und Bewohner, die noch mobil waren, konnten ihre Probe in Gemeinschaftsräumen abgeben, andere Teams gingen von Raum zu Raum und nahmen Proben von bettlägerigen Patienten. „Für ein Heim mit 300 Bewohnern brauchte ein Team einen kompletten Tag“, sagt Berthet. Die letzten beiden Heime wurden am vergangenen Freitag getestet, die Ergebnisse stehen noch aus. „Das erste Ziel des Screenings war, das Ausmaß der Undercover-Infektionen festzustellen“, sagt Berthet. „Darauf haben wir jetzt eine Antwort.“ Aber die eigentliche Analyse beginnt erst jetzt. Die Mitarbeiter von LNS, LIH und „Santé“ wollen aus den gewonnenen Daten weitere Schlüsse ziehen. Die Ergebnisse sollen dabei helfen, die Faktoren und Übertragungswege unentdeckter Infektionen in Alten- und Pflegeheimen besser charakterisieren zu können. In einigen Wochen sollen die Ergebnisse präsentiert werden.

Besuche in Senioren- und Pflegeheimen sollten erlaubt sein

CORONA-KRISE Paulette Lenert und Corinne Cahen erinnern an Richtlinien

Um Pflege- und Seniorenheimen zu helfen, mit der Wiedereröffnung umzugehen, veröffentlichte das Familienministerium gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium Empfehlungen für die Organisation der Besuche von Angehörigen und Freunden der Bewohner. Nach etlichen Beschwerden erinnern Corinne Cahen und Paulette Lenert die Einrichtungen nun an diese Richtlinien.

Die Bewohner der Senioren- und Pflegeheime gehören in der Regel zu den besonders gefährdeten Personengruppen in der Corona-Pandemie. Deswegen wurden Besuche in den Heimen gleich zu Beginn der Krise verboten. Eine angespannte Zeit für die Bewohner selbst, ihre Familien und auch die Pfleger. Nun, da sich der Alltag in Luxemburg wieder langsam normalisiert, sollen auch Besuche in den Senioren- und Pflegeheimen wieder möglich sein. Doch das scheint nicht überall problemlos zu verlaufen.

Dabei hatte das Gesundheitsmi-

nisterium gemeinsam mit dem Familienministerium Empfehlungen ausgearbeitet, wie die Einrichtungen mit den Besuchen umgehen können und diese am 20. Mai veröffentlicht. Im Dokument steht unter anderem, dass alle Personen – Besucher, Bewohner sowie Pfleger – chirurgische Masken anziehen sollen. Besuche sollen, wenn möglich draußen stattfinden und der Sicherheitsabstand von zwei Meter solle jederzeit respektiert werden. Falls die Besuche im Inneren des Heims stattfinden, etwa in den Räumen der Bewohner, soll der Gesundheitszustand der Angehörigen überprüft werden. Zudem sollen sie von einem Pfleger auf kürzestem Weg zum Zimmer und später wieder zum Ausgang geleitet werden.

„Wir haben nur Empfehlungen ausgesprochen, weil jede Einrichtung für sich sehen muss, wie sie die Besuche organisieren kann. Ob es etwa Einschränkungen wegen der verfügbaren Zimmer oder dem Personal gibt“, sagt Stéphanie Goerens, Pressesprecherin des Familienministeriums. Doch

scheinbar hielten sich nicht alle Pflege- und Seniorenheime in Luxemburg an die Ratschläge des Ministeriums. „Uns haben viele Beschwerden erreicht, sowohl über Briefe wie auch Anrufe bei uns“, gibt die Pressesprecherin zu. Heftige Kritik erntete beispielsweise das „Blannenheem“ in Mersch unter anderem wegen des Managements der Corona-Krise. Deswegen hätten sich die beiden Ministerinnen Paulette Lenert (Gesundheit) und Corinne Cahen (Familie) dazu entschieden, die Einrichtungen noch mal an die Empfehlungen zu erinnern. Die Besuche sollen so „convivial“ und „angenehm“ wie möglich gestaltet werden und die Bewohner gleichzeitig geschützt werden.

Die Empfehlungen für Senioren- und Pflegeheime sollen außerdem der Situation neu angepasst werden und im Laufe der nächsten Woche publiziert werden. Man beobachte die Entwicklung in den Einrichtungen ganz genau.

Bauboom im Großherzogtum hält an

Was sich die Luxemburger für ihr Haus und ihre zukünftige Wohnung wünschen.

VON ANNE LUDWIG

LUXEMBURG Der Luxemburger Immobilienmarkt steht unter großem Druck. Laut dem Präsidenten der „Chambre immobilière du Grand-Duché de Luxembourg“ (CIGDL), Jean-Paul Scheuren, wird sich an der Nachfrage auch nach der Krise nichts ändern: Nur die Anforderungen an die eigenen vier Wände werden wohl anders ausfallen.

Der Präsident der CIGDL, Jean-Paul Scheuren, sieht keinen Grund, warum sich die Bedingungen auf dem Markt nach der Krise ändern sollten. „Bei der Nachfrage wird sich jedoch etwas ändern – so werden eher mehr Quadratmeter als weniger gefragt sein“, sagt er. Für den Fall, dass es noch mal zu einem Lockdown kommen sollte, wollen die Menschen nämlich eventuell mehr Platz zur Verfügung haben und ihre Wohnung oder ihr Haus anders gestalten. Er vermutet auch, dass die Luxemburger in Zukunft vielleicht nicht mehr so zentral wohnen wollen, auch wenn sie dann einen längeren Weg zur Arbeit auf sich nehmen müssten. Da müsse der Trend verfolgt werden, auch bei der Planung von Neubauten, erklärt Scheuren im Gespräch mit dem Tageblatt.

Am 11. Mai haben die Immobilienagenturen ihre Arbeit wieder aufgenommen. Bei der Vermietung ist das Geschäft schnell wieder angelaufen.

Bei den Verkäufen sieht das schon anders aus – bedingt dadurch, dass man ein Objekt nicht einfach von heute auf morgen erwirbt. Die Einkommen seien auch nach der Krise gleich geblieben, so Scheuren, und solange das Angebot in Bezug auf die Nachfrage so niedrig bleibt, würden die Preise auch nicht sinken. „Diejenigen, die sich vor Covid-19 etwas kaufen konnten, werden das auch jetzt noch können. Während des Lockdowns haben sie sogar eher noch mehr Geld angespart.“ Zahlen aus Frankreich und Italien belegen das: Während des Lockdowns haben die Menschen dort rund dreimal so viel

Geld zur Seite gelegt als sonst.

Die Digitalisierung hat sich während der Corona-Krise in Bezug auf die Immobilienbranche stark weiterentwickelt: „Wir werden in den nächsten Monaten sehen, dass verstärkt virtuelle Besichtigungen durchgeführt werden.“

Das ermögliche es den Interessenten, sich das Objekt bis ins letzte Detail anzusehen, ohne direkt vor Ort zu sein. Zurzeit arbeitet die Kammer zudem verstärkt daran, den Ablauf der Transaktion – von der Unterschreibung eines Mandats bei einem Makler bis hin zum Gang zum Notar – zu digitalisieren. All das, für was die CIGDL in dieser Frage zuständig ist, soll bis Ende des Jahres diesbezüglich geklärt sein. Der Gesetzesgeber muss die Umsetzung auch begleiten und über verschiedene gesetzliche Bestimmungen entscheiden.

Die Vergabe von Darlehen beobachtet die CIGDL jedoch mit Vorsicht. „Wenn der Kredithahn zugedreht wird, kann das größere Konsequenzen auf den Markt haben.“ Vor Covid-19 hätten schon viele Menschen Schwierigkeiten gehabt, ein Darlehen von einer Bank zu bekommen, wenn sie weniger als 20 Prozent Eigenkapital aufbringen konnten. In Luxemburg sind rund 70 Prozent der Einwohner selbst Eigentümer. „Die Menschen kaufen immer noch hauptsächlich für sich selbst, nur ein Teil der Käufe wird als Investment getätigt.“

Der Immobilienmarkt ist viel in Bewegung: Bei einer Wohnung dauert es zwischen drei und sechs Monate, bis das Objekt verkauft ist. Ein Hausverkauf kann ein halbes Jahr in Anspruch nehmen. Doch das hänge auch vom Preissegment ab, so Scheuren.

„Die Kundschaft, die ein Objekt im höheren Preissegment erwerben mag, besitzt in der Regel bereits eine Wohnung und möchte sich mit dem nächsten Kauf verbessern.“ Besagte Käufer könnten sich demnach Zeit lassen. Beim Kauf der ersten Wohnung müssen sich die Kunden in-

des erst einmal auf dem Markt wiederfinden. „Die Menschen haben Angst, etwas zu verpassen. Das stellen wir immer wieder fest“, erklärt der CIGDL-Präsident. Manche glaubten, dass es möglich sei, ein äußerst gutes Geschäft zu machen. Doch dafür stünde der Markt zu sehr unter Spannung.

Nach einer Zeit wie dieser sei es von Vorteil, wenn ein Verkäufer Zeit hat und nicht unter Druck steht, so schnell wie möglich zu verkaufen. Die Käufer hingegen gehen ihre Suche normalerweise in Phasen an: Zuerst müssten sie sich bewusst werden, was sie für ihr Geld bekommen können, damit sie sich dann bei der Suche ganz auf besagte Objekte konzentrieren können. Selten wird schon innerhalb eines Monats ein Kauf getätigt. Eine Ausnahme ist der Kauf einer Immobilie, die noch gebaut werden muss.

Das Immobilienportal Immotop.lu gibt den Eindrücken von Jean-Paul Scheuren recht: Die ersten paar Tage nach Ankündigung des Lockdowns konnte man hier einen Rückgang der Klickzahlen feststellen. Doch bereits im April ist die Anzahl der Besuche auf der Seite nach und nach wieder angestiegen.

Da Besichtigungen vor Ort nicht möglich und Umzüge sowie der Gang zum Notar nicht so einfach umsetzbar waren und der Markt somit regelrecht stillstand, sind viele Verkäufe verschoben worden, heißt es von Immotop. Im Mai konnte das Portal dann einen Anstieg von 75 Prozent gegenüber der Zeit vor dem Lockdown (Februar) verzeichnen. Dies erklärt sich zum einen dadurch, dass der Frühling generell zu den besseren Zeiten für die Branche gehört, und zum anderen dadurch, dass die aufgeschobenen Immobilientransaktionen nun nachgeholt werden. Auch Immotop stellt fest, dass die Menschen nach dem Lockdown im Alltag nach mehr Komfort und Platz suchen.

Nein zu den geplanten Atommüllendlagern

UMWELTSCHUTZ Greenpeace Luxemburg demonstriert vor belgischer Botschaft

Greenpeace-Aktivisten aus Luxemburg haben gestern Morgen vor der belgischen Botschaft demonstriert. Anlass sind die vorläufigen Pläne der belgischen Regierung, ein Atommüllendlager nahe der Luxemburger Grenze zu errichten, erklärt die Umweltschutzorganisation in einer Pressemitteilung.

Die Aktivisten spannten ein Banner mit der Aufschrift „Enfouissement géologique des déchets radioactifs: c'est non“ – Nein zur geologischen Endlagerung radioaktiver Abfälle. Vorläufig ausgesuchte Standorte für das Lager befinden sich in unmittelbarer Nähe zur Luxemburger Grenze. Sie befinden sich in der Gegend von Namur (etwa 80 Kilometer zur luxemburgischen Grenze), Dinant (etwa 70 Kilometer), um das Plateau de Herve (etwa 55 Kilometer), um die Felsmassive von Rocroi und Stavelot (etwa 88 und 15 Kilometer). Eines der sieben möglichen Standorte befindet sich

in der Region rund um Gume, wo die geologische Schicht nur 5 Kilometer vor der Grenze beginnt und auch durch Luxemburg verläuft.

„Die Endlagerung radioaktiver Abfälle ist eine gefährliche Problemlösung“, sagt Roger Spautz, Greenpeace-Aktivist und Verantwortlicher der Kampagne. „In diesen Tiefen ist es unmöglich, einen Austritt von radioaktivem Material zu handhaben. Bei einer Umsetzung des belgischen Projekts könnte ein Unfall dieser Art den luxemburgischen Grundwasserspiegel kontaminieren und die Folgen für unser Land wären katastrophal.“

Umweltministerin Carole Dieschbourg („déi gréng“) hatte am 12. Mai auf einer Pressekonferenz über die Pläne der belgischen Regierung informiert und die intransparente Herangehensweise der belgischen Behörden kritisiert.

Die belgische Regierung hat zu diesen vorläufigen Plänen eine grenzüberschreitende Befragung begonnen. Bürger aus Belgien und

Luxemburg, aber auch Umweltschutzorganisationen, lokale Akteure wie etwa die Gemeinden und die Luxemburger Regierung können noch bis zum 13. Juni 2020 ihre Meinungen und Einwände gegen den aktuellen Plan einbringen. Die Umweltministerin bezeichnete den Zeitpunkt der Umfrage als „suspekt“.

So beteiligt man sich an der Befragung

Auf www.ondraf.be/sea2020 gibt es mehr Informationen zu den Plänen der belgischen Regierung für ein Atommüllendlager. Bürger, die ihre Meinung dazu mitteilen möchten, können dies entweder übers Internet mithilfe eines Online-Formulars tun, per E-Mail an info@ondraf.be oder per Brief an folgende Adresse: Ondraf Sea 2020; 14, avenue des Arts; B-1210 Bruxelles.

Klares Nein Greenpeace gegen belgische Atommüll-Endlagerpläne

LUXEMBURG Aktivisten von Greenpeace Luxemburg haben gestern Morgen um 09.30 vor der belgischen Botschaft gegen die Pläne zur Endlagerung von Atommüll an der luxemburgischen Grenze demonstriert. „Die Endlagerung radioaktiver Abfälle ist eine gefährliche

Problemlösung. In diesen Tiefen ist es unmöglich, einen Austritt von radioaktivem Material zu handhaben. Bei Umsetzung des belgischen Projekts, könnte ein Unfall dieser Art den luxemburgischen Grundwasserspiegel kontaminieren und die Folgen für unser Land wären katastrophal“, wird Roger Spautz in einer Mitteilung zitiert. Die Protestaktion ist im Kontext der belgischen Pläne zu sehen, radioaktive Abfälle möglicherweise in geologischen Schichten an der luxemburgischen Grenze zu lagern. Eine infragekommene Schicht durchquert Luxemburg, die weiteren sechs sind weniger als 90 Kilometer von der Grenze entfernt.

minieren und die Folgen für unser Land wären katastrophal“, wird Roger Spautz in einer Mitteilung zitiert. Die Protestaktion ist im Kontext der belgischen Pläne zu sehen, radioaktive Abfälle möglicherweise in geologischen Schichten an der luxemburgischen Grenze zu lagern. Eine infragekommene Schicht durchquert Luxemburg, die weiteren sechs sind weniger als 90 Kilometer von der Grenze entfernt.

Nicht genug Regen

DÜRRE Pegel von Flüssen und Grundwasser besorgniserregend

Der Vorjahrestrend setzt sich fort: Auch 2020 hat es in der ersten Jahreshälfte nicht ausreichend geregnet, um die Wasserstände von Grundwasser und Flüssen ins rechte Lot zu bringen. Das Umweltministerium und die Wasserverwaltung rufen die Bevölkerung deshalb zum sparsamen Umgang mit dem kostbaren Nass auf.

Wegen des aktuellen Wetters geht das Umweltministerium davon aus, dass der Wasserverbrauch in den nächsten Wochen „erheblich“ steigen wird. Um eine Überlastung der öffentlichen

Trinkwasserversorgungsnetze zu vermeiden, ist die Bevölkerung dazu aufgerufen, mit Leitungswasser sparsam umzugehen und es nicht zu verschwenden.

Angesichts der gegenwärtigen und prognostizierten Wetterbedingungen haben alle Flüsse in Luxemburg niedrige Wasserstände. Bei konstanten Druckverhältnissen und abnehmenden Fließgeschwindigkeiten nimmt die Konzentration von Schadstoffen im Wasser zu, da der Verwässerungseffekt vermindert wird – Schadstoffpartikel werden nicht im gewohnten Tempo weggespült und ihr Anteil an der Wassermasse erhöht sich. Nicht nur

den Pflanzen und den Wasserbewohnern schadet diese Tendenz, sondern die gesamte Flora und Fauna der Flussumgebung ist betroffen.

Das Ministerium erinnert deshalb daran, dass es für Entnahmen aus Weihern, Seen, Bächen und Flüssen einer ministeriellen Genehmigung bedarf. Während Niedrigwasserperioden sind allerdings alle Wasserentnahmen aus Oberflächengewässern, einschließlich Entnahmen mit ministerieller Genehmigung, verboten. Die absoluten Ausnahmen benötigen in diesem Fall einen Ministerialerlass („arrêté ministériel“). (hat)

So spart man Wasser

Um Trinkwasserknappheit während trockenen Perioden mit hohen Temperaturen vorzubeugen, setzt das Ministerium auf freiwillige Mitarbeit der Bürger – und gibt Tipps, wie Trinkwasser gespart werden kann:

- Auf das Befüllen von privaten Teichen oder

Schwimmbecken soll verzichtet werden. Auch die Wassererneuerung in privaten Schwimmbecken soll der Bürger sich sparen.

- Auf die private Autowäsche sollte ebenfalls verzichtet werden.
- Die Reinigung von Geh-

wegen, Garagen, Fassaden oder anderen Außenanlagen sollte ebenfalls verschoben werden. Generell rät das Ministerium vom Gebrauch von Hochdruckreinigern ab. Der Betrieb von Springbrunnen mit offener Zirkulation ist ebenfalls nicht wünschenswert. Die Bewässerung von

Rasen, Parkanlagen, Friedhöfen und Sportplätzen ist nicht notwendig und sollte unterlassen werden. Und zu guter Letzt sollten die Bürger auch davon absehen, Ess- und Trinkwaren unter laufendem Wasser zu kühlen.